

H 8040 F
ISSN 1619-1404
25. Jahrgang
Nummer 149
Juli | August 2014
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser!

Die Europawahlen sind vorüber und die Prognosen haben sich bewahrheitet: RechtspopulistInnen und faschistische Parteien haben in vielen Ländern zugelegt, auch die »Alternative für Deutschland« (AfD) und die NPD sind erstmals in Straßburg vertreten. Andreas Speit beschreibt den jetzt schon zu verzeichnenden Einfluss der erstarkten Rechten und wirft ein Schlaglicht auf das was aus diesem Spektrum noch zu erwarten ist. Während wenige Tage vor Redaktionsschluss die Bildung einer europäischen Rechtsfraktion unter Führung von Geert Wilders und Marine Le Pen scheiterte, suchen auch wir weiter nach Antworten auf die Stimmenzuwächse. Als Ausgangspunkt nimmt Carsten Hübner eine ausführliche Auswertung der Wahlergebnisse vor. Peter Bescherer bietet eine Erklärung zum Rechtspopulismus an. Dabei versucht er die Unterschiede zur extremen Rechten herauszuarbeiten und gibt gleichwohl Denkanstöße für die Suche nach den Ursachen, die den Rechtspopulismus begünstigen, sowie für den Umgang mit seinen Argumenten. Der Wahlmarathon, bei dem am 25. Mai in zehn Bundesländern auch Kommunalwahlen anstanden, wird von zehn AutorInnen zusammengefasst. Mit einem Ergebnis: Die AfD gewinnt durchweg während das bei der NPD vom Bundesland abhängt.

Die letzten Wochen standen hingegen ganz im Lichte der Weltmeisterschaft des Männerfußballs in Brasilien. Aus diesem Anlass beschäftigt sich diese Ausgabe mit dem Thema Fußball als »Spielfeld« von Neonazis. Ein Problem, das seit den 1990er Jahren auf der Agenda vieler linker Fangruppen steht, in der Öffentlichkeit dennoch unterschiedlich stark wahrgenommen wird. Erst in den letzten Jahren sorgen die Entwicklungen innerhalb der Fankurve angesichts der steigenden Präsenz neonazistischer Hooligan-Gruppen und der zunehmenden Gewalt wieder für Aufregung.
In den ersten Artikeln des Schwerpunkts greifen wir das Problem auf und betrachten es aus verschiedenen Blickwinkeln. Porträts einzelner Fußballvereine zeigen die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit der Auseinandersetzung mit der Problematik der Neonazis und rechten Fans im Block; dabei werfen wir auch einen Blick auf weitere europäische Länder. Nicht zu vergessen ist die Situation in dem Land, in dem die WM ausgetragen wird: Brasilien.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der Ausgabe und für unsere Fußball-Fans ein schönes Finale.

Klimaveränderung

Europa und Deutschland sind nach rechts gerückt. Die Europawahlen und die Politik der Staaten zeigen das.

von Andreas Speit



> *Bernd Lucke*

Gescheitert. Kurz vor Ablauf der Frist im Europäischen Parlament stand fest, dass Marine Le Pen vom »Front National« (FN) und Geert Wilders von der »Partij voor de Vrijheid« (PVV) nicht genügend MitstreiterInnen für eine Fraktionsbildung finden. »Nationalisten können Europa nicht gestalten, sie können sich nicht einmal auf eine strukturierte Zusammenarbeit verständigen«, erklärte sogleich Alexander Graf Lambsdorff, Europaabgeordneter der FDP. Die Europawahl offenbarte aber deutlich, dass die »Rechtsextremen«, die »Rechtspopulisten« und die »Rechtslastigen« längst das politische Klima verändert haben. Sieg, verkündete nicht nur der FN.

In Frankreich ließ die Regierung von Präsident François Hollande (»Parti socialiste«) prompt ihre Pläne für eine Wahlrechtsreform für MigrantInnen fallen. Nach dem Erfolg des FN erklärte Innenminister Bernard Cazeneuve, dass dafür der Rückhalt in der Bevölkerung fehle. Ein Erfolg für den FN, der seit Jahren gegen die Einwanderungs- und Integrationspolitik wettert – ohne in der Regierung zu sein. Dieser Erfolg könnte ein Grund dafür sein, dass der stellvertretende Vorsitzende des FN, Florian Philippot, die gescheiterte Konstitution einer Fraktion in Brüssel für nicht dramatisch hält – auch wenn sie so in den kommenden fünf Jahren keine zusätzlichen Zuwendungen von 20 bis 30 Millionen Euro vom Europaparlament beziehen können. Nur ein »vorläufiger Misserfolg«, sagte Philippot. Denn es könnten ja neue Koalitionsversuche unternommen werden.

Der schnelle Rückzug bei der Wahlrechtsreform in Frankreich könnte ein Zeichen für die künftige Einwanderungspolitik der europäischen Länder sein. Denn schon vor der Wahl warnten Stimmen der Linken und Grünen, dass die radikale Rechte mit erheblich mehr Sitzen im Europaparlament ihre Hetze gegen Flüchtende und Schutzsuchende verstärken dürfte. Die Sorge: Ihr könnte es so gelingen, die politische Agenda mitzubestimmen. Nicht nur, dass Abgeordnete des Europaparlaments jenseits der radikalen Rechten die tödlichen Grenzen der Festung Europa weiter aufrüsten könnten; zu befürchten ist, dass diese MandatsträgerInnen auch in ihren Ländern beginnen werden, Diskurse gegen eine offene Gesellschaft zu befeuern. Und die Feinde sind schon ausgemacht: »Armutseinwanderer«, Sinti und Roma.

In Dänemark kann die »Dänische Volkspartei« (DVP) um Kristian Thulesen Dahl erneut die anderen Parteien vor sich hertreiben. Sie ist klare Wahlsiegerin. Die langjährige Vorsitzende Pia Kjaersgaard erklärte, dass »Muslime […] es für richtig halten, andere für sich arbeiten zu lassen«. Und ihr Europaabgeordneter Morten Messerschmidt betonte: »Wir haben die Nase voll davon, dass morgens polnische, litauische und rumänische Laster leer über die Grenze fahren und abends voll mit geklauten Fernsehern und Stereoanlagen aus dänischen Ferienhäusern zurückkommen«. Als Mehrheitsbeschafferin konnte die DVP bereits mit einer liberal-konservativen Regierung eine rigide Migrationspolitik durchsetzen, inklusive Asylrechts- und Grenzkontrollenverschärfung.

Teile der Konservativen liebäugeln nun nach der Wahl in Frankreich und Deutschland mit den Parteien am rechten Rand. Nicht nur wegen der Macht in den Parlamenten, sondern auch weil politische Inhalte geteilt werden. In Deutschland läuft diese Entwicklung gerade mit der »Alternative für Deutschland« (AfD). Vor dem Europawahlkampf hatte die CSU die sogenannte Armutseinwanderung angeprangert. Der Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl hatte sie aufgeschreckt. Noch vor der Europawahl hatte die AfD-Parole »Wir sind nicht das Weltsozialamt« die Politik beeinflusst. Der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke behauptete, seine Partei habe zuerst »Nein« zur »Einwanderung in die Sozialsysteme« gesagt. Doch eine Partei wollte das so nicht hinnehmen: Auch die NPD betonte, dass sie schon viel länger »Nein« zu Einwanderung sage. Der diskursive Effekt: Die rassistische Hetze erscheint in der Mitte der Gesellschaft nun als legitime Wahrheit. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD soll längst eine Gesetzesänderung zur Einwanderung aus Bulgarien und Rumänien vorbereitet haben. Voilà, AfD!

Der Einzug der AfD ins Europaparlament lässt »Extremisten der Mitte« – vom rechten Rand der Union über die neurechte »Junge Freiheit« (JF) bis zu den gewöhnlichen VertreterInnen rassistischer Ressentiments – auf eine neue politische Kraft zwischen CDU und NPD hoffen. Das Schielen zu den Rechtsparteien in anderen europäischen Ländern könnte ein Ende haben: endlich den »Demutskonservatismus« stärker vorführen, den »Nasenring« Auschwitz entfernen, den »Links-Trend« der CDU unter Angela Merkel beenden, der »political correctness« entgegenkotzen, den »Genderwahn« lächerlich machen und das »Gutmenschentum« angreifen. Der derzeitige Star am publizistischen Himmel dieser politischen Tendenz ist Akif Pirinçci. Seine verbale Vulgarität in dem Buch »Deutschland von Sinnen« gegen »Migrantenindustrie, schwachsinnige Politiker, […] geisteskranke linke Medienleute« und »Araber oder Türken« ist der Sound der AfD-WählerInnen. Dass das auch ein »Einwanderungskind« sagt, macht es für sie nur noch besser. Das Aufnehmen der AfD in die Fraktion der »Europäischen Konservativen und Reformisten« dürfte sich politisch nicht nur auf europäischer Ebene auswirken.

Europa rückt weiter nach rechts

Gewinnerin der Europawahl 2014 ist die extreme Rechte. Zukünftig werden 123 rechte Abgeordnete im Parlament sitzen. Das wird auch Auswirkungen auf die Politik der Europäischen Union haben.

von Carsten Hübner

Die extreme Rechte ist die klare Gewinnerin der Europawahl 2014. Lagerübergreifend stieg die Zahl ihrer Abgeordneten von 85 nach den letzten Wahlen 2009 auf nunmehr 123. Damit ging nahezu jeder sechste der 766 Sitze im Europaparlament an eine nationalistische und rassistische Partei. Der Zuwachs von rund 50 Prozent der Sitze geht vor allem auf das starke Abschneiden der extremen Rechten in einer Handvoll EU-Staaten zurück: In Ungarn lagen die Partei »Fidesz – Magyar Polgári Szövetség« mit 51,5 Prozent der Stimmen, in Großbritannien die »United Kingdom Independence Party« (UKIP) mit 26,6 Prozent, in Dänemark die »Dansk Folkeparti« (DF) mit 26,6 Prozent und Frankreich der »Front National« mit 24,9 Prozent in der Gunst der WählerInnen ganz vorn. In Polen ging die national-konservative Partei »Prawo i Sprawiedliwość« (PiS) mit 31,8 Prozent nur knapp hinter der christdemokratischen »Platforma Obywatelska« von Premierminister Donald Tusk durchs Ziel. Allein diese fünf Parteien bringen es auf 83 Sitze.



^ *NEIN zu Europa – JA zur extremen Rechten*

Bemerkenswert ist, dass die extreme Rechte in den am stärksten von der Euro-Krise und der Austeritätspolitik betroffenen Ländern kaum punkten konnte. Mit Ausnahme von Griechenland, wo die neofaschistische Partei »Chrysi Avgi« auf 9,4 Prozent kam und damit die nationalistische Partei »Laikós Orthódoxos Synagermós« (LAOS) verdrängte, zogen weder aus Spanien, Portugal oder Irland noch aus Bulgarien und Rumänien Abgeordnete der extremen Rechten ins Europaparlament ein. Stark war sie hingegen im wirtschaftlich vergleichsweise stabilen Zentral- und Nordeuropa. Erstmals nachdem die Partei »Die Republikaner« 1989 ins Europaparlament gewählt wurde, zogen nun auch wieder Abgeordnete der deutschen Rechten ein: Die »Alternative für Deutschland« (AfD) holte sieben Sitze, die NPD einen.

Rechte in vier Fraktionen

Wenn sich das Europaparlament am 1. Juli 2014 konstituiert, wird der Fraktionsbildungsprozess weitgehend abgeschlossen sein. Die Parteien des rechten Spektrums verteilen sich dann voraussichtlich auf vier Fraktionen: Die zwölf Abgeordneten des völkisch-nationalistischen »Fidesz« von Viktor Orbán haben sich, wie schon in den Wahlperioden zuvor, der christdemokratischen Fraktion der »Europäischen Volkspartei« (EVP) angeschlossen. Eine kritische Auseinandersetzung gab es darüber nicht, obwohl die Ausgrenzung der Roma, die Einschränkung von Bürgerrechten und der Pressefreiheit sowie ein aggressiver Chauvinismus und Revisionismus gegenüber den Nachbarländern zum Kernbestand von Orbáns Politik gehören. Der EVP gehören auch die deutschen Parteien CDU und CSU an.

Deutlich rechts der EVP steht die national-konservative Fraktion »Europäische Konservative und Reformisten« (EKR). Sie wurde nach der Europawahl 2009 von den britischen Konservativen zur Schärfung ihres antieuropäischen Profils aus der Taufe gehoben. Aktuell haben sich neben den britischen »Tories« (19 Sitze) in der EKR-Fraktion folgende Parteien zusammengeschlossen: PiS (19 Sitze), AfD (7 Sitze), »Nieuw-Vlaamse Alliantie« (Belgien) und die »Dansk Folkeparti« mit je 4 Sitzen sowie die tschechische »Občanská demokratická strana« (ODS), die finnische »Perussuomalaiset« und das evangelikale Wahlbündnis »ChristenUnie / Staatkundig Gereformeerde Partij« aus den Niederlanden mit jeweils zwei Abgeordneten. Dazu kommen eine Reihe von Parteien mit nur einem Mandat, so dass die EKR voraussichtlich auf 67 Mandate kommen und damit drittstärkste Kraft im Europaparlament werden wird.

Eine zweite Rechtsfraktion mit dem Namen »Europa der Freiheit und

der Demokratie« (EFD) hat sich unter Führung der britischen UKIP (24 Sitze) formiert. Sie bestand bereits in der Wahlperiode 2009-2014 und war klar nationalistisch und anti-europäisch ausgerichtet. Ihr Frontmann, UKIP-Chef Nigel Farage, gilt als einer der profiliertesten Rechtsaußen in Europa. Dennoch haben sich der EFD überraschend auch die 17 Abgeordneten von Beppe Grillos populistischer »MoVimento 5 Stelle« aus Italien angeschlossen. Zur EFD gehören zudem die »Sverigedemokraterna« und die litauische »Tvarka ir teisingumas« mit jeweils zwei Sitzen, ein Abgeordneter der tschechischen Rechtspartei »Svobodni«, ein litauischer Parlamentarier sowie Joëlle Bergeron, die für den »Front National« ins Europaparlament einzog, von Parteichefin Marine Le Pen aber nicht von einem Übertritt zur EFD abgehalten werden konnte. Die Fraktion besteht damit zur Zeit aus 48 Abgeordneten.

Eine offen extrem rechte und rechtspopulistische Fraktion hat sich um das Wahlbündnis von Le Pens FN und Geert Wilders »Partij voor de Vrijheid« (PVV) angekündigt. Unter dem Namen »Europäischen Allianz für die Freiheit« (EAF) sollte sie den FN (24 Sitze), PVV (4 Sitze), Belgiens »Vlaams Belang« (1 Sitz), die italienische »Lega Nord« (5 Sitze) und die »Freiheitliche Partei Österreichs« (4 Sitze) umfassen. Gespräche gab es zudem mit dem polnischen »Kongres Nowej Prawicy« (4 Sitze). Nach dem Scheitern der Gespräche hat Wilders einen zweiten Anlauf angekündigt.

Die Abgeordneten der neofaschistischen Parteien »Jobbik Magyarországért Mozgalom« (Ungarn) und der »Chrysi Avgi«(Griechenland) sowie Udo Voigt von der NPD werden mangels einer ausreichenden Zahl von Partnern voraussichtlich fraktionslos bleiben. Sie kommen nur auf sieben Mandate. Zur Gründung einer Fraktion sind 25 Abgeordnete aus sieben Ländern erforderlich.

Ernüchterung bei der NPD

Während besonders in Großbritannien und Frankreich die Wogen nach der Europawahl hochschlugen, hat das rechte Lager in Deutschland verhalten auf den Einzug von AfD und NPD ins Europaparlament reagiert. Das hat zunächst mit der Logik nationalistischer Politik zu tun. Ihr Referenzraum ist der nationale Kontext – und hier haben weder AfD noch NPD für eine Überraschung gesorgt – im Gegenteil. Trotz einer deutlich erstarkenden Rechten in den Nachbarländern konnte die AfD im Vergleich zur Bundestagswahl im September 2013 kaum Stimmen hinzugewinnen und profitierte bei ihrem Ergebnis von 7,1 Prozent lediglich von der deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung. Die NPD wiederum verlor im Vergleich knapp die Hälfte ihrer WählerInnen und landete bei mageren 1,03 Prozent. Die Erringung eines Mandats ist somit allein dem Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde geschuldet. Einen gesellschaftlichen Rechtstrend dokumentierte der Wahlausgang in Deutschland also nicht.

Entsprechend schmallippig äußerte sich der NPD-Spitzenkandidat Udo Voigt im Parteiblatt »Deutsche Stimme«. »Wir haben zwar alle ein besseres Ergebnis erwartet, doch wir sind jetzt drin und werden das Beste daraus machen.« Er hoffe, sagte der Ex-NPD-Chef, es werde nun möglich sein, »die Stellung der NPD innerhalb Europas zu stärken und Kontakte zu anderen nationalen Kräften innerhalb der EU weiter auszubauen.« Der Parteivorstand der NPD scheint darauf bereits nicht mehr zu setzen. In Auswertung der Europa- und Kommunalwahlen ließ er verlauten: »Schon seit langem konzentriert sich die NPD auf den Ausbau ihrer kommunalen Basis, die der wirkliche Gradmesser für die Verwurzelung und die Akzeptanz einer politischen Bewegung ist.« Mit Voigts Pfeifen im Walde – »Die Zeichen in Europa stehen auf Sturm und Veränderung – wir sind mittendrin!« – hat das nur wenig zu tun.

AfD unzufrieden

Aber auch AfD-Chef Bernd Lucke konnte mit dem Ausgang der Europawahl nicht zufrieden sein, denn ein echter Durchbruch in der Gunst der WählerInnen und in der öffentlichen Wahrnehmung blieb trotz sieben Mandaten aus. Und das, obwohl die inzwischen zum Mainstream gewordene Kritik an der EU politischer Kern der AfD ist. Entsprechend verhalten klang es, als sich Lucke Anfang Juni 2014 an seine AnhängerInnenschaft wandte und von einem »eindrucksvollen Wahlergebnis« sprach. Tatsächlich waren die Erwartungen vor der Wahl deutlich höher als das Ergebnis, zumal angesichts des guten Abschneidens vergleichbarer Parteien in Europa. Die Zukunft der AfD, da dürfte Lucke richtig liegen, entscheidet sich deshalb wohl erst im Herbst in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. »Erfolge bei diesen drei Landtagswahlen werden weitere Meilensteine bei der Etablierung der AfD im deutschen Parteiensystem sein«, so der AfD-Chef. Die Europawahl hat die politischen und strategischen Schwächen der AfD offen gelegt. Punkten konnte sie vor allem dort, wo die klassische Rechte in den vergangenen Jahrzehnten bereits relativ stark war, nämlich in Teilen Ostdeutschlands und im Südwesten der Republik. Das erhoffte bundesweite Vordringen ins etablierte konservative Spektrum ist hingegen weitgehend misslungen. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit ausdrücklichem Missfallen bedachte Aufnahme der AfD in die EKR-Fraktion – Merkel soll massiven Druck auf die britischen Konservativen und Premierminister David Cameron ausgeübt haben – wird sich in dieser Hinsicht zusätzlich negativ auswirken. Denn die mit Blick auf substantielle Zugewinne im bürgerlichen Milieu notwendige politische Aufwertung und Etablierung der AfD durch eine Zusammenarbeit mit CDU/CSU ist vor diesem Hintergrund auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, zumindest nicht im Rahmen von Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene.

Die Rechte in Europa greift nach der Macht

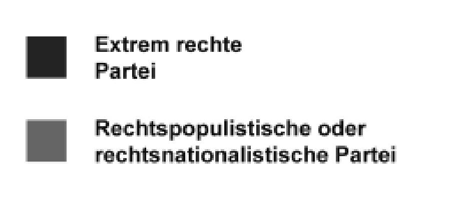
Während AfD und NPD bei der Europawahl hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und weder in Deutschland noch auf europäischer Ebene Einfluss ausüben werden, muss die europäische Entwicklung mit Sorge betrachtet werden. Denn die Ergebnisse in einer Reihe von Ländern zeigen nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Zuwachs an politischem Einfluss. Die Ergebnisse der extremen Rechten bei der Europawahl spiegeln weniger als vielfach angenommen das Unbehagen vieler BürgerInnen mit der EU wider, sondern entsprechen den Trends nationaler Wahlen. Dementsprechend haben wir es nicht mit einer Krise der europäischen Integration, sondern mit Krisen der Demokratie in den jeweiligen Ländern zu tun. Die wachsende Bedeutung der extremen Rechten auf europäischer Ebene und vielen Ländern der EU wird zu einer weiteren Etablierung im europäischen und nationalen Politikbetrieb führen. Der Begriff Rechtspopulismus, so wie er in der politischen Debatte zunehmend verwendet wird, erleichtert diesen Prozess, weil er nicht eine Erscheinungsform der extremen Rechten beschreibt, sondern verharmlosend im Sinne von »Rechtsextremismus light« gemeint ist. Bereits jetzt werden mit Ungarn, Norwegen und der Schweiz drei Länder in Europa von rechten Parteien oder unter Beteiligung der Rechten regiert. In Großbritannien, Frankreich und Dänemark hat die extreme Rechte die Europawahlen für sich entscheiden können, in Polen lag sie knapp auf Platz zwei. Vor diesem Hintergrund wird die etablierte Politik von dringend notwendigen Reformen zur demokratischen und sozialen Integration der EU abrücken. Stattdessen droht die Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und Zuwanderung weiter verschärft und die Personenfreizügigkeit ausgehöhlt zu werden. Weitere Regierungsbeteiligungen auf nationaler Ebene sind zu befürchten. Die rassistische Ausgrenzung, insbesondere von Muslimen und Roma, wird zunehmen. Der verachtende Umgang der offiziellen Politik und staatlicher Institutionen mit Roma in Ungarn, in Frankreich oder im Nicht-EU-Land Norwegen (»Bettel-Verbot«) steht dafür beispielhaft.

Rechtsruck im Europäischen Parlament

Rund 400 Millionen EU-BürgerInnen aus 28 Mitgliedsstaaten waren bis zum 25. Mai 2014 aufgerufen, ihre Stimme zur Wahl des Europäischen Parlaments abzugeben. Rund 43 Prozent nutzten die Möglichkeit und gingen zur Wahl.
Wie sich bereits lange vor der Wahl abzeichnete, konnten die extrem rechten, rechtsnationalistischen und rechtspopulistischen Parteien deutlich an Stimmen gewinnen. Inwieweit diese auch zusammen arbeiten werden, wird sich zeigen. Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten nötig.
Flüchtlingsorganisationen wie »Pro Asyl« warnen bereits jetzt davor, dass andere Parteien den Rechtsruck im Parlament zum Anlass nehmen, selbst weiter nach rechts zu driften. »Vorgeblich, um ›Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger‹ ernst zu nehmen und damit den Rechten das Wasser abzugraben.« Die Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union könnte in den kommenden fünf Jahren noch unmenschlicher werden.

Abgeordnete im EU-Parlament:
»Alternative für Deutschland« (AfD)
1. Bernd Lucke (Niedersachsen)
2. Hans-Olaf Henkel (Berlin)
3. Bernd Kölmel (Baden-Württemberg)
4. Beatrix von Storch (Berlin)
5. Joachim Starbatty (Baden-Württemberg)
6. Ulrike Trebesius (Schleswig-Holstein)
7. Marcus Pretzell (Nordrhein-Westfalen)

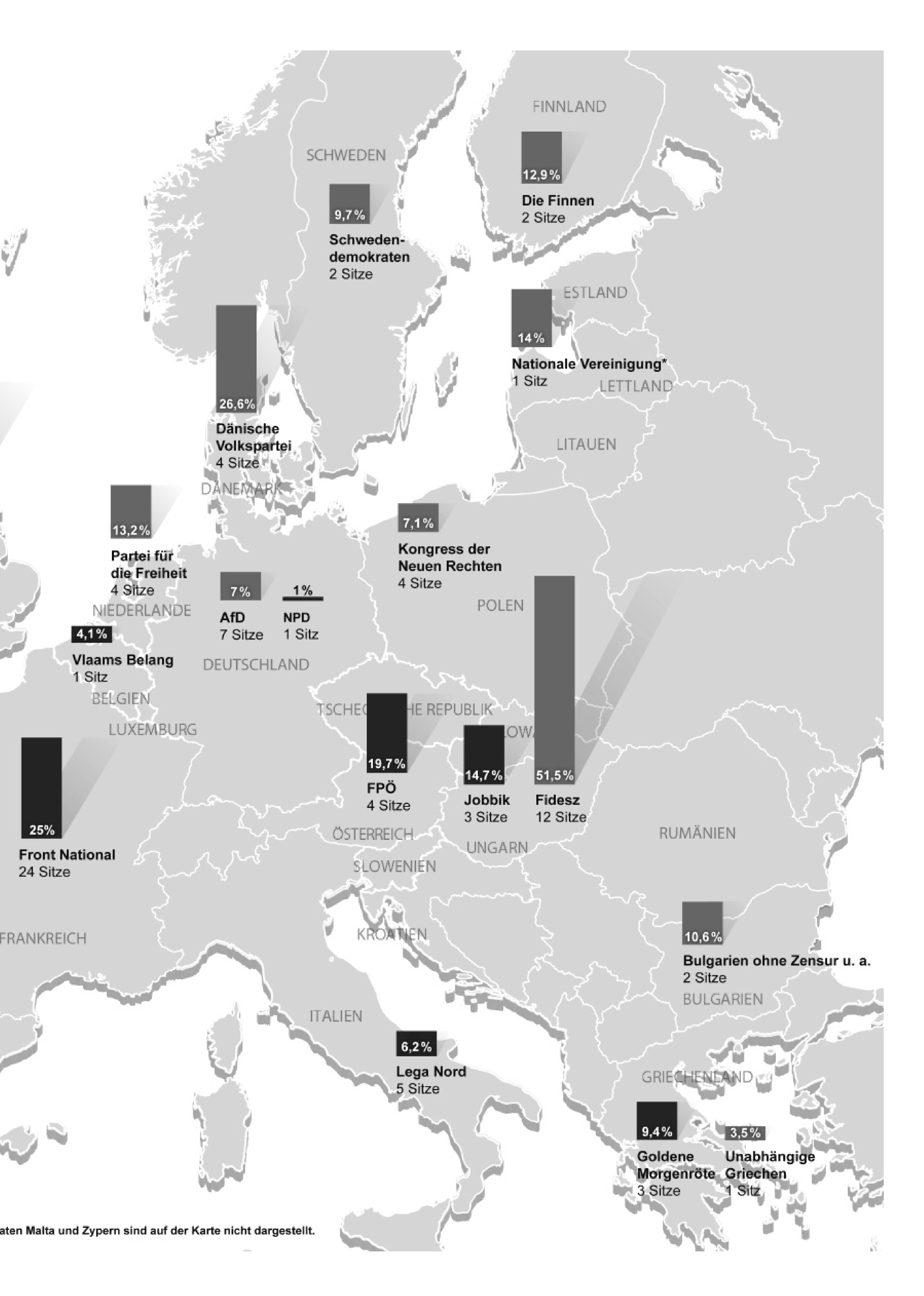
»Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)
1. Udo Voigt (Berlin)



* Nationale Vereinigung „Alles für Lettland"— „Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung"

IRLAND
26,7%
UKIP
24 Sitze
VEREINIGTES KÖNIGREICH
PORTUGAL
SPANIEN

Die EU-Mitgliedssta



FINNLAND
12,9%
Die Finnen
2 Sitze
SCHWEDEN
9,7%
Schweden-
demokraten
2 Sitze
ESTLAND
14%
Nationale Vereinigung*
1 Sitz
LETTLAND
26,6%
Dänische
Volkspartei
4 Sitze
LITAUEN
DÄNEMARK
13,2%
Partei für
die Freiheit
4 Sitze
7,1%
Kongress der
Neuen Rechten
4 Sitze
7%
AfD
7 Sitze
1%
NPD
1 Sitz
NIEDERLANDE
POLEN
4,1%
Vlaams Belang
1 Sitz
DEUTSCHLAND
BELGIEN
LUXEMBURG
19,7%
FPÖ
4 Sitze
14,7%
Jobbik
3 Sitze
51,5%
Fidesz
12 Sitze
25%
Front National
24 Sitze
ÖSTERREICH
UNGARN
RUMÄNIEN
SLOWENIEN
FRANKREICH
KROATIEN
10,6%
Bulgarien ohne Zensur u. a.
2 Sitze
BULGARIEN
ITALIEN
6,2%
Lega Nord
5 Sitze
GRIECHENLAND
9,4%
Goldene
Morgenröte
3 Sitze
3,5%
Unabhängige
Griechen
1 Sitz
aten Malta und Zypern sind auf der Karte nicht dargestellt.

Rechte Erfolge in den Kommunen

Am 25. Mai 2014 standen neben den Europawahlen in zehn Bundesländern auch Kommunalwahlen an. Die »Alternative für Deutschland« konnte Erfolge verbuchen. Während »Die Republikaner« weiter verloren, gab es für die NPD Zuwächse und Verluste zugleich.

Wahlberichte von Lucius Teidelbaum, Klaus Stefan, Andreas Speit, Kerstin Dohlitzsch, Britta Kremers, Ole Wickler, Timo Reuter, Maik Wanst, Tilo Giesbers und Fabian Boist

Baden-Württemberg

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) sitzt künftig in den Stadträten von Heilbronn, Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe. In Pforzheim bekam sie 10,8 Prozent der Stimmen. »Die Republikaner« (REP) verloren dagegen weiter in ihrer einstigen Hochburg. In den Kommunalvertretungen stellt die Partei nun zwei Delegierte im Kreistag von Esslingen, darunter wieder den Landesvorsitzenden Ulrich Deuschle, sowie je einen in Freudenstadt, Karlsruhe-Land und Ludwigsburg. Dazu kommen zwei Gemeinderäte in Horb und je einer in Wehr und Ludwigsburg. Im Landkreis Freudenstadt wurde Rodolfo Panettas Sitz im Kreistag bestätigt, der mit seiner Frau zugleich im Stadtrat von Horb vertreten ist. »Pro Heilbronn« verlor ein Mandat und wird nur noch durch ihren Vorsitzenden Alfred Dagenbach vertreten. Die NPD stellte lediglich in Mannheim, im Kreis Böblingen und in Weil am Rhein eine eigene Liste auf und gewann je ein Mandat: Mit 1,1 Prozent wurde Janua Nowak erneut in den Böblinger Kreistag gewählt, in Mannheim errang Christian Hehl einen Sitz im Stadtrat (1,1 Prozent) und in Weil am Rhein zog Andreas Boltze in den Gemeinderat (3,1 Prozent) ein. Die »Deutsche Liga für Volk und Heimat« trat nur im Schwarzwald-Baar-Kreis an, Jürgen Schützinger verteidigte seine Sitze im Gemeinderat von Villingen-Schwenningen und im Kreistag.

Brandenburg

Die NPD gewann 62.500 Stimmen (2,2 Prozent) und damit 20 Sitze in 12 Landkreisen und der Stadt Cottbus. Bei der Wahl 2008 waren es mit 53.000 Stimmen noch 0,4 Prozent weniger. Die Zahl der Kommunalmandate erhöhte sich deutlich von 27 auf 48. Mit 67 Personen hatte die NPD mehr KreistagsanwärterInnen aufgestellt als vor sechs Jahren und für alle Gremien waren 115 KandidatInnen nominiert. Letztlich verlor die Partei aber durchgängig. Das beste Ergebnisse erzielte sie noch im Landkreis Spree-Neiße, wo sie auf 4,4 Prozent der Stimmen kam und künftig zwei Abgeordnete stellt. Der relative Stimmengewinn rührt daher, dass sie in sechs Kreisen antrat, wo sie zuvor nicht präsent war: Barnim, Elbe-Elster, Märkisch-Oderland, Oberspreewald-Lausitz, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. In Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder), Potsdam, Ostprignitz-Ruppin und der Prignitz trat die NPD nicht an. Die AfD erzielte indes 3,9 Prozent und 39 Kreistagsmandate.

Hamburg

Erstmals zog die AfD um ihren Landesvorsitzenden Jörn Kruse mit Parolen wie »Mehr für Bürger. Weniger für Brüssel« oder »Keine Einwanderung in die Sozialsysteme« in alle Hamburger Bezirksversammlungen ein. Im Stadtteil Harburg erreichte sie mit sechs Prozent ihr bestes Ergebnis in der Hansestadt. In Bergedorf ist nun der frühere Schill-Partei-Innensenator Dirk Nockemann AfD-Abgeordneter und in Hamburg-Nord Jens Eckleben, ehemals Landesvorsitzender der Partei »Die Freiheit«. Dagegen erlangte die NPD wie bereits vor fünf Jahren keine Mandate. Der Landesverband um Thomas Wulff trat in nur drei der sieben Hamburger Bezirke an.

Mecklenburg-Vorpommern

Flächendeckend gelang der AfD der Sprung in Kreistage, Bürgerschaften der kreisfreien Städte und zahlreiche Gemeindevertretungen. Sie gewann landesweit auf Anhieb 4,2 Prozent der Stimmen und sitzt mit 22 Abgeordneten in allen acht Kreistagen und Stadträten. In der Landeshauptstadt Schwerin gewann sie mit 5,9 Prozent drei Mandate. Die NPD musste dagegen herbe Verluste hinnehmen: Im Landesdurchschnitt landete sie bei 3,2 Prozent der Stimmen, 30.000 weniger als 2011 (5,4 Prozent). Selbst der Landesvorsitzende Stefan Köster kommentierte das Ergebnis als »größtenteils sehr enttäuschend«. Die Partei verlor zehn Sitze und ist in den Kreistagen und Stadträten nur noch mit 17 Abgeordneten vertreten. Insgesamt errang die NPD 48 Kommunalmandate. In den Kreisen Mecklenburgische Seenplatte und Ludwigslust-Parchim, wo der NPD-Bundesvorsitzende Udo Pastörs abgeordnet ist, verlor sie sogar ihren Fraktionsstatus. Erfolgreich traten hingegen mehrere rechte Tarnlisten an: »Wir von hier« in Ueckermünde (14,1 Prozent), die »Alternative für Torgelow« (8,7 Prozent) oder die »Wählergemeinschaft Schöneres Strasburg« (15 Prozent).

Nordrhein-Westfalen

Die »Bürgerbewegung pro NRW« zog mit 26 Mandaten in 15 Stadträte kreisfreier Städte, Kreistage und Städteregionstage sowie mit acht Sitzen in vier Räte kreisangehöriger Städte und Gemeinden ein. In den Bezirksvertretungen (BV) errang sie 31 Mandate. Den größten Erfolg konnte sie mit 4,2 Prozent in Duisburg erzielen, in Köln verlor sie hingegen mit nur 2,6 Prozent drei von zuvor fünf Sitzen. Die NPD entsendet nun acht Delegierte in ebenso viele Stadträte und Kreistage; in Duisburg gewann sie ihre einzigen beiden BV-Sitze. Bei den Wahlen der kreisangehörigen Räte erzielte sie in sechs Städten und Gemeinden sechs Mandate. Die REP gewannen drei Mandate in drei Stadträten und Städteregionstagen, zwei Sitze in zwei kreisangehörigen Kommunen und ein BV-Mandat in Düsseldorf. »Die Rechte« kam in Dortmund auf ein Prozent und ist nun mit dem Neonazi-Kader Siegfried Borchardt alias »SS-Siggi« im Stadtrat vertreten. Noch am Wahlabend versuchte er mit 25 Anhängern und unter »Ausländer raus«-Rufen eine Wahlparty im Rathaus zu stürmen, wobei sie Pfefferspray einsetzten und auf GegnerInnen einschlugen. Außerdem zog die Splitterpartei mit je einem Vertreter in vier Dortmunder Bezirksvertretungen ein. Auch in Hamm gewann sie mit 0,9 Prozent jeweils ein Stadtrats- und BV-Mandat.

Zusammen mit der nur im Rhein-Sieg-Kreis angetretenen Partei »Ab jetzt... Demokratie durch Volksabstimmung« erzielte die extreme Rechte insgesamt 100 Kommunalmandate. Die AfD kam auf 89 Sitze in 41 kreis-

freien Städten, Kreistagen und Städteregionstagen sowie 47 Delegierte in 23 kreisangehörigen Städten und Gemeinden und 55 BV-Sitze.

Rheinland-Pfalz

Die NPD trat schwerpunktmäßig im Raum Rheinhessen und Pfalz an. Zwar schafften es alle fünf KandidatInnen in die Kommunalparlamente, insgesamt sind es jedoch drei weniger als 2009. Michael Weick zieht erstmals in den Stadtrat von Worms ein und in Kaiserslautern sitzt die NPD- und Kameradschaftsaktivistin Melanie Schlinck im Rathaus. In Ludwigshafen wird Werner Wegmann vertreten sein und in Pirmasens verteidigte Markus Walter sein Mandat. In Trier scheiterte hingegen der Wiedereinzug, während die NPD im Kreistag Südwestpfalz einen Sitz erzielte. Ebenso fünf Plätze in den kommunalen Vertretungen erhielten die noch stärker gebeutelten REP. Sie verloren im Landesdurchschnitt 0,7 Prozent und liegt mit der NPD gleichauf (0,2 Prozent). Die Partei »Der Dritte Weg«, die nur in Bad Dürkheim antrat, spielte gar keine Rolle. Im Gemeinderat von Altrip wird erneut Hans-Dieter Liederwald für die NPD-Abspaltung »Deutsche Volksunion Rheinpfalz« sitzen und »Pro Mainz« entsendet einen Vertreter in den Mainzer Stadtrat. Die AfD erzielte mit drei Prozent der Stimmen deutlich mehr Kommunalmandate und entsendet 48 Abgeordnete.

Saarland

In der Landeshauptstadt Saarbrücken konnte der im April zurückgetretene NPD-Generalsekretär Peter Marx sein Mandat im Stadtrat mit zwei Prozent verteidigen. Im Saarbrücker Bezirksrat West ist die Partei durch Otto Becker vertreten, der sogar 5,3 Prozent der Stimmen gewann. Bei der Wahl zur Saarbrücker Regionalversammlung konnte der Parteianwalt Peter Richter mit zwei Prozent ebenfalls einen Sitz erringen. Im Stadtrat der NPD-Hochburg Völklingen verlor die Partei hingegen einen ihrer beiden Sitze und wird nur noch mit Frank Franz vertreten sein. Die »Freie Bürger Union« (FBU) in Völklingen um den ehemaligen NPD-Kandidaten Harry Kirsch erhielt 0,8 Prozent. In Saarlouis verpasste Markus Mang, früher Aktivist der »Kameradschaft Saarlautern«, den Einzug für die NPD in den Stadtrat. Die AfD erreichte 5,3 Prozent und zog in mehrere Kreis- und Stadträte ein.

Sachsen

Wieder ist die NPD mit 37 Mandaten flächendeckend in allen sächsischen Kreistagen vertreten, allerdings verliert sie sieben Sitze, im Landesschnitt einen halben Prozentpunkt, und landet bei 3,9 Prozent. Deutlicher ist der Rückschlag bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen, wo die NPD in einigen bisherigen Hochburgen auf Kandidaturen verzichtete und landesweit fast ein Viertel ihrer Mandate einbüßte. In einem Leipziger Wahlkreis wurden Neuwahlen anberaumt, da der vorbestrafte NPD-Stadtratskandidat Alexander Kurth gar nicht zur Wahl hätte antreten dürfen. Die AfD erzielte 5,7 Prozent und wird in Dresden und Leipzig vertreten sein; in Chemnitz sogar mit fünf Abgeordneten. Die Partei trat in lediglich elf Kommunen an, wo ihr stets der Einzug in die Gemeinderäte gelang. Das gilt auch für die Kreistage in neun von zehn Landkreisen. Ein flächendeckendes Kommunalwahl-Debüt gelang der AfD zwar nicht, aber dort wo sie antrat, konnte sie Erfolge verbuchen. Ihre Spitzenergebnisse erzielten AfD als auch NPD im ländlichen Raum, besonders in grenznahen Gebieten Ost- und Südostsachsens.

Sachsen-Anhalt

Nach einem verhaltenen Wahlkampf erreicht die NPD bei den Kommunalwahlen ein Mandat mehr als 2007 – damals inklusive der Mandate der »Deutschen Volksunion« – und 2009 zusammen und hat künftig 34 Sitze, 12 davon auf Kreisebene. Neuen Sitzen, wie zum Beispiel in den Kreisen Stendal und Wittenberg, sowie Gewinnen in einigen Kommunen stehen aber auch Verluste gegenüber. So trat die NPD im Kreis Mansfeld-Südharz gar nicht erst an; in Magdeburg flog sie aus dem Stadtrat, ebenso wie der bisherige Fraktionschef Andreas Karl aus dem Kreistag Burgenland und dem Gemeinderat Finne. Viele Aktivitäten sind von den Abgeordneten nicht zu erwarten. Ausnahmen könnten jedoch Hans Püschel im Burgenland, Michael Grunzel im Harz oder Thomas Grey in Dessau-Roßlau bilden. Der aus der Neonazi-Hooligan-Szene bekannte Dennis Wesemann erreichte als Einzelbewerber für den Ortschaftsrat Stresow (Möckern, Jerichower Land) 27,7 Prozent. Die AfD holte 50 Mandate, 16 davon in den Kreisen und kreisfreien Städten. Ihr Schwerpunkt liegt neben den kreisfreien Städten im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Thüringen

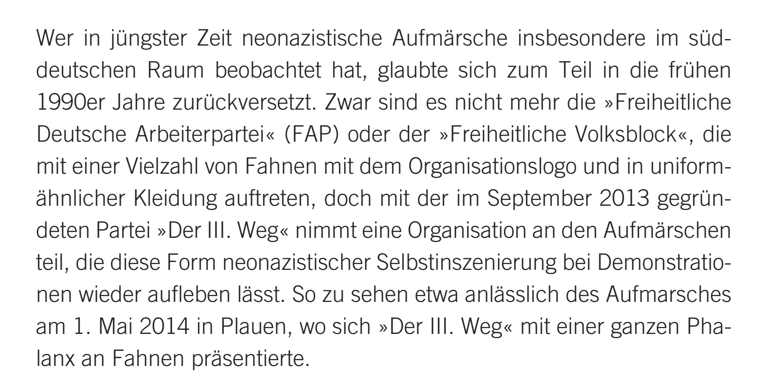
Die NPD und deren Tarnliste »Bündnis Zukunft Hildburghausen« konnte die Zahl ihrer Sitze mehr als verdoppeln. Insgesamt errang sie 58 Mandate, 2009 waren es nur 23. Sie sitzt nun in 13 von 17 Kreistagen, in den Räten von vier kreisfreien Städten (Erfurt, Eisenach, Weimar, Gera), in 19 Stadt- und Gemeinderäten sowie erstmals auch in Ortsteilräten. Die Hochburgen liegen dort, wo bekannte NPD-Funktionäre wohnen: Im Norden ist es der Kyffhäuserkreis (6 Prozent), wo Patrick Weber mit seinem Neonazi-Versand die Partei prägt. Und in Fretterode holte Thorsten Heise 15,1 Prozent. Im mittelthüringischen Kreis Sömmerda erreichte die NPD 5 Prozent. Im Süden gewann sie vor allem in Saalfeld-Rudolstadt (5,6 Prozent) und im Osten schneidet sie in Greiz überdurchschnittlich ab (4,4 Prozent). Die besten Ergebnisse erzielt die Partei in Westthüringen. In Eisenach, wo Thüringens Parteichef Patrick Wieschke antrat, holte sie 7,7 Prozent. Und im angrenzenden Wartburgkreis konnte die NPD auf 5,9 Prozent zulegen. Dort sind die NPD-Funktionäre Hendrik Heller (Bad Salzungen) und Tobias Kammler (Urnshausen) ansässig. Die AfD kandierte nur sporadisch. Erfolge erzielte sie lediglich in Erfurt (2 Sitze, 4,5 Prozent), im Weimarer Land (2 Sitze, 4,5 Prozent), in Crossen (1 Sitz, 13,6 Prozent) und in Oberhof (7 Sitze, 51,6 Prozent).

Hauptsache marschieren

Aufmärsche sind ein zentrales Aktionsmittel neonazistischer Organisationen. Obwohl deren Zahl in den letzten Jahren gestiegen ist, bleibt die Menge der Teilnehmenden gleich. Mobilisierungserfolge versprechen nur die klassischen Themen: Rassistische Hetze und Aktionen gegen die vermeintlichen »Verbrechen« der Alliierten.

von Chris Werner





Wer in jüngster Zeit neonazistische Aufmärsche insbesondere im süddeutschen Raum beobachtet hat, glaubte sich zum Teil in die frühen 1990er Jahre zurückversetzt. Zwar sind es nicht mehr die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) oder der »Freiheitliche Volksblock«, die mit einer Vielzahl von Fahnen mit dem Organisationslogo und in uniformähnlicher Kleidung auftreten, doch mit der im September 2013 gegründeten Partei »Der III. Weg« nimmt eine Organisation an den Aufmärschen teil, die diese Form neonazistischer Selbstinszenierung bei Demonstrationen wieder aufleben lässt. So zu sehen etwa anlässlich des Aufmarsches am 1. Mai 2014 in Plauen, wo sich »Der III. Weg« mit einer ganzen Phalanx an Fahnen präsentierte.

Mehr Aufmärsche

Angesichts der erfolgreichen antifaschistischen Mobilisierung der letzten Jahre, die maßgeblich nicht nur zu mehreren Niederlagen der Neonazis in Dresden geführt hat, sondern auch Impulse für entsprechende Blockade-Aktionen in zahlreichen mittelgroßen und kleineren Städten lieferte, sind die Handlungsräume der Neonazis bei Aufmärschen deutlich kleiner geworden. Das hat bisher jedoch nicht dazu geführt, dass die Zahl entsprechender Aktivitäten zurückgegangen ist. Allerdings ist die durchschnittliche Zahl an Teilnehmenden gesunken. Legt man die Zahlen zugrunde, die aufgrund einer »Kleinen Anfrage« der Fraktion der Partei »Die Linke« an die Bundesregierung über das extrem rechte Demonstrationsgeschehen verfügbar sind, so ergibt sich folgendes Bild: zwar ist die Zahl der dort aufgeführten öffentlichen Versammlungen von 2010 bis 2013 gestiegen. 2010 waren es 85 Aufmärsche, 2011 schon 132, 2012 dann 142 und im Jahr 2013 gar 186, aber die Zahl der Teilnehmenden hat sich insgesamt nicht vergleichbar erhöht und lag zuletzt laut den offiziellen Angaben der Regierung bei etwa 23.000 Personen im Jahr 2013. Ein Grund für diese Entwicklung sind die von der NPD im Zuge von Kampagnen und Wahlkämpfen in zahlreichen Städten durchgeführten Kundgebungen mit Lautsprecherwagen und nur wenigen Teilnehmenden. Diese Veranstaltungen waren nicht auf eine massenhafte Beteiligung angelegt, sondern spekulierten vor allem auf die mediale Berichterstattung – auch verursacht durch antifaschistische Proteste, um dadurch bei vergleichsweise geringem Mitteleinsatz durch die NPD möglichst viel öffentliche Außenwirkung für die Partei zu erzielen.

Rassismus mobilisiert

Zu den wenigen Konstellationen, in denen die öffentlichen Manifestationen von NPD, »Die Rechte« oder der »Pro-Bewegung« auch Personen außerhalb der jeweiligen Szenen ansprechen konnten, gehörten in den letzten zwölf Monaten die Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte und gegen die südosteuropäische Arbeits- beziehungsweise Armutsmigration. Insbesondere das sächsische Schneeberg steht hierfür beispielhaft. Dort ist es der NPD gelungen, mehrmals etwa 1.500 Personen zu den von ihr kontrollierten Demonstrationen zu mobilisieren. Der Fackelmarsch wurde verharmlosend als »Lichtellauf« bezeichnet. Und auch in Duisburg konnte sich »Pro NRW« bei ihren Kundgebungen über Beifall von AnwohnerInnen freuen – und zog bei mit deutlich über dem Landesschnitt liegenden 4,2 Prozent der Stimmen auch erstmals in Fraktionsstärke in den Rat der Stadt Duisburg ein. Die rassistische Straßenpolitik hat sich für »Pro NRW« gelohnt.

Rassismus ist auch die Grundlage der seit 2010 von Neonazis durchgeführten Kampagne mit dem Titel »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ), die jeweils im Juni jeden Jahres zu einer Demonstration aufruft. Nachdem der TddZ in den ersten Jahren in norddeutschen Städten durchgeführt wurde, gab es in diesem Jahr erstmals den Versuch, in einem südostdeutschen Bundesland zu demonstrieren. Die starke Neonazi-Szene in Sachsen sollte für eine überproportionale Beteiligung in einer Stadt sorgen, in der die Neonazis in den letzten Jahren bei ihren Aufmärschen anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt im Februar 1945 empfindliche Rückschläge hatten hinnehmen müssen. Als »vollen Erfolg« bezeichneten die neonazistischen OrganisatorInnen im Nachgang den diesjährigen TddZ. Doch statt der erwarteten 1.000 Neonazis fanden sich nur etwa 500 ein – angesichts einer monatelangen Kampagne im Vorfeld ein eher bescheidenes Ergebnis.

»Verbrechen der Alliierten«

Lange konnten die Neonazis in Deutschland nicht mehr zu Tausenden gemeinsam aufmarschieren und so Stärke demonstrieren. Die antifaschistischen Mobilisierungen und staatliche Verbotsmaßnahmen haben den Demonstrationskalender der Neonazis – Dresden, Wunsiedel, Dortmund, Halbe – deutlich durcheinander gebracht. Die Aufmärsche mit hohem Symbolwert für die Bewegung sind nahezu verschwunden. Derzeit sind nur zwei thematische Schwerpunkte erkennbar, die auf Seiten der Neonazis zu Aufmärschen mit einer Beteiligung zwischen 500 und 1.200 Personen führen. Die Denunziation des Handelns der Alliierten, insbesondere der USA und Großbritanniens, im Krieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit als Verbrechen ist Anlass zu Aufmärschen in zahlreichen Städten, zum Beispiel Magdeburg (Bombardierung), Bad Nenndorf (Ver-



hörzentrum), Remagen (Rheinwiesenlager) und Dessau (Bombardierung). Meist gibt es bereits eine mehrjährige Tradition dieser Aufmärsche. In Lübeck hingegen haben die Neonazis die alljährlichen Aufmärsche mittlerweile eingestellt. Auch dort war es angesichts einer hohen Kontinuität antifaschistischer Proteste immer schwieriger geworden, die »Kameraden« dazu zu motivieren, nur kurze Strecken am Bahnhof abzulaufen und dann wieder abzureisen.

Aufmärsche am 1. Mai

Ein weiteres wichtiges Datum für die extreme Rechte bleibt der 1. Mai, der für die Inszenierung der Neonazis als vermeintlich antikapitalistische Kraft und sozialer »Kümmerer« von großer Bedeutung ist. Die Durchführung einer zentralen gemeinsamen Demonstration wird inzwischen gar nicht mehr versucht. Das hat einerseits mit Entscheidungen zu tun, die eigenen Strukturen in regionalen Kontexten zu verankern. Zum anderen dienen die jeweils auf eine Mobilisierung aus dem Umkreis von etwa 150 Kilometer angelegten Aufmärsche dazu, Werbung für die eigene Position in der Szene zu machen. Hier geht es eben auch um Konkurrenz. Das hat im Jahr 2014 dazu geführt, dass die NPD weniger mobilisierungsfähig war, als die Partei »Die Rechte« sowie die stärker auf gegenseitige Unterstützung ausgerichteten Neonazi-Strukturen, die in Plauen dominierten. Vor einigen Jahren hingegen konnte die NPD noch einige Tausend Personen nach Berlin mobilisieren. Insgesamt ist die Zahl der an den Neonazi-Kundgebungen am 1. Mai Teilnehmenden im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken: von 1.800 auf 1.600; und weit entfernt von Zahlen wie 2010, als 3.800 Neonazis auf die Straße gingen.

Internationalisierung

Nicht nur, aber besonders für die neonazistischen Aktivitäten anlässlich des 1. Mai, ist eine Sichtbarmachung der internationalen Vernetzung markant. Regelmäßig nehmen deutsche Neonazis an Aufmärschen im Ausland teil und sehr häufig halten VertreterInnen neonazistischer Gruppen aus anderen europäischen Staaten Reden bei den in Deutschland stattfindenden Demonstrationen. So sprach beispielsweise am 1. Mai 2014 in Plauen Paavo Laitinen von der »Suomen Vastarintaliike« (SVL, »Finnische Widerstandbewegung«) und für den alljährlichen Aufmarsch in Bad Nenndorf liegt der Aufruf in sieben Sprachen vor. Die mit einer solchen »Internationalisierung« transportierte Botschaft lautet: »Es gibt uns überall«. Damit sollen auch die meist geringen Teilnahmezahlen extrem rechter Aufmärsche kompensiert werden.

Professionalisierte Szene

Die extrem rechte Demonstrationspolitik ist eindeutig professionalisiert worden: gegenüber den Gerichten im Falle juristischer Auseinandersetzungen bei Verboten oder Auflagen, mit Blick auf die mediale Vor- und Nachbereitung, bezüglich der Einbettung des Aufmarsches in eine breiter angelegte Kampagne sowie bei der Internationalisierung. Weitgehend verschwunden sind die Live-Auftritte neonazistischer Bands oder Liedermacher auf den mitgeführten LKW oder Lautsprecherwagen.

Großaufmärsche

Die Zeit, in der die Neonazis 5.000 Personen auf die Straße bringen konnten, wie in Leipzig oder Rostock, ist erstmal vorbei. In den späten 1990er Jahren gab es – ausgelöst durch den Aufmarsch von über 6.000 Neonazis am 1. März 1997 in München gegen die sogenannte »Wehrmachtsausstellung« – zunächst einen Hype. Innerhalb weniger Jahre vervierfachte sich die Zahl der entsprechenden Demonstrationen. In den frühen 2000er Jahren eigneten sich die Neonazis diese Aktionsform in ihrer Vielfalt an – sie verlor damit aber auch den Reiz des Neuen. Es kommt hinzu, dass sich bei verschiedenen Demonstrationen – etwa anlässlich des 1. Mai – auch unterschiedliche Akzentsetzungen bezüglich der politischen Aussagen finden. Zugleich gibt es in der Szene gegenwärtig keine dominanten Akteure, die eine zentrale Veranstaltung durchsetzen könnten.
Derzeit gibt es keinen Aufmarschort, der – wie früher Wunsiedel oder Dresden – für die extreme Rechte so hoch symbolisch besetzt ist, dass dort eine ähnliche Mobilisierungsdynamik wie an diesen beiden Orten denkbar ist. Die verschiedenen kontinuierlich stattfindenden regionalen Aufmärsche sind zum Teil in der Zahl der Teilnehmenden rückläufig.
Dass die neonazistische Bewegung dennoch an dieser Aktionsform festhält, hat mehrere Gründe. Sie muss weiterhin – wenn auch auf niedrigerem Niveau – ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Es gilt, den Anspruch auf die Nutzung demokratischer Rechte fortgesetzt einzufordern. Im Lichte des in der extremen Rechten verbreiteten »Opfer-Diskurses« gilt jede stattgefundene Demonstration auch als Sieg über die »Demokratur«. Demonstrationen bleiben auch ein Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere wenn sie von Flugblattverteilungen begleitet sind – und schließlich handelt es sich ja um faschistische Bewegungen, die unter anderem dadurch charakterisiert sind, dass sie ihre AnhängerInnenschaft laufend in Bewegung halten. Ein Ende extrem rechter Demonstrationen ist daher trotz der Erfolge antifaschistischer Arbeit nicht abzusehen.

Das Stadion als »Wohlfühlort« für Neonazis?

Verhaltensweisen von Fußball-Fans werden auch von Neonazis und rechten Fans geteilt. Dazu gehört etwa die weit verbreitete Homophobie oder die Glorifizierung von Männlichkeit in der Kurve. Aber auch der demonstrativ zur Schau getragene und als Identifizierungsklammer so wichtige Lokalpatriotismus, der dazu führt, dass gegnerische Fans mitunter nicht einmal mehr als Menschen wahrgenommen werden.

von Jan Tölva

Fußball ist ein Teil der Gesellschaft – für nicht wenige Menschen sogar ein sehr wichtiger. Da ist es im Grunde nur logisch, dass sich die Probleme, die in der Gesamtgesellschaft anzutreffen sind, auch im Fußball und im Stadion wiederfinden. Das gilt für sozialen Ausschluss durch steigende Preise – für Eintrittskarten hier, für Wohnraum dort – genauso wie für Männerbünde in den Führungsetagen oder auch – um etwas Positives zu nennen – für zunehmendes Bewusstsein für Bedürfnisse und Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Selbstverständlich gilt es auch für Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und extrem rechte Ideologien. Rund ein Viertel der Menschen in Deutschland kommt einem geschlossen rechten Weltbild zumindest nahe. Einzelne Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, allen voran Transphobie und Antiziganismus, sind sogar noch wesentlich verbreiteter, in manchen Gegenden oder Milieus sogar klar mehrheitsfähig. Da würde es ja fast an ein Wunder grenzen, wenn all dies nicht auch im Fußball anzutreffen wäre.

Es scheint ganz im Gegenteil viel eher so, als wenn vieles Negative im Fußball in besonders starkem Maße zu finden ist. Eine der Hauptursachen hierfür dürfte sicher die nach wie vor stark männliche Prägung des Fußballs sein. Kein anderer Mannschaftssport wird hierzulande in ähnlichem Maße als »Männersport« wahrgenommen und auch nirgendwo sonst ist das Geschehen auf den Rängen in vergleichbarem Maße von als typisch männlich geltenden, oft männerbündlerischen Verhaltensweisen geprägt. Dazu gehört auch und vor allem verbale wie auch physische Gewalt. Nur rund 30 Prozent der Menschen in den Stadien sind Frauen, bei Ultras und Hooligans liegt deren Anzahl sogar meist weit unter zehn Prozent.

Integration und Identifikation

Ein anderer wichtiger Grund dafür, dass sich im Fußball gesellschaftliche Probleme oft stärker und auch teilweise aggressiver ausprägen als anderswo, ist das extrem hohe Maß an Identifikation, das viele Fans mit ihrem Verein verbindet. In Zeiten schwindender Integrationskraft von Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Parteien ist die Bindung an einen Fußballverein oft die stärkste, die noch vorhanden ist. Entsprechend wichtig ist sie vielen Fans und entsprechend weit sind sie bereit für sie zu gehen und dabei auch gesellschaftlich gesteckte Grenzen zu überschreiten.

Hinzu kommt, dass im Gegensatz zu Nationalismus und Patriotismus Lokalpatriotismus und Identifikation mit einem Fußballverein bis weit hinein in linke Milieus als akzeptabel gilt. Tatsächlich können Lokalpatriotismus und geteilte Vereinsliebe mancherorts Brücken schlagen zwischen Menschen, die andernfalls wenig Gemeinsames untereinander zu finden in der Lage sind. Gleichzeitig ziehen sie jedoch auch neue Grenzen, die teilweise mit ähnlicher Härte verteidigt werden wie jene, die in den Köpfen vieler Menschen zwischen Nationen oder ethnisch definierten Gruppen bestehen. So mag es zwar mittlerweile die oft gelobte deutsch-französische Freundschaft geben, eine Freundschaft zwischen Nürnberg und Fürth, Düsseldorf und Köln oder auch Frankfurt und Offenbach beziehungsweise den jeweils die Stadt vertretenden Fußballvereinen dürfte jedoch auch mittelfristig außerhalb des realistischerweise Erreichbaren liegen. Das ›Wir‹ im Fußball braucht immer auch die ›Anderen‹, ohne die das ›Wir‹ konturlos bliebe. Dieser ewige Dualismus des ›Wir‹ und der ›Anderen‹ ist natürlich ein ganz hervorragender Ansatzpunkt für allerlei rechtes Gedankengut.

Tendenzen der letzten Jahrzehnte

Die Art und Weise, wie rechte Ideologiefragmente im Fußball, in den Stadien und den Fankurven präsent sind, hat sich im Laufe der Jahre jedoch deutlich gewandelt. Im Wesentlichen lassen sich hier für den Westen drei Phasen unterscheiden: In den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges saßen in den Chefetagen des »Deutschen Fußballbundes« (DFB) und auch vieler Vereine ehemalige NS-Kader. Da dies ja aber auch fast überall sonst in der Gesellschaft nicht wesentlich anders war, gab es dennoch nur recht wenige Reibungspunkte, an denen sich dieses Problem hätte entzünden können.

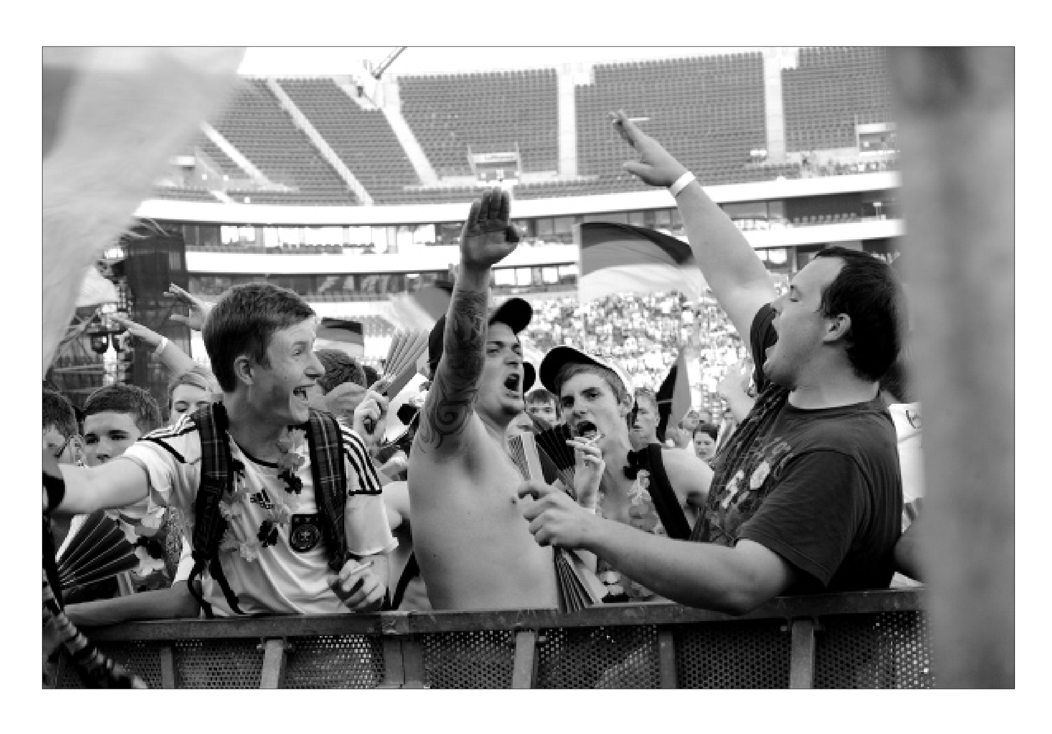
Anfang der 1980er Jahre kam es jedoch zu Veränderungen sowohl in der Gesellschaft, als auch im Fußball. Das Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« stieß zunehmend an seine Grenzen und in der Folge begann die schwarz-gelbe Regierung unter Helmut Kohl die Gesellschaft langsam, aber sicher nach neoliberalen Gesichtspunkten umzubauen. Gleichzeitig und teilweise durch die Politik der Regierung Kohl bedingt stieg die Zahl der Arbeitslosen zwischen 1980 und 1985 von weniger als 900.000 auf 2,3 Millionen oder anders gesagt verdreifachte sie sich annähernd, wobei vor allem junge Menschen betroffen waren.

Hatte sich zuvor die Gesellschaft im Nachgang der Umwälzungen der späten 1960er Jahre spürbar geöffnet und hin zu einem Mehr an Freiheit entwickelt, machten sich nun in den Straßen der Bundesrepublik – und mit leichter Verzögerung auch denen der DDR – zunehmend gewaltbereite Neonazigruppen breit, die immer häufiger auch tatsächlich töteten. Einige dieser Gruppierungen begannen etwa zur gleichen Zeit gezielt in den Fankurven um AnhängerInnen zu werben, und waren damit überaus erfolgreich. Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre war nahezu jede Fankurve in Deutschland rechts dominiert. Reichskriegsflaggen, »Affenlaute«, das »U-Bahn-Lied« – all das war Alltag in deutschen Stadien.

Daran änderte sich erst etwas, als ab den frühen 1990er Jahren zunächst beim »FC St. Pauli«, aber bald fast überall sich Fans zusammenschlossen und aktiv gegen Rechts positionierten. Wichtigstes Medium dieser sich neu formierenden Fanszene waren die so genannten Fanzines. Mit der Gründung des »Bündnis Aktiver Fußball-Fans« (BAFF) 1993 entstand auch recht bald ein organisatorischer Rahmen der Bewegung.

Ab Ende der 1990er Jahre kam eine weitere Gruppe von Aktiven hinzu, nämlich die Ultras, die an vielen Orten den Rechten und den Hooligans die Macht in der Kurve streitig machten und viele traditionell rechts dominierte Kurven wie etwa die des »FC Bayern München« oder des »Hamburger SV« sukzessive nach links verschoben. Auch die ab den Achtzigern Jahren, aber verstärkt erst ab den 1990er Jahren etablierten sozialarbeiterischen Fanprojekte, die es heute an fast allen Standorten des Profifußballs gibt, übten hier oft einen nachhaltig positiven Einfluss aus.

Viel häufiger jedoch als tatsächliche personelle Überschneidungen zur aktiven Neonaziszene findet sich in den Kurven eine gewisse inhaltliche Nähe in Form von Diskriminierung, hegemonial männlichem Gewaltfimmel und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dabei ist zu beobachten, dass es auch hier in den letzten Jahren einige signifikante Verschiebungen gegeben hat. Waren noch vor wenigen Jahren Rassismus oder offen positive Bezugnahmen auf Nationalsozialismus und Shoah weit verbreitet, so sind sie heutzutage in den Stadien nur noch vergleichsweise selten anzutreffen und wenn doch, dann meist von Einzelnen oder kleineren Gruppen und eher in unteren als in oberen Ligen.



Das heißt jedoch nicht, dass derlei Einstellungsmuster nicht mehr vorhanden wären. Es ist viel eher so, dass sich aufgrund zunehmender Repression in Form von Polizeipräsenz, Stadionverboten und Kameraüberwachung Rassismus, Antisemitismus und ähnliches eher außerhalb der Stadien äußern, wo der Strafverfolgungsdruck weniger stark ist. Das »U-Bahn-Lied« zum Beispiel ist auf den An- und Abreisewegen nicht weniger Fangruppen noch immer beliebtes Liedgut. Teile der Fanszene von Hertha BSC bezeichnen sich auch heute noch gern als »Jungs aus der Reichshauptstadt«. Speziell im Osten der Republik sind auch Schmierereien, die andere Vereine als »Juden« brandmarken, noch immer trauriger Teil des Alltags, während der Ruf »Zick Zack Zigeunerpack« parallel zur gesamtgesellschaftlichen Debatte über »Armutsflüchtlinge« bundesweit wieder zunehmende Verbreitung findet.

Sexismus und Homophobie

Innerhalb der Stadien kommen eher andere Ideologien der Ungleichheit zum Tragen – allen voran Sexismus und Homophobie. Banner und Transparente mit homophobem Inhalt sind regelmäßig in den Stadien auch der höheren Ligen zu sehen und teilweise selbst dort, wo Rassismus und Antisemitismus bereits seit Jahren geächtet sind. In der abgelaufenen Spielzeit gab es Vorfälle dieser Art unter anderem bei »Bayer Leverkusen«, »Hertha BSC« und »FC Bayern München«. Beim »MSV Duisburg« wiederum ist der Ruf »Rot-Weiß Essen – Ficken und Vergessen« immer noch weitgehend akzeptiert und wird von Tausenden gerufen, wie sich erst kürzlich erneut anlässlich des Derbys um den Niederrheinpokal zeigte.

Auch Aufkleber, die wahlweise andere als schwul diffamieren, Frauen objektivieren und herabwürdigen oder aber die eigene vermeintliche Männlichkeit zelebrieren, sind weit verbreitet und bei »Eintracht Braunschweig« oder »1860 München« genauso zu finden wie bei »Hansa Rostock«, »Holstein Kiel« oder dem »1. FC Nürnberg«. Besonders beliebt ist es auch, bestehende Freundschaften zwischen Fangruppen in herabwürdigender Weise als »Schwulenliebe« zu bezeichnen, wobei nicht nur homophobe Einstellungen zum Tragen kommen, sondern nebenbei auch noch das Gegenüber als explizit und ausschließlich männlich angesprochen und konstruiert wird.

In gewisser Weise lässt sich somit behaupten, dass es in den letzten Jahren eine Art Verschiebung gegeben hat – weg von Rassismus und Antisemitismus, hin zu Homophobie und Sexismus. Letztere waren selbstverständlich auch vorher schon präsent, aufgrund zunehmender Tabuisierung anderer Formen von Diskriminierung scheinen sie jedoch in den vergangenen Jahren für einige Fanszenen eine zunehmende Relevanz zu haben.

Erklären lässt sich dieses Phänomen zumindest teilweise dadurch, dass es in vielen Fankurven und auch im deutschen Fußball insgesamt in den vergangenen etwa zehn Jahren und vor allem aufgrund der Aktivitäten progressiver Ultra- und Fangruppen eine deutliche und spürbare Verschiebung gegeben hat in der Einschätzung dessen, was als tragbar gilt. Viele dieser Gruppen haben sich in der Folge, nachdem Rassismus, Antisemitismus und positive Bezüge auf den Nationalsozialismus in ihren jeweiligen Kurven deutlich zurückgedrängt worden waren, auch anderen Formen der Diskriminierung – eben Homophobie und Sexismus – zugewandt.

Gegen genau dieses weitergehende Engagement opponieren nun andere Fans, Hooligans und Ultras in einer Art und Weise, die von Neonazis genauso bekannt ist wie von der »Bild«-Zeitung, indem sie sich nämlich gegen eine vermeintliche »Political Correctness« wenden und fordern, dieses oder jenes müsse »man doch wohl noch sagen dürfen«. Anders gesagt heißt das, gerade weil es mittlerweile erfreulicherweise auch Fans und Ultras gibt, die sich gegen Homophobie und Sexismus wenden, werden eben diese Ideologien der Ungleichheit für diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer etwas gegen diese Fans oder Ultras haben, besonders attraktiv. Und da sie gesellschaftlich noch immer weit weniger geächtet, ja sogar teilweise noch immer weit verbreitet sind, ist bei diesen auch die Gefahr, von Justiz, Verband oder Verein bestraft zu werden deutlich niedriger.

Ein Banner mit homophobem Inhalt führt mit etwas Pech zu einer vergleichsweise niedrigen Geldstrafe für den Verein, ein Banner, das den jeweiligen Gegner als »Juden« bezeichnet oder das N-Wort verwendet, würde mit Sicherheit drakonische Strafen und öffentliche Ächtung nach sich ziehen. Letzteres ist ein Erfolg, der hart erkämpft wurde. Doch solange ersteres in Fußballstadien möglich bleibt, ist dieser Kampf noch lange nicht vorbei.



^ *›Autonomer Nationalist‹ oder Hooligan – im Stadion oder auf der Straße*

Hooligans als politische Sturmtruppe

Extrem rechte Hooligans aus dem gesamten Bundesgebiet koordinieren in einem Internetforum gemeinsame politische Aktionen.

von Christoph Ruf

Die PolizistInnen staunten nicht schlecht, als sie begriffen, wer da demonstrierte. Die stämmigen Männer kannten sie von den Fußballspielen vor Ort – jedoch nicht von politischen Versammlungen. »Das war ein gut organisiertes Zusammentreffen von rechtsgerichteten Hooligans, da war die Politik wohl wichtiger als die jahrzehntelange fußballerische Feindschaft zwischen Mannheim und Kaiserslautern«, erinnert sich der Mannheimer Polizeisprecher Norbert Schätzle.
200 Hooligans aus dem Südwesten der Republik waren am 23. März dieses Jahres in die Kurpfalz gekommen, um eine Kundgebung des Salafisten-Führers Pierre Vogel zu stören. Fünf BeamtInnen wurden dabei leicht verletzt. Man sei gewarnt gewesen, sagt die Polizei, wisse aber letztlich nicht, wie sich die rechten Fußballschläger koordiniert hätten. Ähnlich ging es der Mönchengladbacher Polizei am 8. Februar 2014, als »eine Gruppierung von cirka [Fehler i. O.] 150 Störern, die mit einer Vielzahl von Hooligans durchsetzt war« eine Vogel-Kundgebung störte.

Politisierung der Hooligans?

Weit über 1.000 Hooligans dürften nach wie vor in Deutschland aktiv sein, schätzen ExpertInnen. Sie verabreden sich immer wieder zu Schlägereien mit Hooligans anderer Vereine – was gemeinsame Aktionen, beispielsweise bei Auswärtsspielen der Nationalmannschaft, nicht ausschließt. Zwar sind nicht alle Hooligans dem rechten Lager zuzuordnen, doch mancherorts sind sie seit mehreren Jahrzehnten fester Bestandteil der Neonaziszenen vor Ort. Dass sich diese jedoch vernetzen und einer politischen Agenda folgen könnten, hätte bislang kaum jemand für möglich gehalten. Fakt ist jedoch, dass die Vorbereitungen zu den Aktionen gegen die Salafisten über ein geheimes Internet-Forum mit dem Titel »Weil Deutsche sich`s noch trauen« liefen, das einige Wochen betrieben wurde, ehe es von den Initiatoren aus Sicherheitsgründen geschlossen wurde – die Zahl der Mitstreiter war schlicht zu groß geworden. Über 300 Hooligans aus allen Landesteilen hatten sich zusammengeschlossen, um ihrem Hauptfeind den Kampf anzusagen. »Anstelle uns immer gegenseitig auf die Nase zu hauen, was auch Spaß macht, müssen wir was Deutschland angeht Seit an Seit stehen«, schreibt ein Forumsteilnehmer. Einer will »Schweineblut verspritzen«, ein anderer fordert »Hals umdrehen und peng«, erntet aber Widerspruch: »Das wäre schon zu viel Körperkontakt ... gleich ›peng‹ reicht«.
Wer das mehrere tausend Postings umfassende Forum studierte, war überrascht, wie diszipliniert die Hooligans vorgingen – so musste für jeden Neuzugang im Forum ein Administrator aus der Region bürgen – und wie stark sie ihr Tun einem politischen Ziel unterordneten. Vielen geht es dabei nur in einem ersten Schritt um die Salafisten. Sollte die Öffentlichkeit positiv reagieren – »die Omis müssen uns lieb haben« – wollen sich die Fußball-Neonazis vollends aus der Deckung wagen. Vorbild ist dabei die Entwicklung in der Ukraine, wo Fußballschläger des »rechten Sektors« bewaffnete Ausschreitungen auf dem Maidan gesteuert haben. »Heute in der Ukraine und morgen in ganz Europa! Right Sector«, freut sich ein Hooligan. Man stehe bereit, wenn es in Deutschland zu einer revolutionären Stimmung komme.

Neu ist das nicht: Bereits im November 2013 wurde bekannt, dass mehrere Hooligangruppen sich zusammenschlossen – zu den »GnuHonnters«(»New Hunters/Neue Jäger«) – mit dem Ziel »Meinungsfreiheit zurückzugewinnen« und »alte Werte« wieder zu installieren. Um die »Neuen Jäger« ist es mittlerweile ruhiger geworden. Im Forum »Weil Deutsche ...« erklärt einer der Wortführer, er werde sich nur noch auf den bundesweiten Zusammenschluss konzentrieren und den »GnuHonnters« den Rücken kehren: »Einige von euch wissen, was das heißt.«

Hooligans

Hooligans prägten von den späten 1970er bis in die 1990er Jahre hinein die Stimmungslage in den Fankurven. Und auch damals war die Szene ausdifferenziert; ein beträchtlicher Teil der Hooliganszene war tief verstrickt mit der jeweiligen Neonaziszene ihrer Stadt. Straff organisiert und gewaltaffin, wie sie waren, setzten sie in vielen Stadien einen rechten Konsens durch. Dabei war die Hooligan-Gewalt, vordergründig gesehen, oftmals »unpolitisch«. Es ging um Territorialkämpfe, darum der rivalisierenden Gruppe zu zeigen, wer der Chef in der »eigenen« Stadt ist. Die Vereine duldeten das lange Jahre selbst in ihren eigenen Stadien; als sich die Gewalt aus den Arenen wegverlagerte, hatten sie eine wohlfeile Ausrede, nicht aktiv werden zu müssen. Für Vorgänge außerhalb des Stadions sei die Polizei zuständig. Erst als Ende der 1980er kritische Fangruppen auf den Rechtsruck in vielen Stadien hinwiesen, wurde deutlich, dass dieser nicht zuletzt von den Hooligans ausging, die vor allem in den Nachwendejahren in vielen Städten große Schnittmengen mit Naziszenen aufwiesen.

Ultrabewegung

Das änderte sich erst mit dem Aufkommen der Ultrabewegung Mitte der 1990er Jahre. Die deutsche Ultrabewegung entstand als Reaktion auf die Kommerzialisierung des Fußballs und widmete sich anfänglich Themen wie der Verhängung von Stadionverboten und der Anhebung von Ticketpreisen. Politische Themen kamen später erst hinzu.
Ihren szeneinternen Bedeutungsverlust haben die Hooligans meist gut ertragen. Viele verbürgerlichten, wurden als Familienväter vorsichtiger oder trafen sich nur noch sporadisch zu verabredeten Kämpfen mit anderen Hooligangruppen außerhalb der Stadien. Doch in vielen Arenen der ersten und zweiten Liga setzte eine andere Entwicklung ein. Je selbstbewusster die Ultras ihren Spirit in die Fankultur der Kurve einbrachten, je offensiver sie auch Antirassismus und Homophobie thematisierten, desto mehr provozierten sie eine Hooliganzene, die verlorenes Terrain zurückerobern wollte.

Kampf um die Kurve

In den vergangenen zwei Jahren kam es zu regelmäßigen, gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Hooligangruppen und Ultras in Braunschweig, Aachen, Düsseldorf und Duisburg.
»Nun lässt es sich der nette Fascho von nebenan aber in der Regel nicht nehmen, auch inhaltlichen Einfluss auf die gesamte Szene haben zu wollen«, schreibt die linke Düsseldorfer Fangruppierung »Kopfball«. »Das geschieht im ersten Moment nicht gleich offen durch Hitlergrüße im Stadion oder Hakenkreuz-Fahnen an den Zäunen. Das fängt gewöhnlich ganz harmlos an, indem aktive und alternative Fankreise angegangen werden.«
Ein anderer Versuch, das Stadion wieder zurück zu erobern, ist in Dortmund zu beobachten. Extrem rechte Hooligans umgarnen Ultragruppen. Ein Neonazi-Aussteiger, der lange in Dortmund gelebt hat, behauptet: Fußball spiele, neben der Musik, die entscheidende Rolle bei der Rekrutierung von »politischen Soldaten«. »Aber wir Autonomen Nationalisten wollten ja keine Skinheads mit Alkoholfahne. Wir wollten moderne, subkulturelle Jugendliche, die das ausstrahlen, was Gleichaltrige nicht abstößt, sondern anspricht. Das Outfit von Ultras und AN-lern ähnelt sich doch sehr«, sagt er. »Die ganze Kultur ist anschlussfähig: Ultras singen das nach, was der Capo vorsingt, sie haben Bock darauf, sich von montags bis sonntags zu engagieren. Wir haben denen gesagt: Super, so ist das bei uns auch: Wir machen unsere Transparente auch selbst und bei unseren Demos gibt`s auch Pyrotechnik.« »Ziel für AN-Strukturen ist es, bundesweit Zugang zu den Ultras zu bekommen«, sagt der Aussteiger.
Die rechten Dortmunder Ultras und ihre Freunde aus der Hooliganszene werden gern zu verabredeten Schlägereien hinzu gerufen, wenn »Autonome Nationalisten« (AN) Ultragruppen aus anderen Städten Prügel anbieten. Auf solche Angebote lassen sich wiederum gerne die erlebnisorientierten Zweige der Ultragruppen ein, in deren Reihen viele Mitglieder mit Migrationshintergrund sind. »Den Dortmundern eilt ihr Ruf natürlich voraus. Dass die »Heil Hitler« und »Bleib´ liegen, du Jude« brüllen, spricht sich natürlich rum«, berichtet ein Ultra aus Nordrhein Westfalen. Und wenn rechte Gruppen vor Ort auf Gegenwehr stoßen, warnen diese ihre Gegner: »Passt auf, sonst holen wir die Dortmunder.«
Dortmunder AN-Kader waren vor Ort, als sich am 4. Februar 2012 in Karlsruhe 17 Neonazi-Teams zum »Svasti-Ka Hallen Cup 2012« trafen. Beim Neonazi-Stelldichein in der Karlsruher Soccerhalle nahmen auch NPD-Kader teil, intern wurden sie dafür in einem Artikel des Blogs »Deutschlandecho« angefeindet. Dagegen wiederum verwahrte sich ein Karlsruher NPD-Mitglied, das seine Teilnahme beim von der harten Neonaziszene organisierten Turnier wie folgt erklärte: »Im vergangenen Landtagswahlkampf wurden wir als Partei vorbildlich bei Plakatierung und Unterschriftensammeln unterstützt. Wenn diese Unterstützung gefehlt hätte, wäre es äußerst schwierig für uns geworden. Die Fußballspiele stellen ein vorbildliches Engagement zu Vernetzung der nationalen Kräfte dar.«
Schwieriger war es für den heutigen NPD-Parteivorsitzenden Udo Pastörs, als er im Sommer 2010 mit einem Stadionbesuch die Nähe seiner Partei zu den in Teilen als rechts geltenden AnhängerInnen des »FC Hansa Rostock« dokumentierten wollte. Kaum war er erkannt worden, hinderten ihn 150 Fans daran, das Stadion zu betreten.
Die Einbindung der Neonazis in die Fußballszenen funktioniert nicht, wenn sie nicht als Fußballfans aufgefallen sind. Zum einen, weil selbst Gruppen, die sich als »unpolitisch« begreifen, sich klar von offenneonazistischer Propaganda distanzieren (dabei aber oft nicht merken, wie rechtsoffen ihr eigenes Verhalten ist). Und zum anderen, weil gerade die Ultras per se gegen jedweden Versuch der Instrumentalisierung reagieren.
Inzwischen drängen Ultras und andere Fans rechtsgerichtete Supporter aus der Kurve – selbst, wenn sie keine Parolen gegrölt oder entsprechende Symbole gezeigt haben. Allerdings sehen sie sich folglich damit konfrontiert, dass sie dann, wenn sie politisch agieren, aus dem Block fliegen. Der Großteil der aktiven Fans unterstützt den Kampf gegen extrem rechte Bestrebungen in der Kurve nicht.
Kurzum: Obwohl extrem rechte Hooligans nie ganz aus den Stadien verschwunden waren, agierten sie lange Zeit eher verdeckt im Hintergrund und traten nicht als organisiertes Netzwerk auf. Vieles deutet darauf hin, dass die extrem rechten Hooligans zumindest in den unteren Ligen ein Rollback planen.

Rechte wieder in den Kurven

Die vergangenen zwei Jahre brachten zahlreiche Meldungen zu rechten Parolen in den Stadien, zu Angriffen gegen antirassistische Fans und zu Verbindungen der Fan- zur Neonaziszene. Gegenüber früheren Jahren lassen sich einige besorgniserregende neue Tendenzen beobachten. Die Spielsaison 2013/14 schließt an diese Tendenz an.

von Florian Schubert

Allgemein kann festgestellt werden, dass es in den letzten 15 Jahren neben dem spürbaren Rückgang von offenem Rassismus im Profifußball auch eine Abnahme von gewalttätigen Auseinandersetzungen beim Fußball gab. Es gab zwar Ausnahmen, wie etwa in Bremen im Januar 2007 beim Angriff auf den Ostkurvensaal, als Neonazis und Hooligans eine Feier von antirassistischen Ultras überfielen, aber die ständige Bedrohung für Fans, die sich gegen Diskriminierung wenden, war nicht mehr so stark vorhanden wie in den 1990er Jahren. Die Vorfälle beschränk(t)en sich zumeist auf Angriffe von rechten Fangruppen auf vermeintlich linke Gruppierungen anderer Vereine oder es waren symbolische Präsentationen von rechten Positionen beziehungsweise Provokationen. Hier ist nun aber eine deutliche Veränderung in den letzten Jahren zu erkennen.
Aus immer mehr Standorten der Bundesligateams gibt es Meldungen, dass sich rechtsoffene oder neonazistische Fangruppen wieder offener im Stadion bewegen können oder sich ihren Platz gewaltsam erkämpfen. Neben Aachen, Dortmund und Braunschweig ist dies zum Beispiel in Duisburg und Saarbrücken der Fall. Auch schwelt in Düsseldorf seit längerem ein Konflikt mit rechten Fußballfans.
Spätestens mit dem Beginn der Spielsaison 2012/13 häuften sich die Meldungen von Vorfällen und Auseinandersetzungen, die auf rechte Fußballfans zurückzuführen waren. Mit dem Rückzug der »Aachen Ultras« aus der Kurve im Januar 2013 ist ein negatives Signal gesetzt worden, das die rechtsoffene und neonazistische Fanszene bestärkt hat: Mit Gewalt ist die Kurve zu dominieren.

Im Westen

Die Beispiele Aachen und Braunschweig zeigen, dass die Auseinandersetzungen vermehrt auch wieder im eigenen Verein und der eigenen Fanszene geführt werden (müssen) und es nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist, wie sich die Vereine in den Auseinandersetzungen positionieren. So wie beim Spiel von »Eintracht Braunschweig« Anfang September 2013 bei »Borussia Mönchengladbach«, als es im Anschluss an die Begegnung zu Angriffen auf die »Ultras Braunschweig« (UB 01) kam. Den Ultras wurde vom Verein »Eintracht Braunschweig« nach dem gegen sie erfolgten Angriff von Hooligans, Neonazis und rechten Fußballfans das Auftreten als Gruppe im Stadion verboten.
In Duisburg gab es nach dem Heimspiel des »MSV Duisburg« gegen den »1. FC Saarbrücken« am 19. Oktober 2013 gewalttätige Angriffe der rechtsoffenen Fangruppen »Division Duisburg« und »Proud Generation Duisburg« mit Unterstützung von Mitgliedern des »Nationalen Widerstand Duisburg« und des »Nationalen Widerstand Dortmund«, auf Ultras der Gruppe »Kohorte«. Auslöser waren die Solidaritätsbekundungen der »Kohorte« mit den Braunschweiger Ultras auf einem Plakat: »Täter-Opfer-Rolle vertauscht? Schäm dich Eintracht Braunschweig.«
Nach der Winterpause 2013/14 kam es in Saarbrücken zu mehreren gewalttätigen Übergriffen durch Neonazis auf Ultras des »1.FC Saarbrücken«. In Düsseldorf wurden antirassistische Fans angegriffen, nachdem sie ein Transparent der Hooligangruppe »Bushwhackers Düsseldorf« abhängen wollten, auf dem das Logo der rechten und neonazistischen Fangruppe »Frente Atletico« des Vereins »Atletico Madrid« zu sehen war. In Düsseldorf ist der seit längerem schwelende Konflikt damit nun auch außerhalb des Vereins bekannt geworden. Die linke Fangruppe »Dissidenti Ultra« erklärte: »Beleidigungen und Drohungen, die bis zu Mord und Vergewaltigung reichen, gibt es seit Wochen und Monaten in beängstigender Regelmäßigkeit.« Und am Abend des 22. März stellte sich eine Gruppe von Düsseldorfer Hooligans beim linken Zentrum »Hinterhof« auf, um Mitglieder von »Dissidenti Ultra« anzugreifen. Sie wurden von den anwesenden Gästen des Zentrums aber daran gehindert.
Betrachtet man die vergangenen Jahre, so ist das Phänomen nicht neu und sollte eigentlich die Vereine nicht so unvorbereitet treffen. Enge Verbindungen zwischen Fußballfangruppierungen und rechtsoffenen Gruppen sind seit Jahren Thema in der Presse. Genannt werden kann an dieser Stelle das Beispiel der »Desperados« bei »Borussia Dortmund«, auf deren engen Kontakt zu den »Autonomen Nationalisten« des »Nationalen Widerstand Dortmund« (NWDO) und der rechten Hooligangruppe »Northside« in Dortmund in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen wurde. Und auch der Konflikt in Aachen fiel nicht vom Himmel, sondern entwickelte sich über Jahre.
Mit Aachen, Dortmund und Braunschweig sind Vereine betroffen, die auch schon in den 1980er oder 1990er Jahren durch rechte Tendenzen in Teilen der Fanszene aufgefallen sind. Und hier sollte man dann auch aufmerksamer werden. Es ist richtig, dass offenes rassistisches Verhalten im Gegensatz zu den 1980er und 1990er-Jahren abgenommen hat. Es wurde aber auch immer wieder von aufmerksamen Fangruppierungen und Organisationen wie BAFF (»Bündnis aktiver Fußball-Fans«) darauf hingewiesen, dass damit nicht notwendig auch die Fangruppen, die für dieses Verhalten verantwortlich waren, aus den Stadien verschwunden sind oder ihre Einstellung geändert haben. Genau diese Befürchtung bestätigt sich aktuell. Dies bedeutet keinesfalls, dass die Situation so wie vor 30 Jahren ist. Aber es zeigt ganz eindeutig, dass die Bearbeitung des Themas nicht abgeschlossen ist und sich antifaschistische Initiativen stärker mit dem Thema beschäftigen sollten.

Und im Osten?

Interessant ist, dass die aktuellen Vorkommnisse zumeist in West-Deutschland stattfinden. Dies widerspricht dem vorherrschenden Bild, es seien insbesondere Vereine auf dem Gebiet der fünf neuen Bundesländer, die ein Problem mit Neonazis und rechten Fußballfans hätten. Allerdings gab es auch hier Vorfälle sowie Verbote. Beim »FC Energie Cottbus« wurde im Sommer 2013 der rechten Ultragruppe »Inferno Cottbus« untersagt, weiter als Gruppe im Stadion aufzutreten. Diese Gruppe fiel seit ihrer Gründung 1999, wie auch die Gruppe »WK13 Boys«, immer wieder durch ihre Verbindungen in die örtliche Neonaziszene auf. Die Liste der Vorfälle ist ziemlich lang. Einer der Macher des »Inferno Cottbus« soll Mitglied der im Juni 2012 verbotenen Gruppe »Widerstandstandsbewegung in Südbrandenburg« gewesen sein, weshalb bei ihm auch eine Durchsuchung stattfand. Die Neonazigruppe gilt als Erfinderin der sogenannten »Unsterblich-Flashmobs«. Der Verein Cottbus ließ sich bis zum Sommer 2013 Zeit, um ein Zeichen zu setzen. Als Reaktion auf das Verbot wollte die Gruppe einen Bus mieten, um zum Trainingslager des »FC Energie Cottbus« nach Österreich zu fahren und das dortige Testspiel gegen »Maccabi Haifa« zu besuchen. Der Verein sagte das Testspiel daraufhin ab.



^ *Nazis fordern »alles für Deutschland – nicht nur zur WM«*

In Chemnitz fiel die rechte Ultragruppe »New Society Chemnitz«, besser bekannt unter »NS Boys«. seit Jahren durch ihre Verbindungen in die Neonaziszene auf. Ihr Logo erinnert stark an ein Bild der ‹Hitlerjugend›. Die in Zeiten des NS zur SS-Kultstätte umgebaute Wewelsburg soll bei einem Ausflug zu einem Spiel in Dortmund im Dezember 2012 auch besucht worden sein. Auf Fanturnieren war ihr Trikotsponsor das extrem rechte Chemnitzer Label »PC-Records« von Yves Rahmel, einer der bekanntesten deutschen Rechtsrockversandhandel. Des Weiteren gab es auf diesen Fanturnieren Solidaritätsbekundungen für Josué Estébanez de la Hija, der im November 2007 in der U-Bahn von Madrid den Antifaschisten Carlos Palominvon ermordet hat.

Knackpunkt Gewalt

Mit der so genannten Pyrodebatte und dem Sicherheitspapier der »Deutschen Fußball Liga« (DFL) in der Saison 2012/13 erhielten die Ultragruppen in der verstärkten Auseinandersetzung mit den Institutionen Aufwind. Insbesondere die Ultragruppen fanden sich nach dem Abbruch der Gespräche um die Pyrotechnik durch den »Deutschen Fußballbund« (DFB) in einer Auseinandersetzung wieder, in der es um den Beweis von Stärke, Macht und Einfluss ging. Der von vielen Fans innerhalb und auch außerhalb der Ultraszene angenommene breite Konsens von Antirassismus stand nicht mehr so präsent im Vordergrund und schien auch nicht (mehr?) so verbreitet zu sein wie angenommen. Das weitere demonstrative Verwenden von Pyrotechnik im Stadion rief Polizeiaktionen und Reaktionen von Vereinen und Verbänden gegen diese Fangruppen hervor, die nun nach Bündnispartnern schauten und so eskalierte die Auseinandersetzung weiter.

Dies zeigte sich bei der Kampagne gegen das Sicherheitspapier und der hier federführenden Initiative 12:12. Dort beteiligen sich auch Fangruppierungen, die für rechte oder neonazistische Fans offen sind und keine Distanzierung ihnen gegenüber in ihren Gruppen vornehmen. Zudem bleiben, ohne eindeutige Distanzierung nach rechts, auch positiv zu bewertende fanpolitische Anliegen leider anschluss- und kampagnenfähig für Nazis. Einen Versuch in diese Richtung unternahm die NPD, die unter dem Motto »Sport frei! Politik raus aus dem Stadion!« auf Fußballfans in Jena und Erfurt zuging.

Stadion als umkämpfter Ort

Gerade in dem Bundesland, in dem der Innenminister eine Vorreiterrolle im Kampf gegen Neonazis einnehmen möchte, dominierte der Konflikt um selbige im Stadion. In Nordrhein-Westfalen befindet sich die Neonaziszene durch das Verbot diverser Organisationen wie der »Kameradschaft Aachener Land« und des NWDO aktuell in einer defensiveren Position als noch vor einigen Jahren, insbesondere was die Präsenz auf der Straße anbelangt – was freilich in keiner Weise heißt, dass das Bedrohungspotenzial für mögliche Opfer abgenommen hat. Großaufmärsche wie in Wunsiedel zum Heß-Gedenken oder zum Jahrestag der Bombardierung von Dresden sind allerdings derzeit nicht mehr durchzuführen. Die Debatte um den NSU bringt die Neonaziszene weiter in die politische Defensive. Dass sich deren Akteure daher nach Orten umsehen, an denen sie sich präsentieren können, ist nahe liegend, ebenso dass sie dies bevorzugt da tun, wo sie auch schon seit Jahren anwesend sind.

Sie wollen ihren Raum

Es gab immer wieder Zeiten, in denen sich Neonazis umorientieren mussten. So war ein Effekt aus den Erfahrungen ab Mitte der 1990er Jahre die Entwicklung von Kameradschaftsstrukturen, die in die Gründung von »Autonomen Nationalisten« mündete. Genau in diesem Kreis finden wir viele der Neonazis, die sich beim Fußball tummeln.

Um das Problem von Diskriminierung beim Fußball und der Präsenz von Neonazis in der Kurve nachhaltig zu lösen, ist in den Fanszenen ein breiterer Konsens gegen Homophobie, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus notwendig. Denn nur so fühlen sich rechte Fußballfans dort nicht mehr wohl.

Fußball in Chemnitz

Beim Drittligisten »Chemnitzer FC« scharen sich die Neonazis um zwei im Stadion längst verbotene Fan-Gruppierungen. Das wirft die Fragen auf, inwieweit diese Verbote effektiv waren und wie der Verein gedenkt sich zu verhalten.

von Johannes Grunert

Als am 28. März dieses Jahres der sächsische Innenminister die Chemnitzer Neonazigruppe »Nationale Sozialisten Chemnitz« (NSC) verbot, tauchte bei Hausdurchsuchungen die Zaunfahne der Fangruppe »NS-Boys« (»New Society Boys«) des »Chemnitzer FC« (CFC) auf. »Eng verflochten« seien die NSC mit den »NS-Boys«, so das Sächsische Innenministerium im Verbotsbescheid. Bis 2006 traten die »NS-Boys« neben den »HooNaRa« offiziell im Stadion als Fangruppierung auf. Heute gehen ihre Mitglieder in anderen Gruppen auf, doch die alten Zusammenhänge bestehen weiterhin.
Die Nähe von Neonazis zum Fußballverein steht in jahrelanger Tradition. Bisher hat sich der Verein nicht eindeutig von bekannten Neonazis in den Fangruppen und im Ordnerdienst des Stadions distanziert.

»Hooligans Nazis Rassisten«

»HooNaRa« steht für »Hooligans Nazis Rassisten«. Die Gruppe wurde Anfang der 1990er Jahre von Thomas Haller gegründet. Haller war und ist gleichzeitig Chef des Ordnerdienstes »Haller-Security«, der auch im Stadion des CFC Dienst verrichtete. Anhänger der »HooNaRa« waren in den 1990ern immer wieder an rechten Übergriffen beteiligt. Ins Visier der Ermittlungen gerieten sie 1999 beim Mord an Patrick T. in Oberlungwitz bei Chemnitz. Zumindest einer bei der Tat anwesenden Person konnte eine »HooNaRa«-Zugehörigkeit nachgewiesen werden.
Thomas Haller wurde vom Kampfsportler Rico Malt abgelöst. Als Malt 2007 verstarb, war die »HooNaRa« bereits aus dem Stadion verbannt, und auch von der »Haller-Security« hatte sich der CFC getrennt, wegen »vereinsschädigenden Äußerungen« Hallers. Er hatte in einem Interview mit dem Fußball-Magazin »Rund« zugegeben, die »HooNaRa« gegründet zu haben und die Vereinsführung als »undankbar und dumm« bezeichnet. Schon zum Zeitpunkt des Interviews im Dezember 2006 sagte Haller: »Eigentlich gibt es »Hoonara« nicht mehr, andererseits sind wir in einer halben Stunde da.« Daran hat sich augenscheinlich bis heute nichts geändert. Das Sächsische Innenministerium behauptet sogar in der Antwort auf eine kleine Anfrage der »Linken« vom 05. Februar 2013, die »HooNaRa« trete »regelmäßig bei rechtsextremistischen Veranstaltungen der neonationalsozialistischen und subkulturellen Szene im Raum Chemnitz in Erscheinung«. Sie bestehe, genau wie die »NS-Boys«, aus 20 bis 30 Personen und werde vom Verfassungsschutz beobachtet.

»NS-Boys«

Die »NS-Boys« gründeten sich 2004. Sie entsprachen nicht dem Bild der »klassischen« Hooligans, dafür sind ein Großteil ihrer Mitglieder organisierte Neonazis – die Teilnahme an bundesweiten Aufmärschen und Zeitzeugenvorträgen gehörte genauso zum Kameradschaftsleben wie der Besuch der CFC-Spiele. Nach ihrem Stadionverbot Anfang 2006 traten die »NS-Boys« weiterhin bei rechten Veranstaltungen als fester Personenzusammenhang auf. Sie feierten 2012, sechs Jahre nach ihrem Stadionverbot, ihr achtjähriges Bestehen in einem Gartenvereinsheim. Fünf Tage vor dem Verbot der NSC starteten die »NS-Boys« ihre neue Facebook-Seite.
Chris J. gehört schon von Anfang an zu den »NS-Boys« und nimmt auch heute noch an rechten Veranstaltungen teil.
Nachdem der Vorsänger der sich als unpolitisch gerierenden »Ultras Chemnitz 99«, der größten Ultra-Gruppierung des Vereins, Stadionverbot bekam, sprang J. an dessen Stelle ein. »Wird nicht das letzte mal gewesen sein«, lässt er auf seinem Facebook-Profil verlauten. Zeit hat er genug: Das Stadionverbot von Vorsänger »Walze« gilt laut einer anderen Ultra-Gruppe für mehrere Jahre. Auch »Walze« stand dem rechten Gedankengut nicht fern: Auf Facebook klickte er bei mehreren Beiträgen der NSC-Kampagne »Raus in die Zukunft« auf »Gefällt mir«. Obendrein prangt das »Good-night-left-side«-Logo auf seinem Profil.

^ *»NS-Boys«-Transparent*

Der frühere CFC-Spieler Kevin Vietz stellte Chris J. vor kurzem in seinem Ladengeschäft in der Chemnitzer Innenstadt ein. Vietz wurde 2012 vom Verein suspendiert, als er für den U23-Kader spielte. Als Fan sei er dabei gewesen, als während eines Spiels gegen »Dynamo Dresden« Pyrotechnik gezündet und Affenlaute gegen den schwarzen Dresden-Stürmer Mickaël Poté gerufen wurden. Laut dem Online-Sportmagazin »turus.net« sei Vietz vom Verein zum Gespräch bestellt worden. Er sollte die Täter benennen und sich von den »NS-Boys« distanzieren. Vietz distanzierte sich nicht. Beruflich hat sich der 22-Jährige anderweitig orientiert und gründete zusammen mit Nico Tetzner die Modemarke »Tacheles«. Tetzner war einer der Anführer der am 26. April 2007 verbotenen Kameradschaft »Sturm 34« aus dem Raum Mittweida und tauchte im März 2014 im Verbotsbescheid der NSC als mutmaßliches Kernmitglied auf. Vietz hingegen behauptet, dass Tetzner »seit Jahren« den Kontakt zur rechten Szene abgebrochen habe.

Weiter wie bisher?

Die »NS-Boys« sind weiterhin auf den Tribünen zu finden. Offiziell ordnen sie sich anderen Gruppen zu. Zunächst zu »Kaotic Chemnitz« und »Squadra Celeste«. Beide Vereinigungen sind inzwischen auch im Stadion verboten. Nun soll ein Neuanfang gemacht werden mit »Contra Cultura«. Die Gruppe vertritt nach außen hin keine politische Meinung. Die Rechten, die immer schon im Stadion standen, sind nur eben auch dabei. Und die »HooNaRa«? Thomas Haller ist auch im Stadion zu sehen. Er bewegt sich im Stadion, als hätte sich nichts verändert.

Das Phänomen »FC St. Pauli«

Seit Mitte der 1980er Jahre wird St. Pauli als linker Fußballclub wahrgenommen. Zu dieser Zeit stellte dies eine Ausnahme dar, da in Westdeutschland die Stadien vieler Vereine von rassistischen Parolen geprägt waren.

von Ulla Sanpaolie



Im linksalternativ und anarchistisch geprägten Athener Stadtteil Exarchia gibt es neben vielen kleinen Szenegeschäften einen offiziellen St. Pauli-Fanshop. In New York treffen sich die Mitglieder der »East River Pirates«, um die Spiele zu schauen und über ihren Verein zu diskutieren, während in Fankurven von Glasgow über Italien und Zypern bis nach Tel Aviv St. Pauli-Shirts getragen werden. Die Liste ließe sich beliebig erweitern, denn auf der ganzen Welt hat der »FC St. Pauli« Fans und FreundInnen. Dass sich darüber hinaus bei Auswärtsspielen in den Gästeblöcken der Stadien nicht nur die SchlachtenbummlerInnen aus Hamburg einfinden, sondern in großem Maße auch lokale SympathisantInnen, macht eines deutlich: St. Pauli ist für viele Menschen weit mehr als der Erfolg einer Fußballmannschaft – es ist eine Idee, eine Utopie.
Die oftmals vertretene Auffassung, »Die Führung des Clubs sind seine Fans und Mitglieder« mag organisations-strukturell zu kurz greifen, sie macht aber deutlich, wie extrem das Gesicht des Clubs durch die Menschen geprägt wird, die sich in ihm und in seinem Umfeld bewegen. Ohne die teilweise sehr gute Arbeit in den offiziellen Organen schmälern zu wollen, lässt sich konstatieren: Es sind nicht die kaum vorhandenen sportlichen Erfolge, mit denen der »FC St. Pauli« sich einen Namen gemacht hat, sondern nahezu alles, was den Verein heute bekannt und besonders macht, lässt sich auf die alternative Fanszene am Millerntor zurückführen. Obgleich sicherlich in vielen Fällen auch viel zu viel auf diesen Verein projiziert wird und es teilweise zu bemerkenswerten und eklatanten Verklärungen kommt, ist nicht von der Hand zu weisen, dass der »FC St. Pauli« ein besonderer Club und ein Phänomen im Fußball ist. Er beweist, dass eine deutliche und selbstbewusst artikulierte politische Identität keinesfalls undenkbar ist, dass es keinen »unpolitischen« Fußball geben muss, dass es ihn vielleicht auch nicht geben darf.
Der »FC St. Pauli« und sein Umfeld haben sich frühzeitig und wie kaum ein anderer Verein mit der eigenen Geschichte im Nationalsozialismus auseinandergesetzt. 1997 wurde bekannt, dass der ehemalige Clubpräsident und Namensgeber des Stadions, Wilhelm Koch, NSDAP-Mitglied war. Die daraufhin kontrovers geführte Debatte um eine Umbenennung endete mit dem Ergebnis, dass das Stadion seit 1999 Millerntor-Stadion heißt. Initial zündend für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Vereinsgeschichte waren die 2007 beginnenden Vorbereitungen für das Vereinsjubiläum. Unter dem Titel »Mit deutschem Sportgruß. Heil Hitler!«: Der FC ST. Pauli im Nationalsozialismus« veröffentlichte 2010 der Historiker Gregor Backes eine vom Verein finanzierte Studie. Auch wenn der »FC St. Pauli« »kein Nazi-Verein« gewesen sei, habe er sich »dem Regime angepasst und unterworfen«.
Um an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, wird jährlich zum »Tag der Befreiung von Auschwitz« von Fangruppierungen und antifaschistischen Organisationen eine Gedenkveranstaltung durchgeführt.
Die Diskussion um aktuelle Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen findet ihren Widerhall in der Stadionordnung. Laut dieser sind rassistisches und sexistisches Verhalten sowie das Tragen neonazistischer Kleidung untersagt. Darüber hinaus wird aktiv gegen rechte Gästefans vorgegangen. Zudem ist die Regenbogenfahne auf dem Dach des Stadions gehisst. Sie steht symbolisch für die Bemühungen, Menschen lediglich auf Basis ihrer Zuneigung zum Verein zu beurteilen und nicht nach Herkunft, sexueller Orientierung, Geschlecht oder Hautfarbe. Ein weiterer Ausdruck des politischen Verständnisses ist der »Kein Fußball den Faschisten«-Schriftzug, der die Rückwand einer ganzen Tribüne ziert. Dessen Teilüberklebung Mitte Mai diesen Jahres durch den DFB im Rahmen des Trainings der Nationalmannschaft sorgte über den Verein hinaus für Kritik.
Seit 2012 organisiert der Verein einen »Lauf gegen Rechts«, an dem in diesem Jahr über 1.500 Menschen teilgenommen haben. Die Einnahmen und Spenden kommen dem »Hamburger Bündnis gegen Rechts« zugute.
St. Pauli ist, wie Organisationsleiter Sven Brux jüngst äußerte, nicht die Insel der Glückseligen. Dennoch hat sich rund um den Verein eine sehr progressive Fußballkultur entwickelt. Eine mit anderen Vereinen vergleichbar hohe Frauenquote in der Fanszene, offene Unterstützung homosexueller Fans und Spieler sowie aktuell der Lampedusa-Flüchtlinge sind Teil dieser Kultur. Offen rechts orientiert auftretende Personen hätte in keinem Teil des Stadions die Möglichkeit, Fuß zu fassen. Es ist das stete Zusammenwirken von Fans und Verein, das dafür sorgt, eine weitreichende Öffentlichkeit zu schaffen. Bisweilen sind diese Diskussionen mühsam und schwierig, das goldene Maß zwischen zu viel und zu wenig Politik für einen Fußballverein und seine Fanszene ist nicht immer schnell gefunden, von den einzelnen Positionen ganz abgesehen – letztlich sind diese Auseinandersetzungen aber elementarer Teil des Phänomens St. Pauli. Alle Entwicklungen sind Ergebnis einer sehr agilen, kritischen und linksalternativen Fanszene, die Ende der 1980er-Jahre auf der damaligen Gegengerade entstand und die mit nichts vergleichbar war. Unter anderem mit den Ultras steht heute die jüngere Generation in dieser Tradition.

Freie Fahrt für Neonazi-Hooligans



Seit Jahren sorgen Neonazi-Hooligans in Bremen für spektakuläre Schlagzeilen. Sie überfallen und bedrohen antifaschistische Fans. AnhängerInnen gegnerischer Mannschaften werden fast tot geprügelt. Staatliche Repressionen müssen die Neonazis – im Gegensatz zu antifaschistischen Fans – meist nicht befürchten.

von Hanna Hase

Auf einem Ausflugsboot auf der Weser entrollen Neonazi-Hooligans ein riesiges Banner mit der Aufschrift »Scheiß Hamburg«. Sie sind mit grünen-weißen Sturmhauben vermummt. Die Fahrt geht flussaufwärts in Richtung Bremer Weserstadion. Über 130 Personen finden Platz auf dem Schiff. Darunter befinden sich unter anderem der ehemalige NPD-Funktionär Daniel Fürstenberg und der Sänger der RechtsRock-Band »Kategorie C«, Hannes Ostendorf. Es ist der 1. März 2014. Der »SV Werder Bremen« spielt gegen den »Hamburger SV«. Die Polizei schätzt das so genannte Nordderby traditionell als »Hochrisikospiel« ein. Der Innensenator, Ulrich Mäurer (SPD), rechnet mit Auseinandersetzungen rund um das Spiel und hat ein Großaufgebot an Polizeikräften zusammengezogen. Bereits einen Tag zuvor hat die Polizei davon erfahren, dass die extrem rechten Bremer Hooligan-Gruppe »Nordsturm Brema« ein Schiff gechartert hat.
Kurz vor dem Weserstadion wird das Boot der Hooligans dann von der Wasserschutzpolizei gestoppt und wenige hundert Meter flussabwärts zum Anlegen gezwungen. Dort kontrollieren die BeamtInnen nur knapp ein Drittel der auf dem Schiff befindlichen Personen. Während der Kontrolle sind Einzelne weiterhin vermummt. Lediglich ein Teil der Sturmmasken wird von der Polizei als »Fundsachen« gesichert. Platzverweise werden keine verteilt. Stattdessen darf eine Gruppe von 40 Neonazi-Hooligans das Boot verlassen. Auf ihrem Weg in die Innenstadt bedrohen sie JournalistInnen und jagen PassantInnen. Ein Bericht des Bremer Innensenators begründet das Verhalten der Beamten: Die Vermutung, die Gruppe würde Straftaten begehen, sei »nicht gerechtfertigt« gewesen. Im Gegenteil: Der Einsatz sei »insgesamt positiv« zu bewerten und »konsequent« durchgeführt worden.

Gefährliche Strukturen

Die im Jahre 1990 gegründete »Standarte Bremen« ist die älteste Hooligan-Gruppe der Stadt. Vier Jahre später, im Jahre 1994, entstanden die »City Warriors Bremen«. 2006 gründete sich »Nordsturm Brema«, der als Nachwuchsgruppe der Standarte gilt. Diese lebt mittlerweile, aufgrund des hohen Alters der Mitglieder, mehr vom Mythos vergangener Tage. Der bekannteste Anhänger der »Standarte Bremen« ist Henrik Ostendorf, ehemaliger Geschäftsführer der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«.
Wie gefährlich die Bremer Hooligan-Strukturen sind, zeigt ein Vorfall aus dem Jahre 2012. Nach dem Spiel »Werder Bremen« gegen den »FC Schalke 04« griffen Bremer Fans eine Gruppe von Schalke an. Ein Anhänger der Blau-Weißen ging zu Boden und wurde mit Tritten gegen den Kopf schwer verletzt. Der Täter, Rene W. aus Osterholz-Scharmbeck, ist Teil der Gruppierung »City Warriors«. Das Landgericht Bremen verurteilte ihn wegen versuchten Totschlags zu drei Jahren Haft ohne Bewährung. Mindestens drei weitere Täter gehören ebenfalls der Bremer Neonazi-Hooligan-Szene an. Bei einem findet die Polizei bei anschließenden Hausdurchsuchungen 81 Schuss scharfe Munition. Die Szene scheint zu vielem bereit.
Im Jahre 2007 hatten Hooligans um die Gruppe »Nordsturm Brema« eine Feier antifaschistischer Fußballfans im Ostkurvensaal des Weserstadions brutal überfallen (s. drr Nr. 140). Der erst vier Jahre später anlaufende Gerichtsprozess endet für die Angeklagten mit geringen Geldstrafen. Das Entsetzen innerhalb der Bremer Fan-Szene war groß. Neonazi-Hooligans müssen in Bremen offenbar wenig staatliche Repressionen fürchten, ganz im Gegensatz zu antifaschistischen Ultras.

Schlägerei mit Hakenkreuzen

Bundesweit für Schlagzeilen sorgten zuletzt erneut die jungen Hooligans des »Nordsturm Brema«. Medien wurde ein Video zugespielt, auf dem sich die jungen Mitglieder des Nordsturms mit Hooligans aus Duisburg auf einem Waldweg prügelten. Abgemachte Schlägereien sind nichts Ungewöhnliches für Fußballfans dieser Kategorie. Aufsehen erregte, dass zwei der Bremer Hooligans mit Hakenkreuzen auf der Brust kämpften (s. drr Nr. 140). Auf dem Video ist neben Daniel Fürstenberg auch Mirko H. zu erkennen. Im Mai 2012 überfiel dieser nach einem Spiel in Essen zusammen mit weiteren Neonazi-Hooligans eine Elektroparty im alternativen Jugendzentrum »Wohnwelt« in Wunstorf bei Hannover.

»Farge Ultras«

Im Bremer Norden existiert eine weitere rechtslastige Fangruppierung, die »Farge Ultras« (FU). Diese sind Fans des »TSV Farge-Rekum«. Anhänger der FU werden der extrem rechten Szene zugerechnet. Sie bedrohen antifaschistische Fans, rufen Neonazi-Parolen bei Spielen oder tragen Klamotten der Marke »Thor-Steinar«. Nach Informationen des »Weser Kuriers« sollen einzelne »Farge Ultras« auf dem Hooligan-Schiff gewesen sein, das die Polizei während des Nordderbys auf der Weser stoppte. Da mittlerweile sogar »Farge Ultras«, die sich einst zur Gruppe bekannten, Vorstandsmitglieder des Vereins sind, droht dem Verein nun der Entzug der Gemeinnützigkeit sowie das Ende seiner Sportförderung.

Antifaschistische Fans im Fokus der Polizei

Viele Fans, die sich gegen rechte Strukturen in Bremen engagieren, fühlen sich von der Polizei kriminalisiert. Sie berichten von Massenkontrollen, Überwachung am Spieltag, Strafanzeigen und Stadionverboten gegen die eigenen Strukturen.
Tim Wessel, ein Sprecher der antifaschistischen Fans, berichtet: »Die Kriminalisierung gegen uns geschieht systematisch. Und bei den Nazi-Hools drückt man seit Jahren beide Augen zu«.

Viel Platz für Nazis bei »Alemannia Aachen«

Eineinhalb Jahre nach dem Rückzug der Gruppe »Aachen Ultras« aus dem Stadion von »Alemannia Aachen« dominieren weiterhin rechte Hooligans und Ultras die Fanszene. Eine Situationsbeschreibung.

von Gustav Honigstein



Januar 2014. Die Initiative »!Nie wieder« veranstaltet in Frankfurt am Main anlässlich des Gedenktages zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau eine dreitägige Konferenz, die sich mit der historischen Rolle des Fußballs im Nationalsozialismus wie auch mit gegenwärtigen Problemen durch Diskriminierung und neonazistische Einflussnahme in deutschen Stadien auseinandersetzt. Auch ein Mitglied der Gruppe »Aachen Ultras« berichtet auf dem Podium, wie eine Mischszene aus rechten Ultras, Hooligans und Neonazis die Gruppe mit massiver Gewalt aus dem Stadion vertrieben hat. Die Betroffenheitsskala schnellt nach oben, der Präsident des »Deutschen Fußball-Bundes« (DFB), Wolfgang Niersbach, zeigt sich erschrocken. Doch wie konnte es soweit kommen, dass die »Aachen Ultras« im Januar 2013 zum letzten Mal ein Spiel des Vereins im Stadion mitverfolgten?

Rechter Konsens in der Aachener Fanszene

Dass Neonazis versuchen, in Fußball-Fanszenen Fuß zu fassen und Nachwuchs zu rekrutieren, ist kein neues Phänomen. In Aachen gibt es seit den 1980er Jahren ein Klima, das es organisierten Nazi-Kadern wie Sascha Wagner ermöglicht, ihre Ideologie unter die Leute zu bringen. Auch die »Aachen Ultras«, gegründet um die Jahrtausendwende, waren in der Entstehungsphase ein Sammelbecken für gewaltaffine Fußballfans und Neonazis. Erst im Jahr 2006 gibt es einen Generationenwechsel innerhalb von »Aachen Ultras«, rechtsradikales Gedankengut wird ab diesem Zeitpunkt nicht toleriert. Junge Mitglieder distanzieren sich von der Gruppenvergangenheit, wagen einen Neustart. Nur ein Anfang, denn Sexismus und Homophobie sind weiterhin ein Randthema, werden jedoch immer zentraler für Teile der Gruppe. Als sich 2010 dann auch aus diesem Grund aus ehemaligen Mitgliedern und verschiedenen Einzelpersonen die Gruppe »Karlsbande Ultras« bildet, deren Auftreten und Rekrutierungsfeld an »alte« Zeiten erinnert, intensiviert sich der schon hinlänglich beschriebene Konflikt. Eine gewalttätige Einheit der Hooligan- und Ultraguppen »Westwall Aachen«, »Supporters Aachen« und »Karlsbande Ultras« sorgt mit einer Vielzahl von körperlichen Angriffen für eine akute Bedrohungslage.
Der Rest der Alemannia-Fans ist – milde ausgedrückt – froh über das Fernbleiben der Fangruppe, nur sehr wenige benennen eindeutig die Aggressoren und ziehen Konsequenzen. Die Leitung des sozialpädagogischen Fanprojekts hat seine Unfähigkeit in den Jahren zuvor eindrücklich bewiesen, Vereinsverantwortliche aller Gremien sowieso. Die gegen die Täter ausgesprochenen Stadionverbote und das Materialverbot für die »Karlsbande« verfehlten offensichtlich das Ziel, die bestehenden Strukturen zu entmachten.

Jüngste Entwicklungen

Nun, eineinhalb Jahre nach dem Rückzug der »Aachen Ultras«, gibt es keinen Scheinwerfer mehr, der die rechtsradikalen Aktivitäten in und um das Stadion beleuchtet. In aller Ruhe gelingt es den Rechten, das Umfeld »Alemannia Aachen« für ihre Zwecke zu nutzen und junge Menschen an sich zu binden.

Ein Beispiel dafür ist die Gründung der Gruppe »Westfront«. Ende des Jahres 2012 bildete sich ein Männerbund aus Kampfsportlern, Hooligans und Neonazis, der seitdem deutlichen Zuwachs bekommen hat. In einer Jugendgruppe ist ihr Nachwuchs organisiert. Die »Westfront« vereint Mitglieder der inzwischen verbotenen »Kameradschaft Aachener Land« (KAL), Hooligans der Gruppe »Westwall« und (ehemalige) Ultras der »Karlsbande«. Das Auftreten und der Aufbau der »Westfront« erinnern stark an Rockergruppierungen. Augenscheinlich ist ihr Ziel, in verschiedenen Großstädten in Nordrhein-Westfalen (Unter-)Gruppen aufzubauen. So gibt es inzwischen in Bonn einen Ableger sowie Kontakte nach Mönchengladbach. »Westfront-Mitglieder waren beispielsweise an einem politisch motivierten Angriff auf das »Autonome Zentrum Aachen« am 6. Januar 2014 beteiligt.
Im Stadion selbst sind nur Einzelpersonen der »Westfront« anwesend, dennoch zeigten sie im März außerhalb des Stadions deutliche Präsenz. Dass sie sich als Teil der Alemannia-Familie sehen, zeigt sich auch durch ihre Teilnahme an einem Fußballturnier der Fanszene. Dieses Turnier wurde von der »Karlsbande« organisiert und alle mehr oder weniger relevanten Fanclubs taten es der »Westfront« gleich und kickten einen Nachmittag lang in freundschaftlicher Atmosphäre. Dass die »Interessengemeinschaft Alemannia-Fans«, ein Dachverband der Fanclubs, von einer Teilnahme an dem Turnier abgeraten hatte, störte anscheinend die Wenigsten. Diese fehlende Abgrenzung »normaler« Alemannia-Fans wird auch bei jedem Auswärtsspiel in der Regionalliga West deutlich. Die »Karlsbande« ist unbestritten Mittelpunkt des Auswärtsblocks, sie koordiniert den Support, sie bestimmt das optische Bild. Räumliche Distanzierung gibt es kaum bis gar nicht.
Die Fanbeauftragten, das inzwischen neu besetzte Fanprojekt und auch die Vereinsverantwortlichen scheinen kein Mittel zu finden, an dieser Situation etwas zu ändern.
Dass dies dringend notwendig wäre, zeigt das Beispiel des Fanclubs »Kollektiv Aachen«. Eine handvoll junger Alemannia-Fans besuchte Anfang des Jahres Heim- und Auswärtsspiele und distanzierte sich auf ihrer Homepage von diskriminierendem Gedankengut. Nach nur zwei Monaten wurde diese offline geschaltet und sie erscheinen nicht mehr im Stadion. Es scheint in Aachen keinen Platz für eine solch kritische Gruppe zu geben.
In anderen Städten wie Duisburg und Braunschweig scheint es so, als diene das »Beispiel Aachen« als Vorbild. Antirassistische Ultras bleiben nicht nur ohne Unterstützung, sondern werden zu Tätern erklärt. Ihr Einstehen für eine diskriminierungsfreie Kurve wird ihnen – wie auch den »Aachen Ultras« – zum Verhängnis.

»Tatort Stadion«

Ursprünglich im Jahr 2001 als Ausstellung mit begrenzter Zeit konzipiert, hat sich die Ausstellung »Tatort Stadion« des »Bündnis Aktiver Fußball-Fans« (BAFF) zu einer dauerhaften Einrichtung entwickelt. Nach einer kompletten Überarbeitung im April 2010 ist »Tatort Stadion« wieder auf Tour. Mit Fabian Leissning von BAFF sprach Toni Brandes von »der rechte rand«.

drr: 13 Jahre sind ein beachtliches Alter für eine Ausstellung. Was hat den Impuls für die Ausstellung und dann die Neufassung gegeben?
Fabian Leissning: Die Ausstellung wurde Anfang der 2000er Jahre konzipiert um auf die massiven Probleme mit Rassismus, Sexismus und anderen Formen der Diskriminierung aufmerksam zu machen. Des Weiteren wurde der Umgang der Verbände und Vereine damit kritisiert. Seitdem hat sich vieles verändert. Manches, wie das Vorkommen von Rassismus, hat sich verbessert. Die alte Ausstellung war einfach gar nicht mehr aktuell und musste, wenn sie weiter gezeigt werden sollte, komplett überarbeitet werden. Selbst die aktuelle Ausstellung könnte schon an einigen Punkten wieder aktualisiert werden.

Die Ausstellung wurde an verschiedensten Orten gezeigt. Wo liegt der Schwerpunkt? Wer tritt in erster Linie an Euch heran?
Es sind eindeutig die Fan-Projekte und Fan-Initiativen die an uns herantreten. An zweiter Stelle sind es Schulen und der DGB, welche die Ausstellung in ihren Räumlichkeiten präsentieren. Bei den Fan-Projekten ist es so, dass der überwiegende Teil sich mit Diskriminierungen in ihrem Bereich auseinandersetzt und die Ausstellung für die Fan-Öffentlichkeitsarbeit nutzt, um die Mechanismen und Erscheinungsformen beispielhaft darzustellen. Damit nutzen die Projekte die Ausstellung für die Auseinandersetzung mit ihren eigenen Fans. Oft ist die Ausstellung auch Teil von Veranstaltungen und wird in Workshops eingebettet. Fan-Initiativen leisten zum Teil mit eigenen Tafeln zu der Situation vor Ort einen Beitrag zu der Ausstellung. Bei den Schulen findet sich unsere Ausstellung häufig im Kontext von »Schule ohne Rassismus« wieder. Es ist ja auch so, dass sich mittlerweile viele Fußballfans unter den SchülerInnen finden und somit das Thema Rassismus, Antisemitismus und Homophobie über den Fußball einen guten Zugang hat. Der DGB tritt häufig anlassbezogen an uns heran, das heißt zu großen Turnieren und Fußballereignissen.

Wie stellt sich Euer Verhältnis zu den offiziellen Vertretern des Fußballs dar? Mit dem DFB, den Landesverbänden und den Vereinen sind ja zahlreiche Ansprechpartner vorhanden.
FL: Bei der ersten Ausstellung wurden zugesagte Gelder des DFB zurückgezogen, nachdem bekannt wurde, dass wir den DFB für Äußerungen und Verhaltensweisen kritisiert haben. BAFF wurde lange Zeit seitens der Offiziellen als »Nestbeschmutzer« wahrgenommen; wir haben eben genau hingeschaut und »unangenehme« Fragen auf die Tagesordnung gebracht. Mittlerweile hat sich das Verhältnis etwas verändert; Fan-Projekte, die unsere Ausstellung gezeigt haben, wurden mit dem »Julius-Hirsch-Preis« vom DFB ausgezeichnet. Unsere Arbeit erfährt so eine indirekte Anerkennung. Aber eine direkte Zusammenarbeit mit dem DFB findet nicht statt. Die Fußballvereine treten über die Fan-Projekte mit uns in Kontakt. Leider ist es immer noch so, dass viele Verbände und Vereine sich nicht mit Diskriminierungen auseinandersetzen wollen.

In den letzten zehn Jahren ist ein Wandel in der offiziellen Sprache des Weltfußballverbandes (FIFA) und des DFB zu beobachten. Werbung mit Fußballstars gegen Rassismus und für Toleranz ist sehr präsent. Auf der anderen Seite häufen sich Berichte aus der 1. und 2. Bundesliga über ein Erstarken der »Nazi-Hooligans«. Wie stellt sich das für BAFF dar? Und magst Du eine Prognose für die weitere Entwicklung abgeben?
Ja, es hat ein Umdenken nach außen hin von beiden Verbänden gegeben. Früher wurden die meisten Vorfälle ignoriert und verharmlost. Doch mit der gewollten Kommerzialisierung und der damit einhergehenden gesteigerten Akzeptanz und Zunahme an Zuschauern musste auch ein veränderter Umgang mit den problematischen Seiten des Fußballs stattfinden. Der DFB und die FIFA haben den Mehrwert erkannt, den ein auf die Fahne geschriebener Antirassismus hat. Auch andere Diskriminierungsformen wie zum Beispiel Homophobie werden offener kritisiert.
In Deutschland gab es mit dem Aufkommen der Ultras ein zusätzliches Zurückdrängen von rassistischen Positionen aus dem Stadion. Leider hat sich dies in den letzten Jahren wieder verändert. Die alten rechten Fan- und Hooliganstrukturen waren nie weg aus den Stadien, haben sich aber lange Zeit viel ruhiger verhalten. Nun haben sie aber gemerkt, dass sie nach wie vor mit angedrohter oder ausgeführter Gewalt die Situation einer Kurve dominieren können. An mehreren Orten, wie in dieser Ausgabe des drr ja auch thematisiert, versuchen sie wieder die Hoheit zu erlangen. Eine Prognose ist leider schwer abzugeben. Viel hängt davon ab, wie sich Verbände und Vereine verhalten. Wenn sie es so wie Aachen oder Braunschweig machen, sieht die Zukunft düster aus. Wenn sie wie Dortmund anfangen sich zu bewegen, dann können die rechten und neonazistischen Strukturen auch wieder zurückgedrängt werden.

Wir haben bisher den Männerfußball betrachtet; die Frauenbundesliga wird diesen September 24 Jahre alt. Könnt ihr da ähnliche Phänomene beobachten?
Bisher sind die Berichte weitestgehend auf den Fußball der Männer beschränkt. Ich hoffe und denke, das bleibt auch so. Warum das so ist, wäre der Inhalt einer weiteren Ausgabe des drr.

Vielen Dank für das Gespräch und weiterhin viel Erfolg!

Die vergessene jüdische Fußballgeschichte

Wie schwer sich Fußballvereine mit ihrer NS-Vergangenheit tun, wird auch beim »FC Bayern München« deutlich.

von Sören Frerks

Dass Fußball um 1900 weniger ein deutscher, denn ein englischer und amerikanischer Sport war, ist hinlänglich bekannt. Weit öfter wird hingegen die jüdische Geschichte vieler Fußballvereine vergessen und im Spielalltag ist sie kaum wahrzunehmen. Während die Nationalsozialisten die jüdischen Traditionen in nur wenigen Jahren zerschlugen, ließ die Aufarbeitung fünfzig Jahre auf sich warten. Beim deutschen Rekordmeister »FC Bayern München« war der Weg ebenso lang, wie die Dokumentation »Der FC Bayern und seine Juden« des Sporthistorikers Dietrich Schulze-Marmeling zeigt, die Der Rechte Rand in Auszügen vorstellt.
Die Parallelen zwischen Fußball und dem politischen Treiben in der jungen Bundesrepublik sind frappierend. Während unter Konrad Adenauer altgediente Nationalsozialisten wieder in Amt und Würden des westdeutschen Staats- und Justizapparats gehievt wurden, deuteten im postfaschistischen Fußballgeschehen jene die Geschichte um, die wenige Jahre zuvor dessen Arisierung vorangetrieben oder zumindest begrüßt hatten. Mit dem Ergebnis, dass das jüdische Leben und dessen Vernichtung aus den Annalen faktisch herausgetilgt wurde. In der 1954 veröffentlichten »Geschichte des deutschen Fußballs« schwieg sich Carl Koppehel darüber aus und beschönigte gar. Trotzdem wurde das Buch über zwei Jahrzehnte vom »Deutschen Fußballbund« (DFB) hochgehalten. Aus gutem Grund, schließlich hatte Koppehel selbst zweimal das Amt des Pressewarts inne – von 1937 bis 1945 und 1951 bis 1958.

Der angebliche Newcomer

Beim »FC Bayern München« (FCB) findet die jüdische Fußballgeschichte über Jahre ebenso keine Erwähnung. Galt um die 1950er Jahre die immer noch antisemitische Stimmung in der Stadt dafür als wenig förderlich, überlagerte ab 1965 der sportliche Erfolg des Vereins die weithin lästige Frage nach der Vergangenheit. Der Aufstieg in die neugegründete Bundesliga und fünf Titel in vier Spielzeiten schärften gegenüber dem FCB einen Mythos der »Stunde Null« in nur eben sportlicher Konnotation. Ganz im Sinne: wo ein Newcomer ist, kann keine Traditionsgeschichte sein; diese wurde hingegen dem bis dahin erfolgreichen Lokalrivalen »TSV 1860 München« zugesprochen.
Selbst der Tod des langjährigen jüdischen FCB-Präsidenten Kurt Landauer im Jahr 1961 sorgte nicht für eine Rückbesinnung. Vielmehr erschien im Jahr darauf ein Nachruf, in dem auch der damalige DFB-Präsident Peco Bauwens zu Wort kam. Ein zynischer Akt, wurde ihm doch stets eine Nähe zum NS attestiert: von 1932 bis Kriegsende wollte er als FIFA-Funktionär eine Vormachtstellung der »Achsenmächte« im Weltfußballverband erreichen.
1975 konnte sich dann anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des DFB der Journalist Ernst Werner im Festbuch verewigen – ungeachtet der Tatsache, dass seine Sportbeiträge seit den Zwanzigerjahren vor Antisemitismus und Rassismus strotzen. Umgekehrt galt der Tübinger Professor Walter Jens seit seiner historischen Festrede, in der er dem DFB die Kollaboration mit den Nazis offen vorhielt, als missliebig.

»Judenklub«

Kurt Landauer geriet nach seinem Tod als Gründungsvater des FCB in Vergessenheit und sein Schicksal als Jude wurde bis vor wenigen Jahren nur zögerlich benannt: 1933 musste er als Vereinspräsident zurücktreten, fünf Jahre später wurde er im Konzentrationslager Dachau interniert und schließlich musste er ins Schweizer Exil flüchten; vier seiner Geschwister wurden von den Nazis ermordet. Zahlreiche Juden, die den FCB in seinen jungen Jahren mitprägten, gerieten gänzlich in Vergessenheit: Joseph Pollack und Benno Elkan, die zum siebzehnköpfigen Gründungskomitee gehörten, Richard Dombi, der die Mannschaft 1932 als Trainer zur Meisterschaft führte, und der für die Nachwuchsarbeit zuständige Otto Albert.
Der FCB galt als liberaler und weltoffener Verein, Juden waren willkommen und konnten aufsteigen. Dabei war die bayerische Metropole eine Hochburg der Nazis, 1923 kam es hier zum »Hitler-Putsch«. Im Gegensatz zum »TSV 1860 München« eilte dem Verein der Ruf eines »Judenklubs« voraus und erst 1943 konnte mit Josef Sauter ein NSDAP-Mitglied zum Vereinspräsidenten ernannt werden. Wenig später grüßte die Mannschaft bei einem Spiel in Zürich trotzdem ihren ehemaligen Präsidenten Landauer, woraufhin ihr der damalige NS-Oberbürgermeister ein Jahr später einen Ehrenempfang verweigerte.

Späte Bekenntnisse

Erst 1999, zum Hundertjährigen Bestehen des FCB und zahlreiche Festschriften später, erwähnte der Verein Landauers jüdische Abstammung – auf dem Papier. Nochmals zehn Jahre brauchte es, bis sich die Offiziellen erstmals öffentlich positionierten. Zum 125. Geburtstag des einstigen Präsidenten 2009 erschien eine Delegation um Karl-Heinz-Rummenigge auf einer Gedenkfeier in Dachau, angestoßen von der Versöhnungskirche und dem »TSV Maccabi München«. Doch die Zurückhaltung blieb: man wolle mit der Vereinshistorie »nie populistisch kokettieren«, sagte der Vorstandsvorsitzende und »da provoziert man etwas«, ergänzte Vizepräsident Fritz Scherer. Die eigentliche Frage lautete wie in den Fünfziger und Sechziger Jahren: wäre der FCB so populär, wenn er sich zu seiner jüdischen Tradition bekannte?
Einem zunehmenden öffentlichen Druck und dem politischen Aufarbeitungstrend im Sport ist es zu verdanken, dass diese Geschichte mehr und mehr in Erinnerung gerufen wird. Zahlreiche Dokumentationen zum Fußball im NS sind mittlerweile erschienen und 2006 würdigte der DFB den 1975 angefeindeten und mittlerweile verstorbene Walter Jens für sein offenes Wort. 2013 wurde Kurt Landauer posthum zum Ehrenpräsidenten des FCB ernannt, und im Februar initiierte der Verein einen Holocaust-Erinnerungstag. Zudem wird auf dem diesjährigen Münchner Filmfest ein Spielfilm über sein Leben gezeigt. Auch ein Verdienst der linken FCB-Ultras »Schickeria München«, die Landauer Anfang 2014 mit einer Choreografie würdigten.

»Für die Heimat! Bereit!«

Die Weltmeisterschaft im weit entfernten Brasilien hat auch einen erheblichen Vorteil: Nur wenige extrem rechte Fans aus Europa werden sich die teure Reise nach Südamerika leisten können. Ohne Frage ein Gewinn für das Turnier. In europäischen Stadien hingegen versuchen Neonazis wieder an Boden zu gewinnen.

von Gerrit Hoekman



Den Anpfiff der Weltmeisterschaft wird der 103-fache kroatische Nationalspieler Josip Simunic nur am Fernseher erleben. Eigentlich wäre er in Brasilien mit dabei, ist er immerhin eine wichtige Säule der Kroaten. Doch der ehemalige Profi von »Hertha BSC Berlin« hat sich beim entscheidenden Qualifikationsspiel in Zagreb gegen Island ein übles Foul geleistet und ist deshalb für das gesamte Turnier gesperrt. Allerdings streckte der harte Verteidiger keinen Gegner im Zweikampf unfair nieder, sondern er grätschte verbal von rechts.

Nach dem Abpfiff schnappte sich Simunic ein Mikrofon, stellte sich in die Mitte des Platzes und rief ein paarmal »Za dom! – Für die Heimat!« ins Stadion. Die Fans antworteten lautstark: »Spremni! – Bereit!« Die Öffentlichkeit in Kroatien war überwiegend entsetzt. »Za dom – Spremni!« ist der Gruß der faschistischen »Ustascha«-Bewegung, die im Zweiten Weltkrieg gemeinsame Sache mit den Nationalsozialisten und Mussolini machte und 1941 einen Vasallenstaat errichtete. Die »Ustascha« machte sich des Genozids an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma schuldig und verfolgte rücksichtslos politische GegnerInnen und die serbische Minderheit.

Die Zeitungen schrieben am nächsten Morgen von »Schande« und »zerstörter Freude auf die WM«. Ein kroatisches Gericht verurteilte Simunic wegen »Aufhetzung zum rassistischen Hass« schließlich zu der gesetzlich vorgesehenen Höchststrafe von etwas mehr als 3.000 Euro. Der Weltfußballverband FIFA verurteilte Simunic in einem eigenen Urteil zu 35.000 Franken und sperrte den Spieler für die nächsten zehn Länderspiele, de facto also für das gesamte Turnier in Brasilien. Außerdem verhängte die FIFA für die Zeit der Sperre über ihn ein Stadionverbot für alle Partien der Kroaten.

In Interviews nach der Partie zeigte Simunic, dass sein Verhalten keineswegs ein Ausrutscher im Taumel des Sieges war, was schon schlimm genug gewesen wäre. »Einige Leute müssen ein wenig Geschichte lernen«, dozierte der 35-Jährige altklug. »Ich habe nichts falsch gemacht. Ich unterstütze mein Kroatien, meine Heimat. Wenn Leute etwas dagegen haben, ist das ihr Problem.« Er habe eine solche Aktion schon immer mal machen wollen, bekannte Simunic. Falls er nun dafür bestraft werde, dann sei das eben so. Bereits während des Spiels gegen Island hatte sich die Stimmung im Stadion nationalistisch aufgeheizt, als Fans die Mannschaft mit »Auf geht's Ustascha!« anfeuerten, berichten OhrenzeugInnen.

Bürgerkrieg mit anderen Mitteln

Die wichtigste Fangruppe von »Dinamo Zagreb«, dem momentanen Verein von Josip Simunic, hält das Erbe der »Ustascha« bis heute hoch. Die »Bad Blue Boys« (BBB) transportierten bereits zu Zeiten Jugoslawiens einen extremen kroatischen Nationalismus ins Stadion, gegen den der Staat rigoros vorging. Das brachte den »Boys« Sympathien bei der kroatischen Jugend, die sich in Jugoslawien von den SerbInnen benachteiligt fühlte. Als 1991 der blutige Konflikt in Jugoslawien begann, kämpften viele »Bad Blue Boys« in kroatischen Milizen. An ihren Uniformen trugen sie das Vereinsemblem von »Dinamo Zagreb«. Die meisten BBB kamen im Kampf um die Stadt Vukovar um, die schließlich von serbischen Einheiten zerstört wurde. Bis heute glaubt die Fangruppe, dass der faschistische »Ustascha«-Staat von 1941 ein wichtiger Schritt zur kroatischen Unabhängigkeit von 1991 war. Der Verein »Dinamo Zagreb« hat den im Bürgerkrieg getöteten »Boys« am Stadion ein Denkmal errichtet. Als der kroatische Kriegsverbrecher Ante Gotovina 2005 in Den Haag vor Gericht gestellt wurde, veranstaltete der Klub ein Solidaritätsspiel für den Befehlshaber der berüchtigten Krajina-Offensive von 1995.

»Diese Fans sind richtig gefährlich«, warnte der kroatische Verteidiger Kaja Rogulj von »FK Austria Wien« letztes Jahr vor dem Champions-League-Spiel gegen Zagreb. Kurz vorher waren die »Bad Blue Boys« mit rassistischen Gesängen beim Auswärtsspiel gegen den luxemburgischen Meister Jeunesse Esch aufgefallen. In Kroatien selbst sind die Hooligans immer wieder an Angriffen auf Schwule und AusländerInnen, Sinti und Roma, Linke und SerbInnen beteiligt.

Nun sollen an dieser Stelle nicht allein die kroatischen Fans an den Pranger gestellt werden; in Serbien sieht es in den Stadien nicht besser aus. Auch auf den Tribünen im »Marakana«-Stadion von »Roter Stern Belgrad« tummeln sich viele ehemalige Kämpfer aus dem Bürgerkrieg. Sie verehren den vor 14 Jahren erschossenen Zeljko Raznatovic, genannt Arkan, dessen »Tiger«-Miliz im kroatischen Vukovar ein Gemetzel angerichtet hat. Raznatovic war vor dem Krieg einer der Führer der »Delije«, der Fans von »Roter Stern Belgrad«. Aus ihnen rekrutierte er einen Teil seiner Armee. Durchaus verständlich also, dass sich die AnhängerInnen von »Roter Stern« und »Dinamo Zagreb« hassen – beide Seiten haben sich zahlreicher Kriegsverbrechen aneinander schuldig gemacht. Bis heute dürfen die Fans der Gastmannschaft nicht ins Stadion, wenn Kroatien gegen Serbien aufeinander treffen – aus Angst, es könnte sonst Mord und Totschlag geben.

Das ehemalige Jugoslawien ist ein Paradebeispiel für die Wechselwirkung zwischen Fußball und überbordendem Nationalismus, der nur allzu oft die Grenze zum Rassismus überschreitet. Die Szene ist geprägt vom Bürgerkrieg, hat teilweise eigene Kriegserfahrungen und tritt entsprechend martialisch auf. Höchstens in der Ukraine und in Russland finden sich in einem solchen Umfang ähnlich politisierte und radikale Fangruppen. Im Dezember 2010 konnten die Anhänger von »Spartak Moskau« mehrere tausend Leute für eine rassistische Demonstration mit anschließender Jagd auf KaukasierInnen und andere Menschen aus Zentralasien mobilisieren. Dabei wurde ein Kirgise erstochen. »Die Menge skandierte ‹Russland den Russen, Moskau den Moskauern›, zahlreiche Teilnehmer zeigten den Hitler-Gruß«, beschreibt Olaf Sundermeyer in »Die Zeit« die Stimmung



auf der Kundgebung. Fußball sei ein »weißer Sport«, zitiert der Autor einen Anhänger vom Stadtrivalen »Dynamo Moskau«. Mögen sich die Vereine in der Hauptstadt auch spinnefeind sein, im Hass auf Minderheiten sind sie vereint. Die extrem rechten Fans sind ein Problem, das spätestens 2018 auch in Westeuropa in den Mittelpunkt rücken wird, wenn die nächste Weltmeisterschaft in Russland stattfindet.

Mussolini-Kult bei Lazio Rom

Der Fall Josip Simunic ist nur ein Beispiel für die unheilige Allianz zwischen rassistischen Fans auf der Tribüne und gleich gesinnten Spielern auf dem Rasen. Kroatische AnhängerInnen verweisen in diesem Zusammenhang oft auf den Italiener Paolo Di Canio, einen glühenden Verehrer des Diktators Benito Mussolini. Auf dem Arm des früheren Kapitäns von »Lazio Rom« prangt das tätowierte Wort »Dux« (Führer). Auf dem Rücken soll er Mussolinis Konterfei tragen. Mehrfach bekam der Stürmer vom italienischen Fußballverband Strafen aufgebrummt, weil er sich mit dem »Saludo Romano«, dem Mussolini-Gruß, vor die Fankurve stellte oder linke AnhängerInnen des Gegners provozierte.

Di Canio hat seine Karriere als Spieler inzwischen beendet und arbeitet jetzt als Trainer. Vor gut einem Jahr stellte ihn der englische Verein »AFC Sunderland« als Übungsleiter ein, was in England für große Empörung sorgte. Das europäische Netzwerk »Fußball gegen Rassismus« (FARE) bezeichnete ihn auf Twitter als »ersten faschistischen Trainer in der Premier League.« Die AnhängerInnen des ArbeiterInnenklubs Sunderland wehrten sich gegen die Verpflichtung des Mussolini-Jüngers, der ehemalige »Labour«-Außenminister David Milliband legte sein Amt im Aufsichtsrat nieder, Sponsoren sollen abgesprungen sein und die BergarbeiterInnen-Gewerkschaft distanzierte sich von dem Verein, den sie bis dahin unterstützt hatte. Dem Besitzer des Klubs, dem amerikanischen Milliardär Ellis Short, war es egal, für ihn zählte nur die Chance auf den Klassenerhalt und die sei mit Di Canio erheblich gestiegen, berichtete »Die Zeit«. Tatsächlich rettete der Italiener den Verein vor dem Abstieg, musste aber ein halbes Jahr später, in der neuen Saison, nach einem schlechten Start schon bald den Platz räumen.

Di Canios Heimatverein »Lazio Rom« ist ein europäischer Erstligist , bei dem sich die extreme Rechte in der Kurve am unverblümtesten zeigt. Die »Irriducibili Lazio«, die rechten AnhängerInnen der Römer, sorgen immer wieder für Skandale. Bei einem Spiel gegen den Lokalrivalen »AS Rom« hissten die »Unbeugsamen« vor einigen Jahren ein Transparent mit der Aufschrift: »Auschwitz ist eure Heimat, die Öfen euer Zuhause!« An die Hakenkreuzfahnen, die zuweilen im Lazio-Block zu sehen sind, hatte sich Italien beinahe schon gewöhnt.

Vor dem Europapokal-Spiel gegen »Tottenham Hotspur« im November 2012 in Rom überfielen »Lazio«-Anhänger gegnerische Fans, es gab Verletzte. Beim Spiel skandierten die Rechten antisemitische Parolen gegen die Engländer. Hintergrund: »Tottenham« gilt als jüdischer Verein. Die AnhängerInnen der »Spurs« nennen sich selbst »Jews«, auch wenn die meisten keine sind.

Alle gegen die »Superjuden«

Ein merkwürdiges Ritual, das auch vom niederländischen Rekordmeister »Ajax Amsterdam« bekannt ist, der früher sein Stadion in der Nähe des jüdischen Viertels hatte. Die »Ajax«-Fans bezeichnen sich bis heute als »Superjoden« und bringen israelische Fahnen mit dem Davidstern ins Stadion. Echte Juden gibt es unter den »Ajax«-Fans vermutlich nicht mehr und nicht weniger als bei anderen Vereinen in den Niederlanden. Bei Auswärtsspielen führt die skurrile Fanfolklore zu üblen antisemitischen Beschimpfungen. »Hamas, Hamas, Joden aan het Gas« ist ein oft zu hörender Gesang bei Gastauftritten der Amsterdamer in der niederländischen ersten Liga. Zuweilen ist auf den Rängen sogar ein Zischen zu hören, als ströme Gas aus einer Leitung.

Und auch in den Niederlanden machen sich Spieler mit den antisemitischen Parolen von den Rängen gemein. Nach einem Sieg gegen »Ajax« grölten im März 2011 einige Profis von »ADO Den Haag« im Vereinsheim inbrünstig den »Hamas«-Schmähgesang, allen voran Publikumsliebling Lex Immers. Sogar der Trainer machte mit. Das ins Internet gestellte Video sorgte für große Empörung in den Niederlanden.

Hohe Preise, wenig Stimmung

In ganz Europa fragen sich Fanbeauftragte, wie die rechten Fans aus dem Stadion zu bekommen sind. Der Erfolg ihrer Maßnahmen hält sich in Grenzen, es sieht vielmehr so aus, als ob in den europäischen Ligen die Zahl der Neonazis auf den Tribünen langsam wieder größer wird. Der französische Meister »Paris St. Germain« ist jetzt einen Weg gegangen, der auch schon in Englands erster Liga dafür gesorgt hat, rechte Hooligans aus dem Stadion zu verdrängen – der Verein hat erst alle Fanklubs aufgelöst und dann nach und nach die Preise drastisch erhöht. Die Investoren aus Katar, die seit Kurzem das Sagen haben, zielen auf gut verdienende, so genannte Event-Fans. Sogar das Klublogo haben sie geändert.

Jahrelang tobte im Pariser Prinzenpark, dem Stadion von St. Germain, ein Machtkampf zwischen Rechtsradikalen und AntirassistInnen, die auf zwei unterschiedliche Tribünen verbannt werden mussten. Zuweilen gingen die Fangruppen vor und nach den Spielen aufeinander los. Ein Phänomen, das in letzter Zeit auch in deutschen Stadien zu beobachten ist. Seit der Preiserhöhung ist es merklich ruhiger geworden – allerdings nicht nur was die Ausschreitungen angeht, sondern auch was die Stimmung im Prinzenpark betrifft. Die Maßnahmen der neuen Besitzer treffen nämlich auch die linken AnhängerInnen, deren Fanklubs ebenfalls aufgelöst wurden. Bei »Paris St. Germain« herrscht nun eine Atmosphäre wie bei einer Vorstandssitzung der »Deutschen Bank«. Eine Entwicklung, die auch in den Stadien der englischen Topvereine zu beobachten ist.

Fanszene in Brasilien

In Brasilien gibt es 27 Bundesstaaten mit 783 Fußballmannschaften und ungefähr 630 »Torcidas Organizadas« (Fanclubs). Davon sind 531 offiziell von den Vereinen anerkannt. Politisches Engagement spielt zum Teil eine große Rolle – vor allem, wenn es um die sozial Deklassierten geht.

von Katharina Valente

Fußball ist die populärste Sportart in Brasilien, die Nationalmannschaft hat mehr Weltmeisterschaften gewonnen als jede andere. Das nationale Ligensystem unterscheidet sich stark von dem uns bekannten. Es gibt einerseits Regional- beziehungsweise Staatenmeisterschaften und seit 1976 auch eine gesamtbrasilianische Meisterschaft. Aufgrund der Größe des Landes und der weit verbreiteten Armut ist es nicht üblich, die jeweilige Mannschaft bei Auswärtsspielen zu begleiten. Allerdings konzentrieren sich die großen Vereine auf die beiden Städte São Paulo und Rio de Janeiro. Die bedeutendsten Vereine in São Paulo und einige der zugehörenden »Torcidas« heißen: »Sport Club Corinthians Paulista« – »Gavioes da Fiel«, »Sociedade Esportiva Palmeiras« – »Mancha Alvi Verde« und »São Paulo Futebol Clube« – »Dragoes da Real«. In Rio de Janeiro gibt es vier große Vereine: »Clube de Regatas Flamengo«, »Clube de Regatas Vasco da Gama«, »Fluminense Futbol Club« und »Botafogo de Futebol e Regatas«.

Struktur der Fanszene

Die organisierten Fangruppen, »Torcidas Organizadas«, unterscheiden sich in ihrer Struktur sehr von den deutschen »Ultragruppen«. Die großen Gruppen haben mehrere tausend Mitglieder und meist ein oder mehrere Vereinsheime mit Fanshops, in denen Kleidung mit den Gruppensymbolen verkauft wird. Die Mitgliedschaft ist für alle offen, genauso wie die Gruppenkleidung frei verkäuflich ist und auch zahlreich erworben wird. Für die Fans ist es selbstverständlich, jeden Tag die Gruppenkleidung zu tragen. Die Mitgliedschaft spielt eine wichtige Rolle für die (nationale) Identität: Die Menschen fühlen sich »brasilianisch«, wenn sie zu Fußballspielen gehen. Die Vereinsheime erfüllen zugleich die Funktion von Gemeindezentren.

Diskriminierung

Homophobie und Sexismus sind in den Fanszenen sehr weit verbreitet, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Stereotypen innerhalb der brasilianischen Gesellschaft findet in den »Torcidas« nicht statt. Viele brasilianische Beleidigungen sind sexualisiert und homophob. So bestehen die Schmähgesänge und Beschimpfungen in den Stadien fast ausschließlich aus homophoben Beleidigungen. Damit ist es auch nicht verwunderlich, dass sich fast ausschließlich Männer an der Spitze der »Torcidas« befinden. Ausnahme ist die »Mancha Verde« von Palmeiras in São Paulo mit einer Frau in einer Führungsposition. Die Juristin arbeitet als Anwältin für die Gruppe. Große »Torcidas« haben aber oft eigene Frauen-Abteilungen. Es gibt auch Frauen-»Torcidas« in vielen Städten. Trotzdem: Frauen sind zahlenmäßig in der Minderheit. Schätzungen gehen davon aus, dass sie etwa 10 Prozent der organisierten Fußballfans ausmachen. Allerdings stehen die Frauen in den Stadien ihren männlichen Mitstreitern in puncto homophoben Beleidigungen in nichts nach. Ein explizites Engagement gegen Sexismus und Homophobie gibt es nicht.

In den traditionellen »Torcidas« gibt es viele AfrobrasilianerInnen – Nachfahren der SklavInnen. Die Repressionen der Behörden gegen die traditionellen »Torcidas« und die sehr hohen Eintrittspreise in die Stadien versperren vielen AfrobrasilianerInnen den Zugang zum Fußball. So wird Fußball wieder hauptsächlich eine Sache der überwiegend ökonomisch besser gestellten Weißen. Viele BrasilianerInnen behaupten, dass es bei ihnen keinen Rassismus gäbe. Aber die brasilianische Gesellschaft ist nach wie vor eine Zweiklassengesellschaft, in der die Zugehörigkeit zur Ober- oder Unterschicht von der Hautfarbe abhängt. So werden bei der Job-Vergabe Weiße den Dunkelhäutigen vorgezogen, IndianerInnen werden allgemein diskriminiert.

Rassistische Ausfälle gegenüber Spielern in brasilianischen Stadien sind keine Seltenheit. Anfang März diesen Jahres wurde Marcos Arouca da Silva vom Traditionsverein »Santos« beim Spiel gegen »Mogi Mirim« im Rahmen der Meisterschaft im Bundesstaat São Paulo von Fans des unterlegenen Teams »Mogi Mirim« als »Makake« beschimpft.

Fans des Klubs »Esportivo« aus Bento Gonçalves bedrohten im Wettbewerb um die Meisterschaft im Bundesstaat Rio Grande do Sul den Schiedsrichter Márcio Chagas da Silva und beschimpften das Opfer mit »Euch Neger müssten wir alle umbringen«. Trotz dieser Vorkommnisse gibt es keine nennenswerte antirassistische Arbeit in den Stadien. Generell ist auch die Fanszene primär nicht an Antidiskriminierungsarbeit interessiert. Echte Antirassismus-Arbeit gibt es kaum, erst recht nicht vom brasilianischen Fußballverband »Confederação Brasileira de Futebol« (CBF) ausgehend. Der Kampf gegen Rassismus kommt momentan langsam auf, teilweise auch vom Verband und dem Staat im Vorfeld der Weltmeisterschaft gefördert.

Thema Politik

Die »Gavioes da Fiel«, die größte »Torcida« von den Corinthians, ist die einzige Gruppe in São Paulo, die als politisch bezeichnet wird. Der Verein wurde 1910 von Arbeitern gegründet und gilt auch heute noch als Verein der »unteren Schichten«. Die »Gavioes« wurden 1969 gegründet und waren berühmt für ihren Kampf gegen die Militärdiktatur und die Forderung nach freien Wahlen. Eine Führungsperson dieser Gruppe ist heute Assistent eines Abgeordneten der Arbeiterpartei und vertritt mit der »Torcida« eine linksprogressive Linie. Er möchte, dass die »Torcidas« den Einfluss verstehen, den sie durch ihre Größe und Macht haben können und nutzen sollen, um Wahlen zu beeinflussen und gegebenenfalls sogar eigene



^ *Demonstration in São Paulo für Zusammenhalt gegen Ungerechtigkeit*

KandidatInnen zu stellen. Die »Gavioes« möchten anderen »Torcidas« helfen, sich zu organisieren und national zu verbünden. Dies ist leider, aufgrund jahrelanger Rivalitäten und eines hohen Gewaltpotentials – in Einzelfällen wurden Mitglieder von anderen »Torcidas« ermordet – recht schwierig.
Die eigentlichen politischen Aktivitäten der »Torcidas« liegen im sozialen Engagement, der praktischen Hilfe. So werden Blutspenden organisiert oder Kleiderspenden gesammelt. In Fortaleza haben sich verschiedene »Torcidas« zusammengeschlossen und finanzieren monatlich einen Tanklaster mit Wasser, der in ein Dorf gebracht wird, das von der Wasserversorgung abgeschnitten ist. Das widerspricht allerdings dem öffentlich verbreiteten Bild von den armen und deshalb gewalttätigen Fans.

Frage der Gewalt

Ein ehemaliger Präsident der Gruppe »Mancha Verde« von Palmeiras erzählte, dass er sich an vielen Demonstrationen gegen die Weltmeisterschaft 2014 beteiligt hat. Wie die meisten anderen auch, hat er ein Problem damit, dass so viel Geld verschwendet wird, um eine gute Außenwirkung darzustellen, anstatt in Infrastrukturen und Soziales zu investieren. Viele Fußballfans seien aber nur zu den Demonstrationen gegangen, um sich mit der Polizei oder Fans anderer Fußballvereine anzulegen. Gewalt ist in Brasilien ein großes Thema, die Ursache dafür liegt vor allem in sozialen Verhältnissen. Traditionell sind die »Torcidas« Fangruppen der unteren Schichten. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts schlossen sich junge Zuwanderer aus dem ArbeiterInnenmilieu zu Fußballgruppen zusammen. Ihnen blieb oftmals der Zugang zu Kultur verwehrt und so schufen sie sich eigene Freizeiträume. Zunächst war der Fußball noch eine Sache der Weißen, aber nach und nach öffneten sich »Torcidas« auch den AfrobrasilianerInnen.
Heute bietet der Fußball den Deklassierten, vor allem in den Favelas lebenden Menschen, eine der wenigen Möglichkeiten, um aus der Armut zu gelangen. Viele der Profispieler stammen aus der verarmten Unterschicht und stellen eine Projektionsfläche für die BewohnerInnen dar.
Die »Torcidas« der Vereine in Rio de Janeiro haben eine Vorreiterrolle innerhalb der Fanszene in Brasilien inne. Sie gründeten einen vereinsübergreifenden Dachverband, mit dem Ziel, die Gewalt in den Stadien zu bekämpfen und die Rechte der Fans zu sichern. Dieser Dachverband heißt »FTORJ – Federacao das Torcidas Organizadas do Rio de Janeiro« und das Motto dieses Zusammenschlusses lautet: »Congregar, Congracar e unir« (»Sammeln, versöhnen und vereinen«). Das Logo zeigt einen Fan mit einer weißen Fahne, was auf der einen Seite Frieden, aber vor allem die Einheit aller Vereine symbolisieren soll, da keine Clubfarben vorhanden sind. FTORJ arbeitet sehr eng mit der Polizei zusammen, um weiterhin den Stadionbesuch für die Gruppen möglich zu machen, um Verbote zu entschärfen und um mittels Dialog eine Art Verhältnis auf Augenhöhe herzustellen. Obwohl dieser Zusammenschluss schon seit 2007 existiert, befindet man sich noch relativ am Anfang der Entwicklung. Die Akzeptanz für diese Zusammenarbeit mit der Polizei ist noch nicht in den gesamten »Torcidas« vorhanden. Allerdings sind die Gruppen auf einem guten Weg, sie halten Vorträge in Schulen und Universitäten, sie führen Seminare für Fans durch und engagieren sich für Menschenrechte. Auch soziale Aktionen wie Essensspenden für Flutopfer, Blutspenden und Demonstrationen für den Frieden werden organisiert. Durch diese Zusammenarbeit werden die Konflikte mit der Polizei zwar nicht komplett verhindert, aber zumindest entschärft.
Die sozialpädagogische Arbeit mit Fußballfans, wie sie in Deutschland seit ungefähr 20 Jahren relativ erfolgreich praktiziert wird, ist in Brasilien nicht verbreitet. Durch die verstärkte Repression im Vorfeld der Weltmeisterschaft ändert sich das gerade langsam und es gibt Anfänge der Einbindung der »Torcidas« in die Strategien der Gewaltbekämpfung im Jugendbereich beziehungsweise ist sie Thema im Justizministerium und im Jugendsekretariat.

Vor und nach der Europawahl 2014: Debatte über Rechtspopulismus mit Fehlschlüssen

Seitdem die »Alternative für Deutschland« das politische Parkett betreten hat, wird nach Erklärungen für dieses Phänomen gesucht. Eine vernachlässigte Antwort ist die demokratische Frage.

von Peter Bescherer



^ *Rechtspopulist oder Populist oder …*

»In einem Kontext, in dem der herrschende Diskurs verkündet, es gebe keine Alternativen, überrascht es nicht, wenn eine wachsende Zahl von Menschen jenen Gehör schenkt, die eben doch Alternativen ankündigen und den Menschen vorgaukeln, ihnen Entscheidungsmacht zurückzuerstatten.« Was die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe unter dem Eindruck der Mitte-Rechts-Koalition in Österreich vor gut zehn Jahren feststellte, gilt auch für die jüngste Welle rechtspopulistischer Mobilisierungen in Europa. Die Maßnahmen zur Bewältigung der EU-Finanzkrise übergingen die europäischen Institutionen, indem sie an der parlamentarischen Mitbestimmung vorbei dirigiert wurden und die nationalen Regierungen zu »alternativlosen« Stabilitätspolitiken zwangen, die ›Europa‹ seinen WählerInnen weiter entfremden musste. Kurz: Die EU hat sich in weiten Teilen als jenes Elitenprojekt präsentiert, das es für die rechten Euroskeptiker von Anfang an war. Von daher sind Zuwächse der rechtspopulistischen und extrem rechten Parteien bei der Wahl vom 25. Mai wenig verwunderlich.

Wie wird darauf reagiert? Von CDU und SPD ist man gewohnt, dass sie auf Anpassung setzen und den populistischen Stil übernehmen – von der ›Basta-Politik‹ Gerhard Schröders bis zu Angela Merkels Einlassung, die EU sei »keine Sozialunion«. Oder aber sie geben sich moralisch, wie Volker Kauder (CDU), der nach der Wahl verkündete, Talkshows mit Beteiligung der »Alternative für Deutschland« (AfD) künftig zu boykottieren. Auch linke Diskussionen tendieren dazu, das Problem zu eng oder zu weit zu betrachten: entweder wird eine Linie vom Populismus zum Rechtspopulismus und hinsichtlich der politischen Auseinandersetzung weiter zum Rechtsextremismus gezogen. Oder der Rechtspopulismus gilt als Charakterzug kapitalistischer Gesellschaften. Beide Erklärungen verfehlen die vom Populismus an sich aufgeworfene demokratische Frage.

Anders als die extreme Rechte findet der Populismus seine Argumente innerhalb der demokratischen Tradition. Bürgerliche Demokratie bewegt sich stets im Spannungsfeld von Volkssouveränität und individualistischem Liberalismus. Der Populismus aber möchte sie einseitig, zugunsten einer Form unmittelbarer Demokratie auflösen. Er stützt sich auf die Idee einer unfehlbaren und unteilbaren Volkssouveränität, die anstatt durch Parteien und Parlamente in ›ungefilterter‹ Willensäußerung durch Plebiszit ausgeübt werden soll.

In scheinbarer Absetzung von der politischen Elite geriert sich der rechtspopulistische Politiker folglich als ›Einer von uns‹. Den authentischen Volkswillen quasi in sich tragend, empfiehlt er seine Partei als die einzige Alternative.

De facto geht es jedoch um die Installation einer Gegenelite und eine Transformation der Demokratie zur bloßen Legitimationsbeschaffung. Rechtspopulismus zielt nicht auf das Ende der Politik im Stile von Marketingkampagnen, sondern auf deren Monopolisierung. Die an sich schon fragwürdige Gegenüberstellung von Volk und Elite wird im Rechtspopulismus so vorgenommen, dass unter Volk nicht der demos, also die BürgerInnen des Gemeinwesens, verstanden werden, sondern das ethnos, die vom BürgerInnenstatus unabhängige kollektive Identität aufgrund von Herkunft, Kultur oder Religion. Flankiert wird dies von einer wohlstandschauvinistischen Agitation gegen »Sozialschmarotzer«.

RechtspopulistInnen kritisieren, dass sich die Politik gegen die Forderungen der Bevölkerung verschließe und sie nur noch für sich selbst existiere. Und tatsächlich gibt es Entwicklungen, die den Vertrauensverlust erklären: Parteien verlieren an programmatischem Profil, PolitikerInnen machen sich zum Lautsprecher »systemnotwendiger« Banken oder wechseln in die Wirtschaftslobbies. An dieser Demokratiekrise setzt der Rechtspopulismus an, indem er die Problemdiagnose maßlos überdehnt. Dabei nimmt die antipluralistische Polarisierung zwischen ›Brüssel‹ und ›uns‹ einen zentralen Platz im strategischen Repertoire ein. Gegen die EU werden Differenzen wie in Fragen der Arbeitsmarktpolitik oder der Geschlechtergleichstellung kleingeredet und im Gegenzug bietet er sich als Kraft gegen den ›Einheitsbrei‹ an.

Ihn voreilig auf die rechten Plätze zu verweisen, wäre trotzdem ein Fehlschluss, denn dafür sind die Unterschiede zwischen Phänomenen und AkteurInnen zu groß: so deckt sich der Wohlstandschauvinismus der AfD nicht mit der Islamfeindlichkeit des ‹Front National›. Verkehrt wäre auch der Schulterschluss mit HumanistInnen und DemokratInnen gegen ›die Ewiggestrigen‹. Das erwiese dem Rechtspopulismus einen Bärendienst, denn es macht nicht kontroverse politische Standpunkte klar, sondern reduziert die Auseinandersetzung auf den Gegensatz von Gut versus Böse.

Es bleibt die Aufklärung über den Charakter der rechtspopulistischen Versprechen. Sie kann zeigen, dass die AfD nicht die Partei der ›kleinen Leute‹ ist, sondern selbst zur Elite gehört, die sie vorgibt zu bekämpfen; dass ihre demokratische Agenda nicht den Interessen der Mehrheit der abhängig Beschäftigten, Prekären oder Arbeitslosen nützt; dass es immer noch klar konträre politische Standpunkte gibt, die eine einfache Entgegensetzung von Volk und Elite nicht rechtfertigen; dass sie keine Opfer einer Meinungsdiktatur sind, sondern ihre Bücher massenweise verkauft werden und sie in den Medien Raum zur Selbstdarstellung geboten bekommen. Die Demokratieskepsis sollte nicht abgewiesen, sondern die zugrundeliegenden Ohnmachtsgefühle von einer demokratischen Bewegungspolitik aufgegriffen werden, etwa im Sinne der Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen.

Statt Verstand

Die »Junge Alternative« bewegt sich in Sphären, in die sich die AfD nicht vorwagt.

von Nina Juliane Rink


^ *Nigel Farage ist im März 2014 zu Gast bei der »Jungen Alternative«*

Der Roncalliplatz in der Kölner Innenstadt ist zum Wahlkampfauftakt der »Alternative für Deutschland« (AfD) am 26. April 2014 gut gefüllt. Vor der Bühne im Schatten des Doms warten einige hundert AnhängerInnen der Partei auf die Reden der Spitzenkandidaten. Weit abseits findet sich der einzige Stand der »Jungen Alternative« (JA): Hier stehen die unter 40-Jährigen hinter einem Stand. Diese jungen Leute machen kichernd Fotos von sich selbst und verteilen zwischendurch Luftballons an Kinder. Nach einer Weile geht ein nicht mehr jugendlicher Herr im Anzug über den Platz und weist die Jugend an, mit ihrem Stand näher zu kommen und Flyer an die umstehenden PassantInnen zu verteilen.

»Ein bisschen konsequenter«

So präsentiert sich die im Juni 2013 gegründete JA, die AfD-nahe Jugendorganisation, die ihr Bundesvorsitzender Phillipp Ritz »mutiger« und der NRW-Vorsitzende Sven Tritschler »ein bisschen frech« nennen »und ein bisschen konsequenter als die AfD, die ständig auf alle Rücksicht nehmen muss«.

In der Praxis sieht das dann so aus: Die selbsternannten RebellInnen generieren auf Facebook maximale Aufmerksamkeit. »Verstand statt Ideologie« lautet zwar das Motto der JA, doch das mit dem Verstand sei einmal dahin gestellt. Ein provokantes Bild, ein platter Spruch, so funktioniert die Wahlkampfunterstützung der JA für die AfD auf Facebook. Ob mit einer Fotomontage, die den Europakandidaten der SPD, Martin Schulz, mit ausgestrecktem Arm zeigt: »Keine Großreiche! Für niemanden!«, mit dem Slogan »Selbstjustiz ist die neue Polizei« oder der antifeministischen Bilderstrecke, bei der junge Menschen Schilder mit »Ich bin keine Feministin, weil...« in die Kamera halten – Hauptsache, es knallt.

Nigel Farage in Köln

Außerhalb der sozialen Medien war der größte Coup der JA eine vielbeachtete Veranstaltung mit Nigel Farage. Am 27. März lud sie den Vorsitzenden der rechtspopulistischen und »euroskeptischen« Partei »United Kingdom Independence Party« (UKIP) aus Großbritannien ins Kölner Maritim Hotel ein und sorgte damit für »Irritationen« in der Parteispitze um Bernd Lucke, die demonstrativ fernblieb. NRW-Spitzenkandidat Marcus Pretzell und AfD-Mitbegründer Martin Renner kamen hingegen. Überregionale Medien berichteten und im Saal hörten rund 350 Personen gespannt zu, lachten und klatschten an den richtigen Stellen. Sogar Renner und Pretzell gaben später ihre Bewunderung für Farage zu Protokoll. Auch wenn sie sich inhaltlich von Positionen der UKIP distanzierten, machte es nicht den Eindruck, dass es sich bei dem Abend um den Alleingang einer nicht zu zähmenden Jugendorganisation gehandelt hat. Hier wurden diejenigen umworben, die sich durchaus radikalere Positionen innerhalb der Partei vorstellen können.

Rollenverteilung

Obwohl sich die JA an der Programmatik der AfD orientiert, betont sie: »Wir sind eine unabhängige Jugendorganisation und wir laden hier zu einer Bildungsveranstaltung ein. [...] wir sind insbesondere keine Partei – und da wir keine Partei sind, treten wir nicht zu Wahlen an und führen keine Koalitionsgespräche«, so Tritschler im Maritim. Die JA NRW bezeichnet sich selbst als »Innovationsmotor innerhalb der Partei«, allerdings sieht es eher nach einer klaren Rollenverteilung aus: Die AfD macht die Inhalte und kümmert sich auf Bundesebene um den seriösen Anstrich, die JA sorgt für Publicity und grast die Themen ab, die für die Mutterpartei zu riskant sind.

Ein bisschen rechter

Analysen der vergangen Bundestagswahl, bei der die AfD an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, gehen davon aus, dass vor allem junge Leute – viele davon Männer, die sich politisch rechts der CDU verorten – die Partei gewählt haben. Und die werden fürstlich bedient mit den Themen, die die JA auf der Agenda hat: einen harten Kurs gegen die Europapolitik und Griechenland fahren, »unqualifizierte« Zuwanderung verhindern, Kriminalität und Frauenquoten bekämpfen sowie die bedrohte deutsche Identität retten. Wer sich hier im Auftreten an rechtspopulistische Strategien oder VertreterInnen der »Neuen Rechten« erinnert fühlt, liegt nicht so falsch. Ein »Europa der Vielfalt und der nationalen Selbstbestimmung« möchte die JA; bei den »Republikanern« oder den »Jungen Nationaldemokraten« heißt dies »Europa der Vaterländer«. Nur die Mitgliedschaft des stellvertretenden JA-Vorsitzenden Benjamin Nolte in der extrem rechten Burschenschaft »Danubia München« war doch zu viel – auf »Bitten« des Vorstands musste er seinen Posten räumen, Ritz übernahm.

Wahlkampf auf Facebook

Ritz verantwortete auch die Social-Media-Kampagnen mit Themen, die innerhalb des AfD-Wahlkampfes keinen Platz fanden. In einem Interview mit der »Blauen Narzisse« im Februar 2014 bestätigt er: »Unsere Forderungen gehen in einigen Themenbereichen deutlich weiter als die der AfD«. Die JA möchte sich »keinen Maulkorb verpassen lassen«, wenn es um »die Ausbreitung von Parallelgesellschaften und quasi-rechtsfreien Räumen« gehe, so Ritz. Die entsprechenden Facebook-Posts gegen »unkontrollierte Zuwanderung« und für härteres Vorgehen gegen Kriminalität bekamen hunderte Likes.

Ob die JA so zu dem AfD-Ergebnis von sieben Prozent bei der EP-Wahl im Mai 2014 beigetragen hat, ist natürlich nicht auszumachen. Aber sie hat ihrer Mutterpartei eine, wenn auch zweifelhafte, mediale Aufmerksamkeit beschert, gezeigt, wie Campaigning auf Facebook geht, und dem rechten Flügel signalisiert, dass trotz aller Abgrenzungsversuche der Parteispitze noch Hoffnung besteht.



Internationale des Deutschtums

Deutschnationale Burschenschaften in Chile

von Judith Goetz

Im deutschsprachigen Raum sind Studentenverbindungen an beinahe allen Hochschulen vertreten. 900 Verbindungen mit etwa 150.000 Mitgliedern gibt es heute. Diese elitären Männerbünde lassen sich jedoch nicht nur hierzulande antreffen, sondern beispielsweise auch in Chile, wo sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts Studenten zusammenfanden, um eine Burschenschaft nach deutschem Vorbild zu gründen.

Von Jena bis Santiago

Von »deutsch Gesinnten« und Nachfahren deutscher EinwandererInnen wurden auch im Ausland Burschenschaften gegründet. Als bedeutendstes Beispiel ist Chile zu nennen, wo bereits Ende des 19. Jahrhunderts die erste von insgesamt fünf Burschenschaften gegründet wurde. Die nach einer Region in Chile benannte Burschenschaft »Araucania« wurde 1896 unter anderem vom Sohn eines Mitglieds der 1815 in Jena gegründeten »Urburschenschaft« ins Leben gerufen. Der Vater wurde in Chile durch »die Revolution von den Pflichten des Stadtarztes und Leiters des Hospitals in Puerto Montt enthoben«, wie es in der schwulstigen Gründungsgeschichte auf der Homepage der Verbindung heißt, und verfügte demnach »über genügend Zeit, um seinen Sohn für die Tradition der Jenaer Burschenschaft zu begeistern«. In den 1920er Jahren folgten weitere Burschenschaftsgründungen in Chile. So wurde 1924 die »Montania« in Concepción und 1926 die »Andinia« in Santiago de Chile gegründet. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgte die Gründung zweier weiterer Burschenschaften: die »Ripuaria« im Jahr 1949 in Valparaíso und die »Vulkania« 1962 in Valdivia. Über die Namensgebung der »Vulkania« heißt es in den »Burschenschaftliche(n) Blätter(n)« (Nr. 1/2011): »‹Vulkania› wurde zum einen gewählt, weil die Entstehung dieser Verbindung so spontan und eruptiv war, aber auch in Anlehnung an die imposanten Vulkane der Andenkordillere in diesem Gebiet [...].« Gemeinsam sind die Studentenverbindungen in dem 1959 ins Leben gerufenen Dachverband »Bund Chilenischer Burschenschaften« organisiert, der auch ein Freundschafts- und Arbeitsabkommen mit der »Deutschen Burschenschaft« (DB), einem Dachverband mit etwa 120 Burschenschaften, pflegt und unter anderem in Form von Stipendien ideologisch gefestigte Auslandsaufenthalte von deutschen und österreichischen Burschenschaftern in Chile organisiert und umgekehrt. So versichert beispielsweise Bernardo Stegmaier von der »Araucania Santiago« in einem »Grußwort des DB-Stipendiaten des Bundes chilenischer Burschenschaften« in den »Burschenschaftliche(n) Blätter(n)« (Nr. 2/2013), dass »die deutsche Tradition im Bund Chilenischer Burschenschaften mit Stolz gepflegt und fortgeführt werde. Uns ist es eine Ehre, die Kultur unserer Vorfahren, des Landes der Dichter und Denker, zu leben und zu bewahren.« Besonders gute Beziehungen dürfte es darüber hinaus mit der »Burschenschaft Frankonia Münster« geben, da sie »einen eigenen Studentenaustausch mit den chilenischen Verbandsbrüdern neben dem offiziellen des Verbandes« (»Burschenschaftliche Blätter«, Nr. 1/2011) bewerkstelligt. Zudem lassen sich in Chile auch drei Mädelschaften antreffen: die 1969 gegründete Mädchenschaft »Erika Michaelsen Koch« in Santiago, die 1991 gegründete »Amankay« in Valdivia und die »Viktoria« in Concepción.

Deutsche Sprachkenntnisse

Wenngleich die männer- und lebensbündische Struktur, die Verbindungsfarben (zum Beispiel »Schwarz – Rot – Gold« bei der »Araucania« oder »Schwarz – Weiß – Rot« bei der »Ripuaria«) sich kaum von jenen im deutschsprachigen Raum unterscheiden und die Wahlsprüche »Ehre – Zucht – Einigkeit« (»Araucania«) oder »Zucht – Arbeit – Freude« (»Ripuaria«) einiges über die in den Verbindungen kultivierten Werte auszusagen vermögen, lassen sich doch auch einige Unterschiede zu den deutschnationalen Burschenschaften in Deutschland und Österreich festmachen. So sind die chilenischen Burschenschaften freischlagend, was bedeutet, dass die Verbindung es ihren Mitgliedern freistellt zu fechten und sie folglich keine Pflichtmensuren fechten müssen. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die rechtliche Grundlage der Mensur in Chile nicht geklärt zu sein scheint. Anders als im deutschsprachigen Raum, wo die »deutsche Herkunft« neben dem Bekenntnis zur »deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft« eine entscheidende Rolle für die Aufnahmemöglichkeit in eine Burschenschaft ist, reichen in Chile gute deutsche Sprachkenntnisse sowie »aktives Interesse an dieser Sprache und Kultur« beziehungsweise »an der Erhaltung des deutschen Kulturguts« oder »sich fürs Deutsche engagieren« als Vorraussetzungen für eine Mitgliedschaft aus – wobei die Mädchenschaft »Erika Michaelsen Koch« jedoch hervorhebt: »Mädchen deutscher Abstammung werden bevorzugt.« Tatsächlich scheint die deutsche Sprache ein wichtiges Thema für die Burschenschaften in Chile zu sein. Sie sei »für die Burschenschaften lebenswichtig«, wie beispielsweise der »Alte Herr« und Vorsitzende des Festausschusses anlässlich des 50. Stiftungsfests der »Vulkania«, Herbert Siebert, betonte. Alle fünf Bünde seien sich darüber einig, »daß ihre Mitglieder die deutsche Sprache beherrschen und pflegen müssen« und es »ohne deutsche Sprache keine Burschenschaft in Chile« (»Burschenschaftliche Blätter«, Nr. 3/2012) gebe. Wichtige Verbindungstätigkeiten, wie Hauptversammlungen, Kneipen, Vorträge oder Konvente, würden



nach wie vor nur in Deutsch durchgeführt. Zu ihrem Bedauern hätte sich jedoch die Zahl der deutsch sprechenden Menschen in Chile halbiert und auch die Unterstützung der 21 deutschsprachigen Schulen durch Deutschland wäre geringer geworden, obgleich diese Schulen aufgrund der dort kultivierten Tugenden wie »Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß etc.« sehr beliebt seien. Neben Schulen gibt es in Chile aber auch noch jede Menge weiterer deutscher Institutionen, wie Kindergärten, Krankenhäuser, Kirchen, Sportvereine, Feuerwehren und Gesangsvereine. Die Absolventen der Schulen stellen aber, wie in den »Burschenschaftliche(n) Blätter(n)« (Nr. 3/2012) betont wird, »bei weitem das wichtigste Keilpotential« für die Studentenverbindungen dar.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Ebenso wie auf den Websites extrem rechter Organisationen, die Anglizismen verteufeln, lassen sich auf einigen – fast ausschließlich in deutsch gehaltenen – »Heimatseiten« chilenischer Burschenschaften ebenfalls meist nur »Verweise« und keine »Links« finden. Und das »Semesterprogramm« der Verbindungen deutet auf eine ähnliche Begeisterung für hohen deutschen Bierkonsum hin, wie hierzulande: »Gründungsfeste«, »Burschenräte« oder der »Stammtisch im Lili Marleen« werden gefeiert. »Eine Besonderheit der Burschenschaften in Chile ist die Taufe der Mitglieder. Sie erhalten einen Biernamen durch den so genannten ‹Oberbozen› im Rahmen einer speziellen Zeremonie, in der Regel anläßlich einer Kneipe« (»Burschenschaftliche Blätter«, Nr. 1/2011). Wenngleich die Homepages der Verbindungen vor allem dazu dienen, Mitglieder zu werben und wenig Politisches bieten, verdeutlichen sich bei genauerer Betrachtung sehr wohl auch die ideologischen Hintergründe. Die Geschichte der Burschenschaft »Araucania« gibt beispielsweise Auskunft über ihre Beziehung zu Deutschland. Nachdem sich nämlich in Deutschland und Österreich nach dem Anschluss 1938 ein Großteil der deutschnationalen Burschenschaften selbst aufgelöst und in den Nationalsozialismus eingegliedert hatten, existierten 1939 nur mehr die chilenischen Burschenschaften, was sie in eine komplizierte Situation brachte. Relativ unverblümt heißt es über die »Suspension der Aktivität der Burschenschaft Araucania«: »Als die Lage Deutschlands hoffnungslos wurde und nur noch der Zusammenbruch des Reiches erwartet werden konnte, sah man in der vorläufigen Einstellung jeglicher Aktivität der Burschenschaft die beste Lösung.« Und an anderer Stelle werden die »Folgen« des Militärputsches 1973 bejubelt: »Die Universitäten übernahmen wieder ihr früheres Ziel, und entwickelten sich in einem friedlichen Milieu.«

Völkisches Vaterland

Im Mittelpunkt antifaschistischer und feministischer Kritik an deutschnationalen Burschenschaften stehen neben dem Prinzip des Männerbundes und der damit verbundenen Männerseilschaften auch der in burschenschaftlichen Kreisen virulente Rassismus und Antisemitismus sowie das großdeutsche Gedankengut. Der in burschenschaftlichen Reihen kultivierte völkische Nationalismus basiert demnach nicht auf einem staatlichen Vaterlandsbegriff, sondern orientiert sich an der Zugehörigkeit zu einer imaginären »deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft«. So spricht beispielsweise Carsten Engelhardt in den »Burschenschaftliche(n) Blätter(n)« (Nr. 1/2013) von einem »für das Selbstverständnis der Deutschen Burschenschaft (DB) essentielle[n] volkstumsbezogene[n] Vaterlandbegriff« und, dass »sich die gemeinsame Abstammung als eine Voraussetzung der Volkszugehörigkeit also nicht bestreiten« ließe. Obgleich beispielsweise Österreich als »deutscher Staat« betrachtet wird, finden derartige Bezugnahmen eher verklausuliert statt, da im österreichischen Staatsvertrag (Artikel 4, Absatz 2) pangermanische Bestrebungen wie großdeutsche Propaganda und Handlungen, welche auf den »Anschluss« an Deutschland abzielen, verboten wurden. Dem Gedankengut folgend, mag es dennoch nicht verwundern, dass deutschnationale Burschenschafter so genannte »Auslandsdeutsche« als Teil dieses von ihnen beschworenen »Volks« begreifen und sich für diese einsetzen – so wie bis heute zum Beispiel auch in Chile. In diesem Sinne heißt es beispielsweise im Kurzporträt der DB: »Die Deutsche Burschenschaft sieht das deutsche Vaterland unabhängig von staatlichen Grenzen in einem freien und einigen Europa, welches Osteuropa einschließt. [...] Deshalb setzt sich die Deutsche Burschenschaft aktiv dafür ein, daß in einem freien Europa den Angehörigen aller Völker, insbesondere auch allen deutschen Volksgruppen in anderen Staaten, die uneingeschränkte kulturelle Entfaltung und Selbstbestimmung gewährleistet wird.«

Einfluss?

Obgleich die chilenischen Burschenschaften mit der deutschen Community in Chile gut vernetzt zu sein scheinen, ergibt sich dennoch ein entscheidender Unterschied zu den Burschenschaften im deutschsprachigen Kontext: der geringere gesellschaftliche und politische Einfluss chilenischer Burschenschafter und so wird der ehemalige chilenische Justiz-, Innen- und Außenminister Osvaldo Koch Krefft als bekanntestes Mitglied der Burschenschaft »Araucania« eine Ausnahme bleiben.

»Thanks for your service«
Das 70. Jubiläum des D-Day

Die Straßen waren verstopft an Pfingsten 2014. Überall an der Küste, wo vor 70 Jahren alliierte Truppen landeten, fanden Gedenkfeiern, Aufführungen, Konzerte, Treffen und viele andere Veranstaltungen statt.

von Jens Breuer

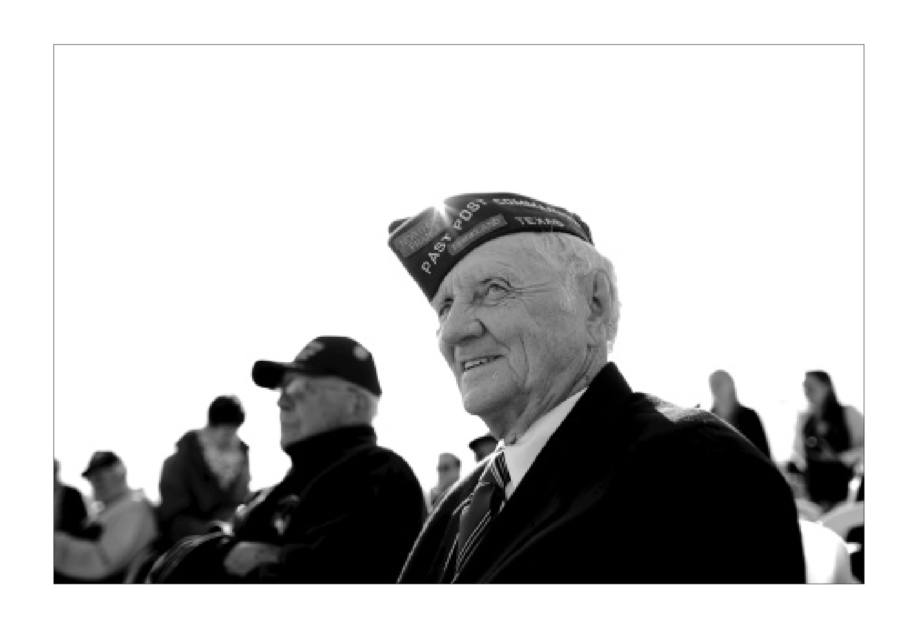
Es war ein Wechselbad der Gefühle. Mit ernsten Gesichtern lauschten die Veteranen jener Truppen, die am 6. Juni 1944 in der Normandie landeten, um vom Westen aufrollend Europa vom Nationalsozialismus zu befreien, den Reden der Gedenkveranstaltungen. Staatsoberhäupter und RepräsentantInnen vieler Länder nahmen an ihnen teil: der britische Premierminister James Cameron gemeinsam mit Prinz Charles und Camilla an einer Zeremonie in Bayeux, der norwegische König Harald V. in Hermanville-sur-Mer, die Königin Margrethe von Dänemark in Sainte-Marie-du-Mont. Die meiste Aufmerksamkeit genoss aber das Gedenken auf dem US-amerikanischen Soldatenfriedhof in Colleville-sur-Mer mit dem US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama und dem französischen Premierminister François Hollande. Zu der Veranstaltung in der Mitte der Grabreihen kamen viele Veteranen, die seinerzeit an der »Operation Overlord« beteiligt waren. Die weißen Kreuze der Gefallenen stehen in unmittelbarer Nähe von Omaha Beach, an dem die US-Amerikaner 1944 landeten – hier waren innerhalb weniger Stunden 1.200 der vorwiegend jungen Männer gestorben. Im Vergleich mit den anderen Landezonen Gold Beach (Briten), Juno Beach (Kanada), Sword Beach (Briten und Franzosen) und Utah Beach (USA), waren hier die Verluste am größten.
»Diese Männer führten Krieg, damit wir den Frieden kennenlernen konnten«, erinnerte Obama. »Sie opferten sich, damit wir frei sein können. Sie kämpften in der Hoffnung auf den Tag, an dem wir nicht länger mehr kämpfen bräuchten. Wir sind ihnen dankbar!«. Stolz auf das Erreichte drückten die gealterten Gesichter der Soldaten bei diesen Worten aus. Doch in den Momenten der Stille, vor allem, wenn sie allein oder mit ihren Angehörigen an den Gräbern gefallener Freunde standen oder am Strand, auf die Weiten des Meeres blickend, versteinerten sich ihre Züge. Nach all den Jahrzehnten ist noch präsent, welches Opfer ihre Kameraden und sie hier brachten.
Gedenkpolitische Weitsicht zeigte Präsident Hollande. In Caen erinnerte er an die zivilen Opfer der Landung, die durch die Bombardierungen der Alliierten umkamen. Und in Ouistreham hob er 177 der insgesamt 150.000 an der Operation beteiligten Soldaten hervor – es waren Franzosen, die sich freiwillig gemeldet hatten und in den Uniformen der Briten das Land betraten. Dort würdigte der Sozialist auch die Verdienste der Sowjets: »Ich grüße die Rote Armee, die weit weg von hier 150 deutschen Divisionen gegenüber stand und im Stande war, sie zurückzudrängen und zu besiegen«.
An dem Gedenken in der Normandie nahm auch Kanzlerin Angela Merkel teil – anders als ihr parteipolitischer Vorgänger Helmut Kohl, der Einladungen stets abgelehnt hatte. »Der 6. Juni 1944 ist kein Tag der endgültigen Befreiung«, erinnerte sie auf dem Soldatenfriedhof in Ranville, auf dem auch Deutsche begraben liegen, aber »ein Tag der Befreiung in dem Sinne, dass wir dankbar sein können, dass die Alliierten solche Opfer erbracht haben, um eines Tages die Befreiung vom Nationalsozialismus durchzusetzen«.

Volksfeste

Doch die Pfingsttage in der Normandie waren trotz des vielfältigen Gedenkens keine Trauertage. Vielerorts feierten die Menschen. In den Nächten gab es an den Stränden große Feuerwerke. An einem wurde eine lange Tafel für ein öffentliches Picknick aufgebaut. In Sainte-Mère-Eglise, wo unter anderem massiv Luftlandeeinheiten zum Einsatz kamen, sprangen hunderte Fallschirmspringer aus Militärmaschinen, die einen Eindruck davon vermittelten, wie es ausgesehen haben muss, als vor 70 Jahren hier mehrere Tausend auf französischem Boden landeten. Nicht weit davon trafen auch Schauspieler der US-amerikanischen Mini-Serie »Band of Brothers« auf die Veteranen der Fallschirmjäger der »Easy Company«. Derweil spielten Reenactors in Merville nach, wie eine deutsche Batterie angegriffen wurde. Hunderte schauten zu, wie Darsteller britischer Soldaten die ›Deutschen‹ besiegten und die Hakenkreuzfahne einholten.
Die Freizeitsoldatendarsteller prägten im Übrigen überall das Bild – vor allem mit ihren historischen Fahrzeugen. Die Zahl alter Jeeps der US-amerikanischen Streitkräfte war nicht zu zählen, die Zahl anderer Truppentransporter kaum zu überschauen. An Paraden nahmen bis zu 180 solcher Fahrzeuge teil – ihre InsassInnen in der Regel in historischen







Uniformen. In Port-en-Bessin saßen in den ›antiken‹ Wagen auch Veteranen, die von den links und rechts die Straße Säumenden bejubelt wurden. Alte und Junge traten an sie heran, schüttelten ihre Hände, klopften Schultern, honorierten den damaligen Einsatz: »Thanks for your service«. Die Bilder, die dabei entstanden, erinnern an historische Aufnahmen, als die Alliierten damals die Kleinstädte passierten. Verstärkt wurden diese Impressionen auch durch Französinnen und Franzosen im Publikum, die sich kleideten, wie es seinerzeit üblich war.

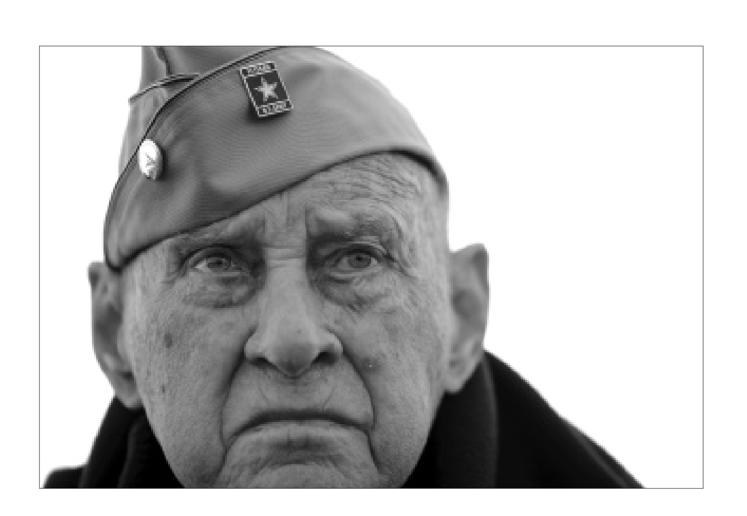
Verklärung eines SS-Manns

Nur wenige Deutsche waren, gemessen an der Gesamtzahl der BesucherInnen, in der Normandie zugegen. Sicherlich, allerorten wurde an die Landung der alliierten Truppen und die damit einhergehende Befreiung Westeuropas vom Nationalsozialismus erinnert. Die Deutschen waren der Feind. Nachgetragen wird ihnen das heute nicht mehr. Auch werden deutsche BesucherInnen, die im ›Wehrmachtsgespann‹ oder ›Kübelwagen‹ vorfahren, kaum skeptisch wahrgenommen. Im allgemeinen Reenactment scheint niemand dahinter bösen Willen oder ein verklärendes Geschichtsbild zu vermuten. Selbst dann nicht, als drei Deutsche am Grab des hoch dekorierten SS-Hauptsturmführers Michael Wittmann auf dem deutschen Friedhof La Cambe, den Disput mit einer nicht deutschen Reisegruppe suchen. Ihnen passte nicht, was über den ›Panzerjäger‹ gesagt wurde. Einer von ihnen ergreift das Wort, beginnt zu diskutieren mit jemandem aus der Reisegruppe. Der Dolmetscher eilt herbei. Wohlmeinend fragt er, ob es Verständigungsprobleme gebe, gern helfe er bei der Übersetzung. Die drei schauen abweisend und einer, der im Hintergrund steht, bezieht klar Stellung: »Wir können uns verständigen, wenn in Europa wieder Deutsch gesprochen wird.« Spätestens da sollte eigentlich klar gewesen sein, wes Geistes Kind der Endvierziger im Bundeswehr-T-Shirt mit Fahne auf dem Ärmel ist. Doch der französische Dolmetscher überhört es, will es vielleicht auch überhören und erzählt stattdessen, wo er so gut Deutsch gelernt hat. Höflichkeit? Vermutlich. Denn allein, dass das Grab des SS-Manns das einzig richtig geschmückte war auf einem Friedhof, auf dem 21.000 deutsche Soldaten begraben liegen, sollte genug irritieren.

Versöhnt?

Über dem 70. Jahrestag der Landung alliierter Truppen in der Normandie wehte die Flagge der Versöhnung. Der französische Staatspräsident erinnerte auch an die Deutschen: »Ich möchte den Mut der Deutschen würdigen, die auch Opfer des Nazismus waren und in einen Krieg hineingezogen wurden, der nicht der ihre war und der nicht der ihre hätte sein sollen.« Daheim vermeldete die »Bild« derweil: »Höhepunkt der Gedenkfeier am Strand von Ouistreham: Die rührende Umarmung des ehemaligen Wehrmachtsoldaten Johannes Börner (89) mit dem französischen Veteranen Léon Gautier (91).« Sicherlich ist die Versöhnung ein Akt zur Überwindung von Feindschaften. Doch wenn alle zu ›Opfern‹ werden, bleiben keine Täter mehr übrig. Eine Debatte, die bekannt ist aus der Diskussion um die erinnerungspolitische Einschätzung des 8. Mai 1945. Spätestens seit der Rede Richard von Weizsäckers 1985 gilt das Datum in der Bundesrepublik als Tag der Befreiung. Diese Interpretation ist sinnvoll, denn der Sieg über den Nationalsozialismus war in erster für jene Deutsche eine Befreiung, die nichts mit diesem System zu tun haben wollten – für das Gros dürfte das anno ’45 aber nicht gegolten haben.
70 Jahre später ist das anders. Heute wissen die meisten Menschen um die Gräuel des ›Dritten Reichs‹ und sollten berechtigterweise die deutsche Kapitulation als Befreiung begreifen… und eigentlich auch feiern. In den kommenden Monaten wird es dazu viele Gelegenheiten geben – vielleicht knallen am kommenden 8. Mai auch in Deutschland die Korken.





Fußball und Nation

von Annelies Senf

Es ist ein Fußballbuch. Im Mittelpunkt des Sammelbandes »Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie. Von Mythen und Helden, von Massenkultur und Protest« steht der Sport. Es ist aber auch ein Buch, das sich mit der Herausbildung des (modernen) brasilianischen Staates und der brasilianischen Nation beschäftigt.
Unter dem Motto: »A pátria de chuteiras – das Vaterland der Fußballschuhe« begann im Mai 2013 die brasilianische Regierung ihre Kampagne zur Fußball-WM 2014. Hinter diesem Motto steht die Idee, dass Brasilien erst zum Vaterland geworden sei, als es die Fußballschuhe angezogen habe. Der Fußball produziere demnach die nationale Identität.
Angesichts der Proteste im Vorfeld und während der WM stellt sich jedoch die Frage: Ist die brasilianische Nation tatsächlich so eng an den Fußball gekoppelt? Und letztlich: Was ist die brasilianische Nation?
Die AutorInnen – überwiegend überzeugte Fußballfans – zeichnen die Fußballgeschichte als (Sozial-) Geschichte Brasiliens seit seiner Unabhängigkeit Ende des 19. Jahrhunderts nach.
Der brasilianische Fußball war anfänglich ein exklusiver Sport für die hellhäutige Oberschicht. Kein »Schwarzer« oder »Mischling« gelangte in die Stadien, geschweige denn in die Mannschaften. Selbst als der Sport ins Arbeitermilieu der Zugewanderten aus Europa Einzug fand, blieb er, bis auf Ausnahmen, ein Spiel der Weißen.
Die Politik des Branqueamento, der Aufweißung, spiegelt sich im Fußball wider. Weiß galt als christlich, gebildet, Schwarz hingegen als primitiv, abergläubisch und afrikanisch.
Mit dem WM-Erfolg 1938 in Frankreich begann ein Narrativ über die brasilianische Nation. Ausgerechnet unter der Diktatur Getúlio Vargas, der seit 1930 den »Estado Novo«, nach dem Vorbild des italienischen Faschismus, führte, brachte der Fußball »schwarze« Stars hervor. Der vormals elitäre Fußball hatte Schwarze Identifikationsfiguren für die Nation produziert. Nun gelangten auch die AfrobrasilianerInnen – Nachfahren der SklavInnen – in die Nation.
In einzelnen Beiträgen zum Thema Rassismus zeichnen die AutorInnen nach, dass die nationale Identität, die durch den Fußball konstruiert wurde, zwar AfrobrasilianerInnen einbezog, aber in Form des negativen Rassismus, da die »schwarze Rasse« als naturgegebenes Fußballtalent gefeiert wird. Biografien einzelner »schwarzer« Fußballstars zeigen, wie schwer es für sie war, in einem Klima des Rassismus, Anerkennung im Profifußball zu finden.

Gerhard Dilger / Thomas Fatheuer / Christian Russau / Stefan Thimmel (Hrsg.): Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie. Von Mythen und Helden, von Massenkultur und Protest. Hamburg: VSA:Verlag, 2014, 240 Seiten, 16,80 Euro.

Der Kampf um die Kurve

von Margarete Schlüter

Seit Mitte der 1990er Jahre prägen verstärkt Ultras in deutschen Fußballstadien die Kurven mit Transparenten, Doppelhaltern, Gesängen und gelegentlich bengalischen Lichtern. Sie waren auch diejenigen, die rechte Fans energisch und mit Erfolg aus den Stadien verdrängten. Doch seit einiger Zeit ist ein Backlash zu beobachten: Rechte Hooligans fühlen sich durch das selbstbewusste Auftreten linker Ultras provoziert und greifen diese gezielt an, es entstehen rechte Ultragruppen und in Dortmund sind rechte Hools und rechte Ultras Teil der dortigen Neonazi-Szene. Die hiesige Ultraszene bildet keine homogene Subkultur, sondern ist gekennzeichnet durch mitunter konträr zueinander stehende Weltbilder.
Diese spiegeln sich in dem vom Fußballjournalisten Christoph Ruf herausgegebenen Band wider. In diesem unternimmt er den Versuch, die Jugendkultur exemplarisch an Ultragruppen der 1., 2. und 3. Liga differenziert zu beschreiben. Der Autor zeichnet die geführten Debatten um Gewalt und Sicherheit, Frauen in der Szene, Pyrotechnik und die Rolle der Medien nach. Für AntifaschistInnen interessant sind die Ausführungen über die politischen Aktivitäten und Auseinandersetzungen. Transparente mit antidiskriminierenden Aussagen, Veranstaltungen zum Tag der Befreiung von Auschwitz und Ausstellungen zur Rolle des eigenen Vereins während des Nationalsozialismus seien beispielsweise genannt. Doch nicht immer und überall werden Ultras mit antirassistischem und antifaschistischem Engagement akzeptiert. Zum Beispiel lösten sich die »Aachener Ultras« Anfang 2013 auf, nachdem diese von der dem gleichen Verein anhängenden rechten Gruppe »Karlsbande Ultras« regelmäßig angegriffen worden sind. Letztere sind wie die »Desperados« des Vereins »Borussia Dortmund« mit der örtlichen Neonaziszene vernetzt oder überschneiden sich personell. Um den rechten Umtrieben im Stadion ein Ende zu setzen, müssten die jeweiligen Vereine und deren AnhängerInnen rechtzeitig und konsequent dagegen vorgehen.
Auch wenn das Buch in erster Linie einen subjektiven und kritischen Einblick in die Jugendkultur der Ultras bietet, ist es nicht nur Fußballfans zu empfehlen. Für AntifaschistInnen bietet es Aufschluss darüber, dass rechte Fans und rechte Ultras nicht isoliert von der Neonaziszene zu betrachten sind.

Christoph Ruf: Kurvenrebellen. Die Ultras – Einblicke in eine widersprüchliche Szene. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 3. Auflage 2014, 208 Seiten, 12,90 Euro.

Griechische NeofaschistInnen

von Margarete Schlüter

Als der linke Rapper Pavlos Fyssas am 18. September 2013 durch Chrysi-Avgi-Anhänger ermordet wird, sind viele BürgerInnen Griechenlands empört, große antifaschistische Demonstrationen finden statt. Die griechische Regierung sieht sich nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks aus dem Ausland dazu genötigt, gegen die extrem rechte Partei »Chrysi Avgi« als kriminelle Vereinigung zu ermitteln. Angesichts der seit Jahren durchgeführten Gewaltakte durch AnhängerInnen der Partei, hätte viel früher konsequent gegen diese vorgegangen werden müssen. Doch aufgrund der weit verbreiteten Sympathien in Armee, Polizei und Justiz konnte »Chrysi Avgi« meist ungestraft agieren.
Wie diese Partei entstanden ist und sich entwickelt hat, beschreibt der Autor des vorliegenden Buches, Dimitris Psarras. Hierfür zeichnet er die politischen Anfänge des Parteigründers und -vorsitzenden Nikolaos Michaloliakos im SympathisantInnenumfeld der griechischen Militärjunta vor knapp vier Jahrzehnten nach. Dieser fungierte als Verantwortlicher der erstmals 1980 erschienenen Zeitschrift »Chrysi Avgi«, die sich selbst nationalsozialistisch verortete. Seit 1987 verfolgt »Chrysi Avgi« eine doppelte Strategie: »einerseits die theoretische (neo-)nazistische Propaganda und andererseits der Kampf auf der Straße für die Umsetzung der neofaschistischen Idee.« Ausführlich stellt Psarras die Programmatik der Organisation dar; ihre politischen Strategien, den gezielten Einsatz von Gewalt sowie die Vernetzung mit europäischen und russischen Neonazis wie auch dem Staatsapparat. Der Gründung als Partei im Jahr 1993 folgte in den ersten zwei Jahrzehnten kein Wahlerfolg. Doch im Zuge der Wirtschaftskrise erreichte »Chrysi Avgi« bei den Kommunalwahlen in Athen 5,3 Prozent, Michaloliakos zog in den Stadtrat ein, und 2012 zog die Partei zunächst mit 21 Sitzen ins griechische Parlament. Für Psarras ist der Aufstieg der Partei vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen, politischen, institutionellen und medial erzeugten Klimas zu erklären, in dem verstärkt bestimmte Bevölkerungsgruppen wie MigrantInnen stigmatisiert werden.
Erstmals liegt ein Werk in deutscher Sprache vor, in dem sich detailliert und kritisch mit der Entwicklung der neofaschistischen Partei »Chrysi Avgi« auseinandergesetzt wird. Das ermöglicht die Einordnung und Bewertung der politischen Geschehnisse in Griechenland.

Dimitris Psarras: Neofaschisten in Griechenland. Die Partei Chrysi Avgi. Hamburg: LAIKA-Verlag, 2014, 224 Seiten, 19 Euro.



Photos

Mark Mühlhaus (Titel, Seiten 3, 4, 10, 14, 31, 32, 33)
Der Rechte Rand (Grafik Seiten 6-7)
Peter Jülich (Seite 29)
Roland Geisheimer (Seite 17)
Otto Belina (Seite 20)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.